

Libertarismus
richtig verstehen

Libertarismus richtig verstehen

HANS-HERMANN HOPPE

MISES INSTITUTE
AUBURN, ALABAMA

Veröffentlicht 2018 vom Mises Institute. Dieses Werk ist
lizensiert als Creative Commons Attribution-
NonCommercial-NoDerivs 4.0 International License.

<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/>

Mises Institute
518 West Magnolia Ave.
Auburn, Ala. 36832
mises.org

Original ISBN: 978-1-61016-690-4

Inhaltsverzeichnis

Einführung	7
Realistischer Libertarismus	27
Über Demokratie, Zivilisationsabbau und die Suche nach einer neuen Gegenkultur	75
Libertarismus und die Alt-Right: Auf der Suche nach einer libertären Strategie für sozialen Wandel.....	101
Erwachsen werden mit Murray	135

Einleitung

Die in diesem Buch gesammelten Schriften sind größtenteils Reden, die in Bodrum auf der Property and Freedom Society gehalten wurden, deren Gründer und Präsident Professor Hoppe ist. Ich hatte das Glück, sie den Anwesenden vorlesen zu dürfen, und ich fühle mich zutiefst geehrt, dass man mich gebeten hat, eine Einleitung zu den veröffentlichten Fassungen zu schreiben.

Ich werde meine Einführung in drei Abschnitte unterteilen. Zuerst werde ich einen kurzen Überblick über Hoppes frühes Leben und seine intellektuelle Entwicklung geben. Zweitens werde ich ausführlicher über die akademische Arbeit schreiben, die ihn an die Spitze der internationalen libertären Bewegung gestellt hat. Drittens werde ich das Hauptthema, bzw. die Hauptthemen diskutieren, die sich aus der vorliegenden Sammlung ergeben.

HOPPE: EIN KIND WESTDEUTSCHER FLÜCHTLINGE

Hans-Hermann Hoppe wurde am 2. September 1949 in Peine, einer Stadt im britischen Sektor des besetzten Deutschlands, geboren. Nach dem Besuch verschiedener örtlicher Schulen ging er zunächst an die Universität des Saarlandes in Saarbrücken und von dort an die Goethe-Universität in Frankfurt.

Dort studierte er unter dem renommierten Neomarxisten Jürgen Habermas, der auch als Hauptberater für Hoppes Doktorarbeit in Philosophie über David Hume und Immanuel Kant tätig war. Damals war Hoppe selbst Marxist und hatte keine ernsthaften Differenzen mit seinem Meister. Er sagte später: „Was ich [...] am Marxismus mochte, war der Versuch, ein rigoroses, deduktiv abgeleitetes System zu schaffen.“¹ Für jeden externen Beobachter folgte er einem Weg, dem viele Tausende seiner Generation folgten. Normalerweise hätte seine Professur in einer Festanstellung enden müssen, in der er unter dem Deckmantel der Verbreitung von Unzufriedenheit die Konformität mit der neuen Ordnung in Westdeutschland hätte predigen müssen.

¹ „The Private Property Order: An Interview with Hans-Hermann Hoppe“, *Austrian Economics Newsletter* 18, Nr. 1 (2014). Verfügbar hier: <https://mises.org/library/private-property-order-interview-hans-hermann-hoppe> — geprüft, November 2015

Was ihm jedoch bald am Marxismus missfiel, war dessen Scheitern als intellektuelles System. Seine Ernüchterung war ein allmählicher Prozess, und er durchlebte eine Zeit, in der er von Karl Popper beeinflusst wurde und sogar ein politischer Sozialdemokrat war. Seinen letzten Bruch mit der politischen Linken vollzog er während seiner Habilitationsschrift über die Grundlagen der Soziologie und Ökonomie. Er begann mit der Vorstellung, dass bestimmte Wahrheiten über die Welt zwar *a priori* bekannt sein können, die Gesetze der Ökonomie und Soziologie aber zumindest weitgehend durch Induktion bekannt sind. Dann verwarf er dies und vertrat die Ansicht, dass die Wirtschaftswissenschaften im Gegensatz zur Soziologie eine rein deduktive Wissenschaft sind. Dies führte ihn zur Entdeckung von Ludwig von Mises. Hier traf er auf ein System, das die gleichen ehrgeizigen Ansprüche stellte wie der Marxismus. Der Austrianismus war eine Reihe von ineinandergreifenden und weitgehend deduktiven Theorien über Wirtschaft, Politik, Recht und vieles mehr. Im Gegensatz zu Marxismus hielt er intellektuell zusammen. Er erzeugte auch ein reales Wissen über die Welt. Der letzte Schritt auf diesem neuen und unvorhersehbaren Weg war die Entdeckung von Murray Rothbard. Hoppe beendete die 1970er Jahre als marktradikaler Libertärer. Da er an keiner westdeutschen Universität mehr willkommen war, ging er 1985 in die Vereinigten Staaten.

HOPPE: ERBE VON ROTHBARD

Bis 1986 lehrte er in New York unter Rothbards Aufsicht, „arbeitete und lebte Seite an Seite mit ihm, in ständigem und unmittelbarem persönlichem Kontakt“. Sie zogen dann zusammen, um an der Universität von Nevada in Las Vegas zu unterrichten. Hier standen sie im Mittelpunkt dessen, was zum „Las Vegas Kreis“ wurde — eine Gruppe von libertären Ökonomen und Philosophen, die so brillant und produktiv war wie keine andere in der gesamten Geschichte der libertären Bewegung. Weitere Mitglieder des Kreises waren Juri Maltsew, Doug French und Lee Iglody. Hoppe blieb bis 2008 Professor in Las Vegas. Er gibt jedoch zu, dass nach Rothbards vorzeitigem Tod im Jahr 1995 nichts mehr so war wie früher. Er sah Rothbard als seinen „Hauptlehrer, Mentor und Meister“ und als seinen „liebsten väterlichen Freund“.

Obwohl er während seiner Zeit mit Rothbard und auch danach viele andere Arbeiten produzierte, ist sein wichtigster Beitrag, sowohl zum Libertarismus als auch zur Philosophie im Allgemeinen, wahrscheinlich seine Arbeit an dem, was er Argumentationsethik nennt. Jede säkulare Ideologie scheint auf wackeligen Fundamenten zu ruhen. Der Libertarismus des freien Marktes ist dabei keine Ausnahme. Warum sollten Menschen in Ruhe gelassen werden? Warum sollten sie frei sein? Wir können argumentieren, dass die Freiheit es den Menschen ermöglicht, dass sie glücklicher werden, als sie es sonst

wären. Wir können argumentieren, dass sie dadurch reicher werden. Die Antwort darauf lautet jedoch wiederum zu fragen, warum Menschen denn glücklich oder reich sein sollten. Dies kann man als selbstverständlich betrachten, aber das wird nicht immer so gesehen. Ein weiterer Einwand besteht darin, Löcher in die Definition und Messung von Glück zu reißen. Oder wir können behaupten, dass jeder Mensch mit bestimmten natürlichen und unveräußerlichen Rechten geboren wird, und dass diese das Recht auf Leben, Freiheit und Eigentum beinhalten. Der Einwand hier lautet, zu fragen, inwiefern diese behaupteten Rechte ohne Gott als deren Gewährer etwas anderes sind als eine Übung in verbalen Flatulenzen.

Hayek und von Mises, die beiden Männer, die Mitte des 20. Jahrhunderts am meisten taten, um den klassischen Liberalismus als Ideologie am Leben zu erhalten, waren unterschiedliche Arten von Utilitaristen. Rothbard, der die österreichische Wirtschaft nahm und sie mit dem Radikalismus der amerikanischen Ureinwohner verschmolz, um die moderne libertäre Bewegung zu schaffen, teilte mit Ayn Rand den Glauben an natürliche Rechte. Viele Jahre lang, bis es nach dem Ende des Kalten Krieges zu praktischeren Auseinandersetzungen kam, wurden bei fast jeder libertären Versammlung die Unterschiede zwischen den beiden Gründungsschulen geprobt.

Was Hoppe mit seiner Argumentationsethik versucht, ist, diese Debatte zu transzendieren. Dabei greift er auf

seine frühe Arbeit mit Habermas, auf die kantische Tradition der deutschen Philosophie und auf die ethischen Schriften Rothbards zurück. Er beginnt mit der Beobachtung, dass es zwei Möglichkeiten gibt, einen Streit beizulegen. Eine davon ist Gewalt. Die andere ist die Argumentation. Jede Streitpartei, die sich für Gewalt entscheidet, hat die Normen der Zivilisation, zu denen die Vermeidung aggressiver Gewalt gehört, verlassen und hat kein Recht mehr, sich zu beschweren, wenn sie extrem brutal eingesetzt wird. Jeder, der dagegen argumentiert, hat diese Normen akzeptiert. Wenn er dann für die Rechtmäßigkeit von Gewalt als Mittel argumentiert, um von anderen zu bekommen, was er will, verwickelt er sich in einen logischen Widerspruch. Kurz gesagt, wer das libertäre Nichtaggressionsprinzip ablehnt, lehnt notwendigerweise auch die Normen des rationalen Diskurses ab. Wer behauptet, diese Normen zu akzeptieren, muss auch das Prinzip der Nicht-Aggression akzeptieren.²

Lange nach der Erstveröffentlichung bestritt Hoppe, dass es sich um eine Abkehr von den Naturrechten handele:

Ich habe versucht, die ersten beiden Kapitel von Rothbards *Ethik der Freiheit* stärker zu

² Siehe zum Beispiel Hans-Hermann Hoppe, „The Ultimate Justification of the Private Property Ethic“, *Liberty*, September 1988. Verfügbar hier: http://www.hanshoppe.com/wp-content/uploads/publications/hoppe_ult_just_liberty.pdf — geprüft November 2015.

machen, als sie waren. Das wiederum würde allem, was folgt, mehr Gewicht verleihen. Ich war etwas unzufrieden mit der Strenge, mit der die ersten ethischen Annahmen der libertären politischen Theorie getroffen worden waren. Intuitiv schienen sie plausibel. Aber ich konnte sehen, dass ein etwas anderer Ansatz stärker sein könnte. Murray betrachtete meine Revisionen nie als Bedrohung. Seine einzige Sorge war: Ist das letztendlich der Fall? Am Ende stimmte er zu, dass dies der Fall war.³

In der Tat gab Rothbard der Theorie sein höchstes Lob. Er nannte es

einen schillernden Durchbruch für die politische Philosophie im Allgemeinen und für den Libertarianismus im Besonderen. ... [Hoppe] hat es geschafft, die berühmte Ist/Soll-, Fakt/Wert-Dichotomie zu überwinden, die die Philosophie seit den Tagen der Scholastiker geplagt hat, und das hatte den modernen Libertarianismus in eine lästige Sackgasse geführt.⁴

³ „Die Privateigentumsordnung.“

⁴ Symposium, „Hans-Hermann Hoppe's Argumentation Ethics: Breakthrough or Buncombe?“ *Liberty*, November 1988. Verfügbar unter http://www.libertyunbound.com/sites/files/printarchive/Liberty_Magazine_November_1988.pdf - geprüft im November 2015.

Wenn Rothbard der offensichtliche führende Intellektuelle der libertären Bewegung war, war Hoppe sein offensichtlicher und gewählter Nachfolger. Bis zu Rothbards Tod hatte er nicht nur zur grundlegenden Ethik, sondern auch zu Wirtschaft, Politik und Recht solide Beiträge geleistet. Er war ein inspirierender Lehrer und ein gefragter Redner auf der ganzen Welt. Es gab niemanden in Amerika oder auf der ganzen Welt, der besser qualifiziert war, dort anzusetzen, wo Rothbard aufgehört hatte. Er wurde nun Herausgeber des *Journal of Libertarian Studies* und Mitherausgeber des *Quarterly Journal of Austrian Economics*.

Rothbard selbst wurde jedoch innerhalb der libertären Bewegung nicht allgemein akzeptiert. Eines seiner zahlreichen Talente war es gewesen, sich Feinde zu machen. Er hatte viele Gründe, sich Feinde zu machen oder sie einfach nur anzuziehen. Er war ein Isolationist in einer Zeit, in der sich die amerikanische Rechte durch die Opposition gegen den Kommunismus und die Sowjetunion definierte. Er war skeptisch gegenüber Großkonzernen in einer Bewegung, die weitgehend in den amerikanischen Kapitalismus verliebt war. Er war ein Anarchist unter den Ökonomen, die sich in Richtung Privatisierung und Deregulierung bewegten. Er sah jeden Schritt von Amerikas Aufstieg zur Weltmacht als Verrat am American Way. Er war verschiedentlich mit Linken und Ultrakonservativen verbündet. Er befand sich in einem offenen Krieg mit den utilitaristischen Etatisten und den Verfechtern des weichen Geldes der Chicagoer Schule. Mit dem Cato-Institut, an dessen Gründung er

maßgeblich beteiligt war, hatte er bald nichts mehr zu tun. Er verachtete die politische Korrektheit und die Idee einer universellen Gleichheit, die über die Gleichheit der negativen Rechte hinausgeht, aufs Schärfste.

Hoppe ist eine noch spaltendere Figur. Als bekennender Kulturkonservativer hat er keine Zeit für die eher hedonistischen oder linken Strömungen des Libertarismus. Sein Libertarismus hat von Anfang an mehr Wert auf Eigentumsrechte als auf Toleranz gelegt. In *Demokratie, der Gott der keiner ist* schreibt er,

dass es in seiner idealen Gemeinschaft wenig oder gar keine „Toleranz“ und „Weltoffenheit“ gäbe, die den Linkslibertären so am Herzen läge. Stattdessen wäre man auf dem richtigen Weg zur Wiederherstellung der Versammlungsfreiheit und des Ausschlusses, der in der Institution des Privateigentums impliziert ist.⁵

Und er fügt hinzu:

In einem Vertrag, der zwischen dem Eigentümer und den Gemeinschaftsmietern zum Schutz ihres Privateigentums geschlossen wurde, gibt es kein Recht auf freie (unbegrenzte) Meinungsäußerung, nicht einmal auf unbegrenzte Meinungsäußerung auf dem

⁵ Hans-Hermann Hoppe, *Democracy: The God that Failed* (New Brunswick, N.J.: Transaction Publishers, 2001), S. 211.

eigenen Mietergrundstück. Man kann unzählige Dinge sagen und fast jede Idee unter der Sonne fördern, aber natürlich darf niemand Ideen vertreten, die dem Zweck des Bundes zur Erhaltung und zum Schutz des Privateigentums zuwiderlaufen, wie Demokratie und Kommunismus. In einer libertären Gesellschaftsordnung kann es keine Toleranz gegenüber Demokraten und Kommunisten geben. Sie müssen physisch getrennt und aus der Gesellschaft vertrieben werden. Ebenso kann es in einem Bund, der zum Zweck des Schutzes von Familie und Verwandten gegründet wurde, keine Toleranz gegenüber denjenigen geben, die gewöhnlich einen Lebensstil führen, der mit diesem Ziel unvereinbar ist. Sie — die Befürworter alternativer, familien- und kinderfeindlicher Lebensstile wie zum Beispiel individueller Hedonismus, Parasitismus, Natur-Umwelt-Kultismus, Homosexualität oder Kommunismus — müssen auch physisch aus der Gesellschaft entfernt werden, wenn man eine libertäre Ordnung aufrechterhalten will.⁶

Diese Aussagen und andere ihrer Art waren und sind innerhalb der libertären Bewegung heftig umstritten. Ich denke, es ist keine Übertreibung zu sagen, dass sich fast jeder in der Bewegung seit etwa 2000 durch das definiert

⁶ Ebenda, S. 216–17

hat, was er über Hoppe denkt. Einige betrachten ihn als den größten lebenden Libertären, andere als den Teufel. Der einzige Punkt der Übereinstimmung ist, dass er ein Denker ist, der nicht ignoriert werden kann.

DIE VORLIEGENDE SAMMLUNG

Vor diesem Hintergrund wird die vorliegende Sammlung als kurze Aussage darüber dienen, wie Hoppe zu den wichtigsten Themen innerhalb der Bewegung steht — und zu den wichtigsten Themen unserer Zeit. Ich bin mir der Tatsache bewusst, dass viele Einführungen überspringen, während andere ein Buch nach seiner Einführung beurteilen. Ich bin mir daher mehr als für gewöhnlich der Notwendigkeit einer kurzen und genauen Zusammenfassung und Diskussion der Inhalte bewusst, die sich an meine Einleitung anschließen.

An mehreren Stellen bekräftigt und betont Hoppe seine Ansicht, dass die Grundlagen des Libertarismus durch eine Kette deduktiver Argumentation aus unbestreitbaren Prämissen abgeleitet werden. Wir leben in einer Welt der Knappheit. Entweder sind Ressourcen knapp oder die Zeit, in der man sie nutzen kann, ist knapp. Wir alle haben unterschiedliche Vorstellungen davon, wie diese Ressourcen eingesetzt werden sollen. Wenn wir also in einer Welt leben wollen, in der Konflikte um Ressourcen

minimiert werden, müssen wir uns auf Eigentums- und Übertragungsrechte einigen.

Es muss selbstverständlich sein, dass wir uns selbst gehören. Das Gegenteil zu behaupten, führt zu offensichtlicher Unmenschlichkeit. Zumindest erhöht dies das Potenzial für unbegrenzte Konflikte darüber, wer wem gehört. Wenn es um externe Ressourcen geht, ist die ideale Lösung, dass sie demjenigen gehören, der sie sich zuerst aus dem Naturzustand aneignet, und dass sie dann durch Zustimmung übertragen werden — das heißt durch Verkauf, durch Schenkung oder durch Erbschaft. Das ist natürlich die ideale Lösung. In weiten Teilen der Welt ist Land seit Tausenden von Jahren in Eigentumsverhältnissen und wurde wiederholt beschlagnahmt und neu zugewiesen. Es gibt keinen Quadratmeter von England oder Westeuropa, dessen Titel sich von seinem ursprünglichen Aneigner ableitet. Die praktische Lösung ist also eine widerlegbare Vermutung zugunsten bestehender Titel — die Widerlegung ist ein guter Beweis für den Titel, der aus einer früheren Besitzkette stammt. Die Ausnahme ist *Staatseigentum*. Dieses sollte den Inhabern des letzten angemessenen Titels zurückerstattet werden.

Entweder ist dies unwiderlegbar, oder es zu leugnen führt zu größeren Konflikten als die Dinge so zu belassen, wie sie sind. Hier endet jedoch die Selbstverständlichkeit des Libertarismus. Bestimmte weitere Sätze, die aus der Ökonomie abgeleitet werden, setzen die Kette der selbstverständlichen Wahrheit fort. Aber andere

Diskussionen über den Ansatz oder die Form einer libertären Gesellschaft beinhalten Fragen des pragmatischen Engagements.

Wenn alle Menschen gleich aussähen und mehr oder weniger gleich dächten, wäre libertärer Aktivismus eine Angelegenheit von unterschiedslosem und undiskriminierendem Auftreten. Aber die menschliche Rasse, wie sie existiert, ist unendlich vielfältig. Es gibt Unterschiede im Aussehen, Unterschiede in den Fähigkeiten, Unterschiede in den Überzeugungen und Erwartungen. Diese Unterschiede sind zwischen den einzelnen Personen offensichtlich. Sie sind zwischen verschiedenen Gruppen von Individuen offensichtlich. Wir sind nicht irgendeine *leere Tafel*, auf die der Zeitgeist so schreiben kann, wie er will. Wir werden unterschiedlich geboren. Wir unterscheiden uns immer mehr darin, wie wir auf das reagieren, was mit dem Zeitgeist gemeint ist.

Langfristig sind sich Hoppe und seine Kritiker voll und ganz einig. Sie freuen sich auf eine einzige Menschheit, vereint in der Achtung des Lebens, der Freiheit und des Eigentums, bereichert durch die kulturellen und materiellen Vorteile, die sich aus einer Welt der universellen Freiheit ergeben. Im Moment existiert diese einzige Menschheit nicht — und es wird sie wahrscheinlich auch nie geben. Entweder berücksichtigen wir diese Tatsachen der Unterschiedlichkeit, oder wir tun es nicht. Wenn wir es nicht tun, werden wir zu nutzlosen Intellektuellen — die endlos miteinander und mit niemand anderem über die Beziehung zwischen dem

Nichtaggressionsprinzip und der Doktrin der vertraglichen Frustration sprechen. Oder wir werden zu gefährlichen Intellektuellen — die im Namen des Nichtaggressionsprinzips eine Politik befürworten, die die Wahrscheinlichkeit von Konflikten um Ressourcen nicht verringert, sondern erhöht. Wenn wir uns dafür entscheiden, diese Unterschiede zu berücksichtigen, dann befinden wir uns bei fast allen Fragen, die das Zeitalter definieren, in dem wir leben, fest auf der unbeliebten Seite.

Auch wenn es Raum für Diskussionen über die Ursachen gibt, ist eine Tatsache klar. Und zwar, dass die freiesten und wohlhabendsten Gesellschaften, die jemals existierten, von größtenteils heterosexuellen Männern dominiert wurden, die von den Jägern und Sammlern abstammten, die West- und Mitteleuropa und Nordasien besiedelten. In der Tat, wenn es Raum für Diskussionen über Ursachen gibt, ist die wahrscheinlichste Ursache — etwas, das normalerweise durch die Produkte einer langen und teuren Universitätsausbildung geleugnet werden kann — etwas, das diesen Völkern innewohnt, und nicht eine Reihe von kontinentalen Umständen, die in den letzten paar tausend Jahren lokal waren.

Das soll nicht heißen, dass diese Gruppen in irgendeinem abstrakten Sinne „besser“ sind als andere. Es soll nicht heißen, dass alle Mitglieder dieser Gruppen die gleiche Eignung zeigen, ihre traditionellen oder erworbenen sozialen Ordnungen zu bewahren. Es heißt auch nicht, dass alle Mitglieder anderer Gruppen

gleichermaßen nicht in der Lage sind, die relevanten sozialen Ordnungen zu erwerben oder zu erhalten. Es soll uns keinesfalls dazu auffordern, schlecht über diese anderen Gruppen zu denken. Hoppe war sich darüber immer im Klaren und seine Konferenzen in Bodrum sind absolut vielfältig. Es geht einfach darum, sich allgemeinen Tatsachen zu stellen. Es gibt bärtige Frauen. Es gibt Männer mit Brüsten. Nicht jeder Engländer hält seine Termine ein. Nicht jeder Nigerianer ignoriert sie. Dennoch wird es sich früher oder später als unbequem erweisen, wenn wir unser Verhalten auf Ausnahmen statt auf Allgemeingültigkeit stützen.

Eine Folge dieses Ansatzes ist, dass Hoppe Antidiskriminierungsgesetze ablehnt. Wenn es ein Gesetz gäbe, dass nur weiße christliche heterosexuelle Männer als Ärzte praktizieren dürfen, würde er dies anprangern — so wie er zu Beginn seines Systems jede Art von Sklaverei angeprangert hat. Solche Gesetze verletzen die negative Folge des Rechts auf Versammlungsfreiheit. Wenn wir frei sein wollen, uns zusammenzuschließen wie wir wollen, dann sollen wir auch frei sein, uns nicht zusammenzuschließen. Manchmal basieren unsere Entscheidungen auf den eben genannten sozialen Realitäten, manchmal nicht. In jedem Fall sind es unsere Entscheidungen, und diese sollten nicht durch das Gesetz verhindert werden.

Eine zweite Konsequenz ist, dass es in anderen Teilen der Welt ein Ende von „Regime Change“ und „Nation-Building“ geben sollte. In dieser vorliegenden Sammlung

erwähnt Hoppe seine Opposition gegen unsere Interventionen im Nahen Osten. Aber seine Opposition ist tiefgründig und fest. Die angeblichen Gründe für diese Interventionen sind allesamt bewiesene oder sehr wahrscheinliche Lügen. Selbst wenn dies nicht der Fall ist, kann das Vorhaben, unsere Lebensweise an Orte zu exportieren, an denen weder der Wunsch danach noch die Fähigkeit besteht, sie aufzunehmen, nur zu mehr Blutvergießen führen, als wenn man die Menschen bei ihrer eigenen Lebensweise belässt.

Die dritte Konsequenz ist, dass er gegen offene Grenzen ist. Dies bringt mich zu Hoppes Punkt über die pragmatische Anwendung der libertären Theorie zurück. Es gibt Libertäre, die eine prägnante Erklärung des Nichtaggressionsprinzips auswendig lernen und daraus sofort schließen, dass alle Grenzen unmoralisch sind. Dieser Ansatz ignoriert die gegenwärtigen Realitäten. Die Masseneinwanderung von außerhalb der oben genannten Regionen hat eindeutig negative Auswirkungen. Es erhöht Kriminalität und Chaos. Es erweitert die Rolle der Wohlfahrtsansprüche erheblich. Sie bietet eine wachsende Wählerschaft für Politiker, deren Karriere ein einziger langer Angriff auf Leben, Freiheit und Eigentum ist. Offene Grenzen an sich — vor allem offene Grenzen sowie ein Wohlfahrtsstaat und unsere endlosen Angriffskriege, die endlose Wellen von Flüchtlingen produzieren — sind derzeit ein Angriff auf die Zivilisation.

Es gibt auch keinen Grund zu der Annahme, dass eine wirklich libertäre Gesellschaft das zulassen würde, was jetzt als offene Grenzen gilt. Die Menschen haben das Recht, miteinander Handel zu treiben, aber nicht sich niederzulassen, wo und wie sie wollen. Eine der zentralen Behauptungen der libertären Theorie ist, dass alle Kosten privatisiert werden können und sollten. Nun, jeder Teilnehmer einer libertären Gemeinschaft kann Kosten verursachen, die die Vorteile seiner Anwesenheit überwiegen.

Wenn das der Fall ist, ist es das unbestreitbare Recht der Grundeigentümer in einer solchen Gemeinschaft, Neueinsteiger abzuschrecken, die sie — aus welchen Gründen auch immer — als unerwünscht betrachten. Diejenigen, die dies nicht tun, müssen mit einer Klage rechnen, weil sie eine Belästigung auf ihrem Grundstück zulassen. Eine libertäre Welt wäre ein Flickenteppich von Gemeinschaften. Diese würden für jeden erdenklichen Geschmack sorgen. Die meisten von ihnen wären jedoch wahrscheinlich eher exklusiv in ihren Einreisebestimmungen. Es würde Platz für Gemeinschaften geben, die alle Ankommenden mit offenen Armen empfangen. Hoppes Ansicht ist jedoch, dass dies eine Minderheit von Gemeinschaften wäre und dass ihr Scheitern ein Beispiel für andere wäre.

Dies ist eine Diskussion über eine Welt, die es nicht gibt, und die es vielleicht auch noch lange nicht geben wird. Wir leben in einer Welt von Nationalstaaten, die alle Grenzen haben. Was ist in einer solchen Welt in Bezug auf

die Einwanderung zu tun? Hoppe akzeptiert die grundsätzliche Illegitimität der gegenwärtigen Ordnung der Dinge, akzeptiert aber, dass es die gegenwärtige Ordnung ist. Wenn die Zivilisation selbst in ihrem gegenwärtigen mangelhaften Zustand überleben soll, ist es notwendig, darauf zu bestehen, dass Staaten als Treuhänder für diejenigen fungieren, die sie finanzieren. Dies bedeutet nicht ein totales Verbot von Immigration oder Feindseligkeit gegenüber Individuen aufgrund ihres Aussehens. Aber es bedeutet eine strenge Kontrolle der Grenzen und die Abschiebung unerwünschter Einreisender. Es bedeutet auch höhere Gebühren für die Nutzung von öffentlichem Eigentum für diejenigen, die nichts zu seiner Entwicklung beigetragen haben. Es bedeutet keinen Zugang zu einer solchen Wohlfahrt, wie sie der sesshaften Bevölkerung — wie unklug diese auch immer sei - zur Verfügung stehen mag. Alles, was darunter liegt, wird am besten nicht als „Gleichheit“ oder „Antidiskriminierung“, sondern als „Zwangsintegration“ bezeichnet.

Die meisten polemischen Attacken Hoppes in den letzten Jahren richteten sich gegen die selbsternannten Linkslibertären. Diese kombinieren eine Akzeptanz linker Vorstellungen von Gleichheit und Antidiskriminierung mit einem gewissen Glauben an freie Märkte. Zur selben Zeit sieht er sich in keiner Weise als Führer der sogenannten neuen Rechten. Dies ist eine breite Koalition aus Nationalsozialisten, weißen Nationalisten, Konservativen verschiedener Arten und desillusionierten Libertären. Sie wurde 2016 für ihre Unterstützung von

Donald Trump bekannt. Sie wurde 2017 durch die von ihnen ausgelösten Ausschreitungen bei der Kundgebung in Charlottesville berüchtigt.

Hoppe akzeptiert, dass die neue Rechte und die Libertären eine Opposition gegen die aufgeblähten, bössartigen, kriegerischen Eliten teilen, die die meisten westlichen Länder regieren. Er hat einen Dialog mit einigen der vernünftigeren neurechten Köpfe eröffnet. Aber er bleibt misstrauisch gegenüber der Alt-Right als Ganzes. Er mag ihre häufige Mystik nicht — ihre Appelle an eine „höhere Weisheit“ als der vorsichtige Rationalismus der Aufklärung. Er mag ihre Besessenheit von Rasse nicht, anstatt eine klare Sicht auf die tatsächlichen Unterschiede zwischen Individuen und Gruppen von Individuen zu haben. Ihre Zugeständnisse an den Sozialismus lehnt er im Speziellen ab — Sozialismus, solange dessen „Nutznießer“ weiße Menschen sind. Wenn sich die neue Rechte zu einem breiten Angriff auf unbestreitbare Übel entwickelt, umso besser. Wenn sie, wie es wahrscheinlich ist, zu einer Koalition totalitärer oder halbtotitärer Kulte wird, will er damit nichts zu tun haben.

FAZIT

Hoppe erwähnt in dieser Sammlung mehrmals, dass er älter wird und dass er so lange weiterarbeiten wird, wie es

seine Gesundheit erlaubt. Ich hoffe, dass er uns noch viele Jahre erhalten bleibt. Aber lassen wir zu, dass alles Leben ungewiss ist, und akzeptieren wir, dass er morgen von uns genommen werden kann. Das wäre ein schrecklicher Verlust. Gleichzeitig habe ich nicht den geringsten Zweifel daran, dass auf der Grundlage dessen, was er bisher erreicht hat, die intellektuelle Welt durch Hoppes Präsenz in ihr zu einem besseren Ort gemacht wurde. Und ich hoffe und glaube, dass die Inspiration, die seine Arbeit bietet, eines Tages zur Entstehung einer besseren Welt für die gesamte Menschheit beitragen wird. Wenn diese kurze Sammlung seiner Schriften und meine kurze Einleitung Teil dieses Beitrags sein können, wird sie nicht umsonst veröffentlicht worden sein.

Sean Gabb
Deal
April 2018

Realistischer Libertarismus

Der Libertarismus ist logisch mit fast jeder Einstellung zu Kultur, Gesellschaft, Religion oder moralischen Grundsätzen vereinbar. In der strengen Logik kann die libertäre politische Doktrin von allen anderen Überlegungen getrennt werden; logischerweise kann man — und in der Tat sind die meisten Libertären: Hedonisten, Freigeister, Immoralisten, militante Feinde der Religion im Allgemeinen und des Christentums im Besonderen — dennoch konsequenter Anhänger der libertären Politik sein. In der Tat kann man in der strengen Logik politisch ein konsequenter Anhänger von Eigentumsrechten sein und in der Praxis ein Schnorrer, ein Betrüger, ein Gauner oder Schutzgelderpresser sein, als was sich nur allzu viele Libertäre herausstellen. Streng logisch kann man diese Dinge tun, *aber psychologisch*,

soziologisch und praktisch funktioniert es einfach nicht auf diese Art.⁷

Lassen Sie mich mit ein paar Anmerkungen zum Libertarianismus als reine deduktive Theorie beginnen.

Gäbe es keine Knappheit in der Welt, wären menschliche Konflikte unmöglich. Zwischenmenschliche Konflikte sind immer und überall Konflikte um knappe Dinge. Ich möchte X mit einer bestimmten Sache machen und Sie möchten Y mit der gleichen Sache machen.

Aufgrund solcher Konflikte — und weil wir in der Lage sind, miteinander zu kommunizieren und zu streiten — suchen wir Verhaltensnormen mit dem Ziel, diese Konflikte zu vermeiden. Der Zweck von Normen ist Konfliktvermeidung. Wenn wir Konflikte nicht vermeiden wollten, wäre die Suche nach Verhaltensnormen sinnlos. Wir würden einfach ringen und kämpfen.

Ohne eine perfekte Harmonie aller Interessen können Konflikte um knappe Ressourcen nur vermieden werden, wenn alle knappen Ressourcen als *privates, exklusives Eigentum* einer bestimmten Person zugewiesen werden. Nur dann kann ich unabhängig, mit *meinen* eigenen Sachen, von Ihnen, mit *Ihren* eigenen Sachen, handeln, ohne dass Sie und ich in Konflikt geraten.

⁷ Meine Hervorhebung. Murray Rothbard, „Big-Government Libertarians“, in Lew Rockwell, Hrsg., *The Irrepressible Rothbard* (Auburn, AL: Mises Institute, 2000), S. 101

Aber wem gehört welche knappe Ressource und sein Privateigentum und wem nicht? Erstens: Jeder Mensch besitzt seinen eigenen physischen Körper, den nur er und niemand sonst *direkt* kontrolliert (ich kann Ihren Körper nur *indirekt* kontrollieren, indem ich zuerst meinen Körper direkt kontrolliere und umgekehrt) und den nur er auch direkt kontrolliert, insbesondere wenn er die vorliegende Frage diskutiert und entsprechend *argumentiert*. Andernfalls, wenn das Körpereigentum einem indirekten Körperverwalter übertragen würde, würde ein Konflikt unvermeidlich werden, da der direkte Körperverwalter seine direkte Kontrolle über seinen Körper nicht aufgeben kann, solange er lebt; und insbesondere wäre es sonst unmöglich, dass zwei Personen, wie die Anwörter in einem Eigentumsstreit, jemals über die Frage *argumentieren und debattieren* könnten, wessen Wille überwiegen soll, da Argumentieren und Debattieren *voraussetzt*, dass sowohl der Befürworter als auch der Gegner eine ausschließende Kontrolle über *ihre jeweiligen Körper* haben und so kampflos (in einer konfliktfreien Interaktionsform) allein zum richtigen Urteil kommen.

Und zweitens, was knappe Ressourcen betrifft, die *nur* indirekt kontrolliert werden können (die mit unserem eigenen naturgegebenen, d.h. *nicht* angeeigneten Körper angeeignet werden müssen): Die ausschließliche Kontrolle (Eigentum) wird von der Person erworben und zugewiesen, die die Ressource *zuerst* angeeignet hat oder die sie durch freiwilligen (konfliktfreien) Austausch von ihrem Voreigentümer erworben hat. Denn nur der erste Aneigner einer Ressource (und alle späteren Eigentümer,

die durch eine Kette freiwilligen Austauschs mit ihm verbunden sind) kann sie möglicherweise konfliktfrei, d.h. friedlich, erwerben und kontrollieren. Andernfalls, wenn die ausschließliche Kontrolle stattdessen den *Nachzüglern* zugewiesen wird, wird der Konflikt nicht vermieden, sondern widerspricht dem eigentlichen Zweck der unvermeidlich und dauerhaft gemachten Normen.

Lassen Sie mich betonen, dass ich diese Theorie als im Wesentlichen unwiderlegbar, als *a priori* wahr betrachte. Nach meiner Einschätzung stellt diese Theorie eine der größten — wenn nicht sogar *die* größte — Errungenschaft des sozialen Denkens dar. Es formuliert und kodifiziert die unveränderlichen Grundregeln für alle Menschen, überall, die in Frieden zusammenleben wollen.

Und doch: Diese Theorie sagt uns nicht viel über das wirkliche Leben. Zwar sagt sie uns, dass alle bestehenden Gesellschaften, soweit sie durch friedliche Verhältnisse gekennzeichnet sind, sich bewusst oder unbewusst an diese Regeln halten und sich somit von rationaler Einsicht leiten lassen. Aber sie sagt uns nicht, inwieweit dies der Fall ist. Sie sagt uns auch nicht, selbst wenn die Einhaltung dieser Regeln vollständig wäre, wie Menschen tatsächlich zusammenleben. Sie sagt uns nicht, wie nah oder fern sie voneinander leben, ob, wann, wie häufig und wie lange oder für welche Zwecke sie sich treffen und interagieren, usw. Um hier eine Analogie zu verwenden: Die libertäre Theorie zu kennen — die Regeln friedlicher Interaktionen — ist wie die Regeln der Logik zu kennen — die Regeln des richtigen Denkens und Argumentierens. Aber genau

wie die Kenntnis der Logik, so unverzichtbar sie auch für das richtige Denken ist, uns nichts über das tatsächliche menschliche Denken, über die tatsächlichen Wörter, Konzepte, Argumente, Schlüsse und Schlussfolgerungen sagt, die verwendet und gemacht werden, so sagt uns die Logik der friedlichen Interaktion (Libertarismus) nichts über das tatsächliche menschliche Leben und Handeln. Daraus folgt: So wie jeder Logiker, der sein Wissen gut nutzen will, seine Aufmerksamkeit auf reales Denken und Argumentieren richten muss, so muss ein libertärer Theoretiker seine Aufmerksamkeit auf die Handlungen realer Menschen richten. Anstatt ein bloßer Theoretiker zu sein, muss er auch Soziologe und Psychologe werden und die „empirische“ soziale Realität, d.h. die Welt, wie sie wirklich ist, berücksichtigen.

Damit komme ich zum Thema „Links“ und „Rechts“.

Der Unterschied zwischen der Rechten und der Linken ist, wie Paul Gottfried oft bemerkt hat, eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit in Bezug auf eine *empirische* Frage. Die Rechte erkennt *in der Tat* die Existenz individueller menschlicher Unterschiede und Verschiedenheiten an und akzeptiert sie als natürlich, während die Linke die Existenz solcher Unterschiede und Verschiedenheiten leugnet oder versucht, sie zu erklären und sie auf jeden Fall als etwas Unnatürliches betrachtet, das korrigiert werden muss, um einen natürlichen Zustand der menschlichen *Gleichheit* herzustellen.

Die Rechte erkennt die Existenz individueller menschlicher Unterschiede nicht nur in Bezug auf den physischen Ort und die Beschaffenheit der menschlichen Umgebung und des individuellen menschlichen Körpers (seine Größe, Stärke, Gewicht, Alter, Geschlecht, Haut-, Haar- oder Augenfarbe, Gesichtszüge, usw. usw.) an. Noch wichtiger ist, dass die Rechte auch die Existenz von Unterschieden in der *mentalen* Zusammensetzung von Menschen anerkennt, d.h. in ihren kognitiven Fähigkeiten, Talenten, psychischen Störungen und Motivationen. Sie erkennt die Existenz von hellen und hohlen, klugen und dummen, kurz- und weitsichtigen, fleißigen und faulen, aggressiven und friedlichen, fügsamen und erfinderischen, impulsiven und geduldigen, skrupulösen und nachlässigen Menschen, usw. usw. an. Die Rechte erkennt an, dass diese mentalen Unterschiede, die sich aus dem Zusammenspiel der physischen Umgebung und des physischen menschlichen Körpers ergeben, das Ergebnis *sowohl* umgebender *als auch* physiologischer und biologischer Faktoren sind. Die Rechte erkennt ferner an, dass Menschen sowohl physisch im geografischen Raum als auch emotional durch Blut (biologische Gemeinsamkeiten und Beziehungen), durch Sprache und Religion sowie durch Bräuche und Traditionen miteinander verbunden (oder getrennt) sind. Darüber hinaus erkennt die Rechte nicht nur die Existenz dieser Unterschiede und Verschiedenheiten an. Sie erkennt auch, dass das Ergebnis von Input-Differenzen wieder anders sein wird und zu Menschen mit viel oder wenig Eigentum, zu Reichen und Armen und zu Menschen mit hohem oder

niedrigem sozialem Status, Rang, Einfluss oder Autorität führen wird. Und es akzeptiert diese unterschiedlichen Ergebnisse verschiedener Inputs als normal und natürlich.

Die Linke hingegen ist von der fundamentalen *Gleichheit* der Menschen überzeugt, dass alle Menschen „gleich geschaffen“ sind. Sie leugnet natürlich nicht das vollkommen Offensichtliche: dass es umgebende und physiologische Unterschiede gibt, d.h. dass einige Menschen in den Bergen und andere am Meer leben, oder dass einige Männer groß und andere klein sind, einige weiß und andere schwarz, einige männlich und andere weiblich, usw. Aber die Linke leugnet die Existenz *mentaler* Unterschiede oder, soweit diese zu offensichtlich sind, um vollständig geleugnet zu werden, versucht sie, sie als „zufällig“ zu erklären. Das heißt, die Linke erklärt entweder solche Unterschiede, die ausschließlich umweltbedingt sind, so dass eine Änderung der Umweltbedingungen (den Umzug einer Person zum Beispiel von den Bergen ans Meer oder umgekehrt, oder jeder Person die gleiche prä- und postnatale Betreuung zu geben) würde zu einem gleichen Ergebnis führen, und es wird bestritten, dass diese Unterschiede (auch) durch einige — vergleichsweise hartnäckige — biologische Faktoren verursacht werden. Oder in den Fällen, in denen nicht geleugnet werden kann, dass biologische Faktoren eine ursächliche Rolle bei der Bestimmung von Erfolg oder Misserfolg im Leben (Geld und Ruhm) spielen, wie wenn ein 1,50m großer Mann keine olympische Goldmedaille im 100-Meter-Lauf gewinnen kann oder ein fettes und hässliches Mädchen nicht Miss Universe

werden kann, betrachtet die Linke diese Unterschiede als reines Glück und das daraus resultierende Ergebnis von individuellem Erfolg oder Misserfolg als unverdient. In jedem Fall, ob durch vorteilhafte oder nachteilige Umweltbedingungen oder biologische Eigenschaften verursacht, sind alle beobachtbaren individuellen menschlichen Unterschiede auszugleichen. Und wo dies nicht buchstäblich getan werden kann, da wir nicht Berge und Meere versetzen oder einen großen Mann klein oder einen schwarzen Mann weiß machen können, besteht die Linke darauf, dass die unterversorgten „Glücklichen“ die „Unglücklichen“ entschädigen müssen, damit jeder Mensch eine „gleiche Stellung im Leben“ erhält, entsprechend der natürlichen Gleichheit aller Menschen.

Mit dieser kurzen Charakterisierung von rechts und links kehre ich zum Thema Libertarismus zurück. Ist die libertäre Theorie mit der Weltanschauung der Rechten vereinbar? Und: Ist Libertarismus mit linken Ansichten vereinbar?

Was die Rechte betrifft, ist die Antwort ein nachdrückliches „Ja“. Jeder Libertäre, der nur vage mit der sozialen Realität vertraut ist, wird keine Schwierigkeiten haben, die grundlegende Wahrheit der rechten Weltanschauung anzuerkennen. Er kann und muss angesichts der empirischen Beweise in der Tat dem empirischen Anspruch der Rechten in Bezug auf die fundamentale, nicht nur physische, sondern auch mentale Ungleichheit des Menschen zustimmen; und er kann insbesondere auch dem normativen Anspruch der Rechten

von „laissez faire“ zustimmen, d.h., dass diese natürliche menschliche Ungleichheit zwangsläufig auch zu ungleichen Ergebnissen führt und dass diesbezüglich nichts getan werden kann oder sollte.

Es gibt jedoch einen wichtigen Vorbehalt. Während die Rechte *alle* menschlichen Ungleichheiten, ob Ausgangspunkt oder Ergebnis, als natürlich akzeptieren kann, würde der Libertäre darauf bestehen, dass nur jene Ungleichheiten natürlich sind und nicht gestört werden sollten, die durch das Befolgen der eingangs erwähnten Grundregeln friedlicher menschlicher Interaktion entstanden sind. Ungleichheiten, die auf *Verstöße* gegen diese Regeln zurückzuführen sind, *erfordern* jedoch Korrekturmaßnahmen und *sollten* beseitigt werden. Und darüber hinaus würde der Libertäre darauf bestehen, dass es unter den unzähligen beobachtbaren menschlichen Ungleichheiten, die das Ergebnis solcher Regelverletzungen *sind*, empirisch gesehen einige gibt, wie reiche Männer, die ihren Willen nicht harter Arbeit, Voraussicht, unternehmerischem Talent oder auch einem freiwilligen Geschenk oder Erbe verdanken, sondern Raub, Betrug oder staatlich gewährtem Monopolprivileg. Die in solchen Fällen erforderlichen Korrekturmaßnahmen sind jedoch nicht durch Egalitarismus, sondern durch den Wunsch nach *Wiedergutmachung* motiviert: Er (und nur er), der nachweisen kann, dass er beraubt, betrogen oder rechtlich benachteiligt wurde, sollte von denjenigen (und nur denjenigen), die diese Verbrechen gegen ihn und sein Eigentum begangen haben, wieder entschädigt werden, auch in Fällen, in denen die

Wiedergutmachung zu einer noch größeren Ungleichheit führen würde (wie wenn ein armer Mann einen Reichen betrogen und ihm die Wiedergutmachung geschuldet hätte).

Auf der anderen Seite: Was die Linke betrifft, ist die Antwort ein ebenso nachdrückliches „Nein“. Der empirischen Behauptung der Linken, dass es keine signifikanten mentalen Unterschiede zwischen Individuen und implizit zwischen verschiedenen Personengruppen gibt und dass das, was solche Unterschiede zu sein *scheinen*, ausschließlich auf Umweltfaktoren zurückzuführen ist und verschwinden würde, wenn nur die Umwelt ausgeglichen würde, ist in Bezug auf unserer jedermanns Alltagserfahrungen und Bergen an empirischer Sozialforschung widersprüchlich. Männer sind nicht gleich und können nicht gleich gemacht werden, und was auch immer man in dieser Hinsicht versucht, Ungleichheiten werden immer wieder auftauchen. Es ist jedoch insbesondere der implizite normative Anspruch und die aktivistische Agenda der Linken, die sie mit dem Libertarismus unvereinbar macht. Das linke Ziel der Gleichstellung aller oder der Angleichung der „Lebensstellung“ aller ist unvereinbar mit dem Privateigentum, sei es am eigenen Körper oder an externen Dingen. Anstelle friedlicher Kooperation führt sie zu endlosen Konflikten und führt zur entschieden *unegalitären* Etablierung einer permanenten herrschenden Klasse, die sie über den Rest des Volkes als ihr auszugleichendes „Material“ beherrscht. „Da“, wie Murray Rothbard es formuliert hat, „keine zwei Menschen

in irgendeiner Weise in der Natur oder in den Ergebnissen einer freiwilligen Gesellschaft einheitlich oder ‚gleich‘ sind, erfordert die Herbeiführung und Aufrechterhaltung einer solchen Gleichheit notwendigerweise die permanente Durchsetzung einer Machtelite, die mit verheerender Zwangsgewalt ausgestattet ist.”⁸

Es gibt unzählige individuelle menschliche Unterschiede; und es gibt noch mehr Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen von Individuen, da jedes Individuum in unzählige verschiedene Gruppen passen kann. Es ist die Machtelite, die bestimmt, welche dieser Unterschiede, ob von Individuen oder von Gruppen, als vorteilhaft und glücklich oder nachteilig und unglücklich (oder eben als irrelevant) gelten soll. Es ist die Machtelite, die bestimmt, wie — aus zahllosen Möglichkeiten heraus — das „Ausgleichen“ der Glücklichen und der Unglücklichen tatsächlich geschieht, d.h. was und wie viel man von den Glücklichen „nimmt“ und den Unglücklichen „gibt“, um Gleichheit zu erreichen. Insbesondere ist es die Machtelite, die sich selbst als unglücklich definiert und dabei bestimmt, was und wie viel man von den Glücklichen nimmt und *für sich behält*. Und was auch immer dann für eine Gleichmacherei betrieben wird: Da unzählige neue Unterschiede und Ungleichheiten immer wieder auftauchen, kann die

⁸ Murray N. Rothbard, „Egalitarianism and the Elites“, *Review of Austrian Economics* 8, Nr. 2 (1995): 45.

Gleichmacherei der Machtelite nie zu einem natürlichen Ende kommen, sondern muss ewig, endlos weitergehen.

Die egalitäre Weltanschauung der Linken ist jedoch nicht nur mit dem *Libertarismus* unvereinbar. Sie ist so realitätsfremd, dass man sich fragen muss, wie irgendjemand sie ernst nehmen kann. Der kleine Mann von der Straße glaubt sicherlich nicht an die Gleichheit aller Menschen. Gesunder Menschenverstand und glasklare Vorurteile stehen dem im Weg. Und ich bin noch zuversichtlicher, dass keiner der eigentlichen Befürworter der egalitären Lehre wirklich, tief im Inneren, glaubt, was er verkündet. Doch wie konnte dann die linksgerichtete Weltanschauung zur dominierenden Ideologie unserer Zeit werden?

Zumindest für einen Libertären sollte die Antwort offensichtlich sein: Die egalitäre Doktrin erreichte diesen Status nicht, weil sie wahr ist, sondern weil sie die perfekte intellektuelle Abdeckung für das Streben nach totalitärer sozialer Kontrolle durch eine herrschende Elite bietet. Die herrschende Elite holte sich daher die Hilfe der „Intelligenzia“ (oder der „plappernden Klasse“). Sie wurde auf die Gehaltsliste gesetzt oder anderweitig subventioniert und lieferte im Gegenzug die gewünschte egalitäre Botschaft (von der sie weiß, dass sie falsch ist, was für ihre eigenen Beschäftigungsaussichten enorm vorteilhaft ist). Und so sind die enthusiastischsten

Befürworter des egalitären Unsinns in der intellektuellen Klasse zu finden.⁹

Angesichts der Tatsache, dass der Libertarismus und der Egalitarismus der Linken offensichtlich unvereinbar sind, muss es überraschen — und es ist ein Zeugnis für die immensen ideologischen Kräfte der herrschenden Eliten und ihrer Hofintellektuellen — dass viele, die sich heute als Libertäre bezeichnen, Teil der Linken sind und sich als solche betrachten. Wie ist das möglich?

Was diese Linkslibertären ideologisch eint, ist ihre aktive Förderung verschiedener „Antidiskriminierungs“-Maßnahmen und ihr Eintreten für eine Politik der „freien und nichtdiskriminierenden“ Einwanderung.¹⁰

⁹ Murray Rothbard hat sie aufgelistet: „Akademiker, Meinungsmacher, Journalisten, Schriftsteller, Medieneliten, Sozialarbeiter, Bürokraten, Ratgeber, Psychologen, Personalberater und vor allem für den immer schneller werdenden neuen Gruppenegalitarismus eine wahre Armee von ‚Therapeuten‘ und Sensibilitätstrainer. Und natürlich Ideologen und Forscher, die sich neue Gruppen ausdenken und entdecken, die gleich gemacht werden müssen.“ (Ebenda, S. 51)

¹⁰ Für diejenigen, die unter den sogenannten Libertären von heute als Linke zu zählen sind, gibt es einen Lackmustest: die Position, die während der jüngsten präsidentialen Vorwahlen zu Dr. Ron Paul eingenommen wurde, der mit Abstand der reinste Libertäre ist, der jemals nationale und sogar internationale Aufmerksamkeit und Anerkennung erlangt hat. Beltway-Libertäre um Cato, George Mason, *Reason* und verschiedene andere Gruppierungen rund um den „Kochtopf“ wiesen Ron Paul ab oder griffen ihn sogar wegen seines „Rassismus“ und seines Mangels an sozialer „Sensibilität“ und „Toleranz“ an, kurz: weil er ein aufrechter „rechter Bourgeois“ war, der ein vorbildliches persönliches und berufliches Leben führte.

Diese „Libertären“, bemerkte Rothbard,

sind inbrünstig der Vorstellung verpflichtet, dass, obwohl jedes Individuum möglicherweise nicht jedem anderen „gleichgestellt“ ist, jede denkbare Gruppe, jedes ethnische Kontingent, jede Rasse, jedes Geschlecht oder in einigen Fällen jede Spezies tatsächlich „gleich“ sind und „gleich“ gemacht werden müssen, dass jeder „Rechte“ hat, die nicht durch irgendeine Form von „Diskriminierung“ eingeschränkt werden dürfen.¹¹

Aber wie ist es möglich, diese Antidiskriminierungsposition mit Privateigentum in Einklang zu bringen, das alle Libertären als Eckpfeiler ihrer Philosophie betrachten sollen und das schließlich *exklusives* Eigentum bedeutet und damit *logischerweise Diskriminierung impliziert*?

Traditionelle Linke haben dieses Problem natürlich nicht. Sie denken oder kümmern sich nicht um Privateigentum. Da jeder genauso gleich ist wie jeder andere, gehört die Welt und alles auf und in ihr allen gleichermaßen — alles Eigentum ist „gemeinsames“ Eigentum — und als gleichberechtigter Miteigentümer der Welt hat natürlich jeder das gleiche „Recht auf Zugang“ zu allem und jedem. Ohne eine perfekte Harmonie aller Interessen kann es jedoch nicht sein, dass jeder das gleiche Eigentum und den gleichen Zugang zu allem und überall

¹¹ Rothbard, „Egalitarianism and the Elites“, S. 102.

hat, *ohne dass dies zu dauerhaften Konflikten führt*. Um diese Zwangslage zu vermeiden, ist es daher notwendig, einen Staat einzusetzen, d. h. ein territoriales Monopol der endgültigen Entscheidungsfindung. „Gemeinschaftseigentum“ erfordert einen Staat und muss „Staats-eigentum“ werden. Es ist der Staat, der letztlich nicht nur bestimmt, wem was gehört; es ist dann auch der Staat, der letztlich die räumliche Aufteilung aller Menschen bestimmt: Wer wo leben soll und sich treffen darf und Zugang zu wem hat — und Privateigentum gehört verdammt. Schließlich sind es *sie*, die Linken, die den Staat kontrollieren würden.

Aber dieser Fluchtweg steht niemandem offen, der sich als Libertärer bezeichnet. Er muss Privateigentum ernst nehmen.

Psychologisch oder soziologisch lässt sich die Anziehungskraft von Nichtdiskriminierungsrichtlinien auf Libertäre dadurch erklären, dass eine überproportional große Anzahl von Libertären Außenseiter oder einfach nur seltsam sind — oder, um Rothbards Beschreibung zu verwenden: „Hedonisten, Freigeister, Immoralisten, militante Religionsfeinde ..., Schnorrer, Betrüger, Gauner und Schutzgelderpresser“ — die sich wegen ihrer angeblichen ‚Toleranz‘ gegenüber Außenseitern und Ausgestoßenen zum Libertarismus hingezogen fühlten und ihn nun als Vehikel nutzen wollen, um sich von jeglicher Diskriminierung zu befreien, die typischerweise im Alltag nach ihren Wünschen ausgeteilt wird. Aber wie machen sie es „logisch“ betrachtet? Linkslibertäre,

Libertäre mit Herzblut und humanitär-kosmopolitische Libertäre sind keine gewöhnlichen Linken. Sie wissen um die zentrale Bedeutung des Privateigentums. Doch wie können sie den Begriff des Privateigentums scheinbar *logisch* mit ihrer Förderung der Antidiskriminierungspolitik und insbesondere ihrer Förderung einer Politik der diskriminierungsfreien Einwanderung in Einklang bringen?

Die kurze Antwort lautet: indem das gesamte aktuelle Privateigentum und seine Verteilung unter verschiedenen Personen unter moralischen Verdacht gestellt wird. Mit dieser Behauptung fallen die Linkslibertären dem gegensätzlichen Trugschluss anheim wie die nicht-libertäre Rechte. Wie bereits erwähnt, begeht die nicht-libertäre Rechte den Fehler, alle (oder zumindest fast alle) aktuellen Immobilienbestände, einschließlich insbesondere auch die Immobilienbestände des Staates, als natürlich und gerecht zu betrachten. In deutlichem Widerspruch würde ein Libertärer erkennen und darauf bestehen, dass einige gegenwärtige Immobilienbestände und alle (oder zumindest die meisten) staatlichen Bestände nachweislich unnatürlich und ungerecht sind und als solche eine Rückerstattung oder Entschädigung erfordern. Umgekehrt behaupten die Linkslibertären, dass nicht nur alle oder die meisten staatlichen Besitztümer unnatürlich und ungerecht sind (aus diesem Eingeständnis leiten sie ihren Titel „libertär“ ab), sondern dass auch alle oder die meisten *privaten* Besitztümer unnatürlich und ungerecht sind. Und zur Unterstützung dieser letzteren Behauptung weisen sie darauf hin, dass alle derzeitigen

Privateigentumsbestände und ihre Verteilung unter verschiedenen Menschen durch vorherige staatliche Maßnahmen und Gesetze beeinflusst, verändert und verzerrt wurden und dass alles anders wäre und niemand wäre an der gleichen Stelle und Position, an der er sich derzeit befindet, wenn es nicht solche vorherigen staatlichen Eingriffe gegeben hätte.

Zweifellos ist diese Beobachtung richtig. Der Staat hat in seiner langen Geschichte einige Menschen reicher und andere ärmer gemacht, als sie es sonst gewesen wären. Er hat einige Menschen getötet und ließ andere überleben. Er hat Menschen von einem Ort zum anderen bewegt. Er hat einige Berufe, Industrien oder Regionen gefördert und die Entwicklung anderer verhindert, verzögert oder verändert. Er hat einigen Menschen Privilegien und Monopole verliehen und andere rechtlich diskriminiert oder benachteiligt, und so weiter und so fort. Die Liste der vergangenen Ungerechtigkeiten, der Gewinner und Verlierer, der Täter und Opfer ist endlos.

Aber aus dieser unbestreitbaren Tatsache folgt nicht, dass alle oder die meisten aktuellen Eigentumsbestände moralisch verdächtig und berichtigungsbedürftig sind. Allerdings muss das *Staatseigentum* zurückerstattet werden, weil es zu Unrecht erworben wurde. Es sollte seinen natürlichen Eigentümern zurückgegeben werden, d.h. den Menschen (oder ihren Erben), die gezwungen wurden, ein solches „öffentliches“ Eigentum zu „finanzieren“, indem sie Teile ihres eigenen privaten Eigentums dem Staat übergaben. Ich werde mich hier

jedoch nicht mit diesem speziellen „Privatisierungs“-Thema befassen.¹² Vielmehr ist es die weitergehende Behauptung, dass vergangene Ungerechtigkeiten auch alle *aktuellen Privateigentumsbestände* moralisch verdächtig machen, was nicht folgt und was sicherlich nicht stimmt. In der Tat sind die meisten privaten Beteiligungen wahrscheinlich gerecht, unabhängig von ihrer Geschichte — es sei denn in solchen Fällen, in denen ein bestimmter Kläger nachweisen kann, dass dies nicht der Fall ist. Die Beweislast liegt jedoch bei denjenigen, die die aktuellen Besitztümer und -verteilungen anfechten. Jemand muss nachweisen, dass er im Besitz eines älteren Eigentumstitels an dem betreffenden Eigentum ist als sein derzeitiger Eigentümer. Andernfalls, wenn ein Kläger dies nicht nachweisen kann, soll alles so bleiben, wie es derzeit ist.

Oder: Um genauer und realistischer zu sein: Aus der Tatsache, dass Peter oder Paul oder ihre Eltern als Mitglieder einer denkbaren Gruppe von Menschen in der Vergangenheit ermordet, vertrieben, beraubt, angegriffen oder rechtlich diskriminiert wurden und ihr aktueller Besitz und ihre sozialen Positionen anders gewesen wären, wenn es solche Ungerechtigkeiten in der Vergangenheit nicht gegeben hätte, folgt nicht, dass ein gegenwärtiges Mitglied dieser Gruppe einen angemessenen Anspruch

¹² Siehe hierzu Hans-Hermann Hoppe, „Of Private, Common and Public Property and the Rationale for Total Privatization“, *Libertarian Papers* 3, Nr.1 (2011).
<http://libertarianpapers.org/articles/2011/lp-3-1.pdf>

(auf Entschädigung) gegen das aktuelle Eigentum eines anderen (weder innerhalb noch außerhalb seiner Gruppe) hat. Vielmehr müssten Peter oder Paul jeweils in einem Fall nach dem anderen nachweisen, dass er persönlich einen besseren Anspruch hat, weil er einen älteren Titel an einem bestimmten Grundstück hat als ein aktueller, namentlich genannter und identifizierter Eigentümer und mutmaßlicher Täter. Sicherlich gibt es eine beträchtliche Anzahl von Fällen, in denen dies möglich ist und eine Rückerstattung oder Entschädigung geschuldet wird. Aber genauso sicher ist, dass mit dieser Beweislast für jeden, der die gegenwärtige Eigentumsverteilung in Frage stellt, nicht viel für eine nicht-diskriminierende, egalitäre Agenda erreicht werden kann. Im Gegenteil, in der heutigen westlichen Welt, vollgestopft mit „Affirmative Action“-Gesetzen, die verschiedenen „geschützten Gruppen“ rechtliche Privilegien auf Kosten verschiedener anderer entsprechend ungeschützter und diskriminierter Gruppen gewähren, würde es zu mehr — nicht weniger — Diskriminierung und Ungleichheiten kommen, wenn, wie es die Gerechtigkeit erfordern würde, jeder, der tatsächlich einen solchen individuellen Nachweis seiner Benachteiligung erbringen könnte, tatsächlich vom Staat dazu ermächtigt würde, Klage zu erheben und von seinem Täter Wiedergutmachung zu verlangen.

Aber Linkslibertäre — die herzblutenden und humanitär-kosmopolitischen Libertären — sind nicht gerade als „Kämpfer“ gegen „Affirmative Action“ bekannt. Vielmehr, und ganz im Gegenteil, um zu dem Schluss zu kommen, den sie erreichen wollen, entspannen

sie sich oder verzichten ganz auf die Forderung, dass jemand, der die Opferrolle beansprucht, einen individualisierten Opfernachweis anbietet. Typischerweise, um ihre intellektuelle Standhaftigkeit als Libertäre aufrechtzuerhalten, tun die Linkslibertären dies leise, heimlich oder sogar unwissentlich, aber in der Tat, indem sie diese grundlegende Forderung der Gerechtigkeit aufgeben, ersetzen sie Privateigentum und Eigentumsrechte und Rechtsverletzungen durch den verworrenen Begriff der „Bürgerrechte“ und „Bürgerrechtsverletzungen“ und individuelle Rechte durch „Gruppenrechte“ und werden so zu Kathedersozialisten. In Anbetracht der Tatsache, dass der Staat alle privaten Eigentumsverhältnisse und -verteilungen gestört und verzerrt hat, ohne dass ein individueller Nachweis der Schädigung erforderlich ist, kann jeder und jede erdenkliche Gruppe leicht und ohne allzu große intellektuelle Anstrengung eine Art „Opferrolle“ gegenüber jedem anderen oder jeder anderen Gruppe beanspruchen.¹³

¹³ Charakteristischerweise wurde diese heimliche Umwandlung des Liberalismus in Katheder-Sozialismus über den verwirrten Begriff der „Bürgerrechte“ bereits vor Jahrzehnten von Murray Rothbard identifiziert. Um ihn zu zitieren:

In der gesamten offiziellen libertären Bewegung [der Linkslibertären] wurden die „Bürgerrechte“ ohne Frage akzeptiert und die tatsächlichen Rechte des Privateigentums völlig außer Kraft gesetzt. In einigen Fällen war die Annahme eines „Rechts auf Nichtdiskriminierung“ explizit. In anderen Fällen, wenn Libertäre ihre neuen Erkenntnisse mit ihren älteren Prinzipien in Einklang bringen wollen und keine Abneigung

Von der Last des individualisierten Nachweises der Opferrolle befreit, sind die Linkslibertären in ihrer „Entdeckung“ neuer „Opfer“ und „Täter“ gemäß ihren eigenen vorausgesetzten egalitären Annahmen im Wesentlichen uneingeschränkt. Es sei ihnen zugestanden, dass sie den Staat als institutionellen Verletzer und Eindringling in die Rechte des Privateigentums anerkennen (auch hieraus leitet sich ihr Anspruch ab, ‚Libertäre‘ zu sein). Aber sie sehen weitaus mehr institutionelle und strukturelle Ungerechtigkeiten und soziale Verzerrungen, weitaus mehr Opfer und Täter und weitaus mehr Bedarf an Wiedergutmachung, Entschädigung und damit einhergehender Umverteilung von Eigentum in der heutigen Welt als nur die vom Staat begangenen und verursachten Ungerechtigkeiten und Verwerfungen, die durch die Verkleinerung und schließlich den Abbau und die Privatisierung sämtlicher staatlicher Besitztümer und Funktionen gelöst und beseitigt werden sollen. Selbst wenn der Staat demontiert würde, halten sie fest, dass als späte und dauerhafte Auswirkungen seiner langen Vorgeschichte oder bestimmter vor-staatlicher Bedingungen andere

gegen Sophisterei und sogar Absurdität haben, nehmen sie den hinterhältigeren Weg, den die American Civil Liberties Union eingeschlagen hat: Dass das so genannte „Recht“ auf „gleichberechtigten Zugang“ über dem Privateigentum oder dem gesunden Menschenverstand stehen muss, wenn auch nur ein kleines bisschen Staat involviert ist, sei es durch die Nutzung der öffentlichen Straßen oder durch die Finanzierung aus Steuergeldern. Rothbard, „Egalitarianism and the Elites“, S. 102–03.

institutionelle Verzerrungen bestehen bleiben würden, die einer Korrektur bedürfen, um eine gerechte Gesellschaft zu schaffen.

Die Ansichten der Linkslibertären in dieser Hinsicht sind nicht ganz einheitlich, unterscheiden sich aber in der Regel wenig von denen, die von Kulturmarxisten vertreten werden. Sie gehen von einer weitgehend „flachen“ und „horizontalen“ Gesellschaft „Gleicher“, d.h. von im Wesentlichen universell und weltweit homogenen, gleichgesinnten und -talentierten Menschen mehr oder weniger ähnlicher sozialer und wirtschaftlichem Status und Ansehen, und sie betrachten alle systematischen Abweichungen von diesem Modell als das Ergebnis von Diskriminierung und als Grund für irgendeine Form von Kompensation und Wiedergutmachung. Dementsprechend gilt die hierarchische Struktur traditioneller Familien, der Geschlechterrollen und der Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen als unnatürlich. In der Tat werden alle sozialen Hierarchien und vertikalen Rangordnungen der Autorität, der Häuptlinge und Clanchefs, der Gönner, Adligen, Aristokraten und Könige, der Bischöfe und Kardinäle, der „Bosse“ im Allgemeinen und ihrer jeweiligen Handlanger oder Untergebenen mit Argwohn betrachtet. In ähnlicher Weise gelten alle großen oder „übermäßigen“ Einkommens- und Vermögensunterschiede — der sogenannten „Wirtschaftsmacht“ — und die Existenz sowohl einer unterdrückten Unterschicht als auch einer Oberschicht von Superreichen und Familien als unnatürlich. Auch große Industrie- und Finanzkonzerne und -konglomerate gelten als künstliche

Geschöpfe des Staates. Und auch verdächtig, unnatürlich und reparaturbedürftig sind alle exklusiven Vereine, Gesellschaften, Gemeinden, Kirchen und Vereine sowie alle territoriale Segregation, Trennung und Sezession, unabhängig davon, ob sie auf Klasse, Geschlecht, Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, Abstammung, Sprache, Religion, Beruf, Interessen, Bräuchen oder Tradition beruhen.

Von diesem Standpunkt aus können die „Opfer“-Gruppen und ihre „Täter“ leicht identifiziert werden. Wie sich herausstellt, machen „Opfer“ die überwiegende Mehrheit der Menschheit aus. Jeder und jede denkbare Gruppe ist ein „Opfer“, mit Ausnahme des kleinen Teils der Menschheit, der aus weißen (einschließlich nordasiatischen) heterosexuellen Männern besteht, die ein traditionelles, bürgerliches Familienleben führen. Sie, und insbesondere die kreativsten und erfolgreichsten unter ihnen (interessanterweise nur reiche Sport- oder Unterhaltungstars ausgenommen), sind die „Opfer“ aller anderen.

Während diese Sicht der Menschheitsgeschichte angesichts der erstaunlichen zivilisatorischen Errungenschaften, die von genau dieser Minderheit von „Opfern“ stammen, als bizarr erscheint, stimmt sie fast vollständig mit der Opferlehre überein, die auch von Kulturmarxisten propagiert wird. Beide Gruppen unterscheiden sich nur in der Ursache dieses ähnlich identifizierten, beschriebenen und beklagten „strukturellen Opferzustands“. Für die Kulturmarxisten ist

die Ursache für diesen Zustand privates Eigentum und ungezügelter Kapitalismus auf der Grundlage privater Eigentumsrechte. Für sie ist die Antwort, wie sie den entstandenen Schaden reparieren können, klar und einfach. Alle notwendigen Wiedergutmachungen, Entschädigungen und Umverteilungen erfolgen durch den Staat, den *sie* vermutlich kontrollieren.

Für die Linkslibertären funktioniert diese Antwort nicht. Sie sollten für Privateigentum und die Privatisierung von Staatseigentum eintreten. Sie können nicht vom Staat die Wiedergutmachung verlangen, weil sie als Libertäre den Staat abbauen und letztendlich abschaffen sollten. Dennoch wollen sie mehr Wiedergutmachung als nur die, die sich aus der Privatisierung des gesamten sogenannten öffentlichen Eigentums ergibt. Die Abschaffung des Staates reicht ihnen nicht aus, um eine gerechte Gesellschaft zu schaffen. Es muss mehr getan werden, um die bereits erwähnte große Mehrheit der Opfer zu entschädigen.

Aber was? Und auf welcher Grundlage? Wann immer es einen individualisierten Opfernachweis gibt, d.h. wenn eine Person A nachweisen kann, dass eine andere Person B in das Eigentum von A eingedrungen ist oder es eingenommen hat, oder umgekehrt, besteht kein Problem! Der Fall ist eindeutig. Aber was schulden die „Täter“ ihren „Opfern“, wenn es keine solchen Beweise gibt, und aus welchen Gründen? Wie kann man feststellen, wer wem wie viel und wovon schuldet? Und wie kann man diese Rückerstattungsregelung in Abwesenheit eines Staates

umsetzen, ohne dabei die privaten Eigentumsrechte eines anderen mit Füßen zu treten? Dies stellt das zentrale intellektuelle Problem für jeden selbsternannten Links-*libertären* dar.

Es überrascht nicht, dass die Antwort, die sie auf diese Herausforderung geben, ausweichend und vage ausfällt. Soweit ich das beurteilen kann, ist es kaum mehr als eine Ermahnung. Wie ein scharfer Beobachter der intellektuellen Szene es zusammengefasst hat: „Sei nett!“ Genauer gesagt: Ihr, ihr kleine Gruppe von „Tätern“, müsst immer besonders „nett“, verzeihend und inklusiv gegenüber allen Mitgliedern der überwiegenden Mehrheit der „Opfer“ sein, d.h. der langen und vertrauten Liste aller außer den weißen, heterosexuellen Männern! Und was die Durchsetzung betrifft: Alle „Täter“, die einem Mitglied der Opferklasse nicht den richtigen Respekt zollen, d.h. Täter, die sich „böse“, unversöhnlich oder ausschließend verhalten oder „böse“ oder respektlose Dinge über sie sagen, müssen öffentlich gemieden, gedemütigt und zum Gehorsam beschämt werden!

Auf den ersten Blick oder beim ersten Hören mag dieser Vorschlag zur Rückgabe - wie man es von „netten“ Menschen erwarten kann - gut gemeint, harmlos und einfach „nett“ erscheinen. Tatsächlich ist es jedoch alles andere als ein „netter“ und harmloser Ratschlag. Es ist falsch und gefährlich.

Zunächst einmal: *Warum* sollte jemand besonders nett zu jemand anderem sein — abgesehen davon, dass er die

jeweiligen privaten Eigentumsrechte an bestimmten speziellen physischen Mitteln (Güter) respektiert? Nett zu sein ist eine bewusste Handlung und erfordert Anstrengung, wie es bei allen Handlungen der Fall ist. Es gibt Opportunitätskosten. Die gleiche Anstrengung könnte auch auf andere Effekte angewendet werden. In der Tat werden viele, wenn nicht die meisten unserer Aktivitäten allein und in Stille durchgeführt, ohne direkte Interaktion mit anderen, wie wenn wir unser Essen zubereiten, unser Auto fahren oder lesen und schreiben. Zeit, die der „Nettigkeit gegenüber anderen“ gewidmet ist, ist verlorene Zeit, um andere, möglicherweise lohnendere Dinge zu tun. Außerdem muss Nettigkeit gerechtfertigt sein. Warum sollte ich nett zu Leuten sein, die böse zu mir sind? Nettigkeit muss verdient werden. Wahllose Nettigkeit verringert und löscht die Unterscheidung zwischen verdienstvollem und fehlerhaftem Verhalten letztendlich aus. Es wird zu viel Nettigkeit an Unverdiente und zu wenig an Verdiente verteilt, was dazu führt, dass das allgemeine Niveau der Unfreundlichkeit steigt und das öffentliche Leben immer unangenehmer wird.

Darüber hinaus gibt es auch wirklich böse Menschen, die echten Privateigentümern wirklich böse Dinge antun, vor allem die herrschenden Eliten, die für den Staatsapparat verantwortlich sind, wie jeder Libertäre zugeben müsste. Man ist sicher nicht verpflichtet, nett zu ihnen zu sein! Doch wenn man die überwiegende Mehrheit der „Opfer“ mit zusätzlicher Liebe, Fürsorge und Aufmerksamkeit belohnt, erreicht man genau das: Es wird weniger Zeit und Mühe darauf verwendet, sich

gegenüber denjenigen, die es eigentlich am meisten verdient haben, unangenehm zu verhalten. Die Macht des Staates wird dann nicht durch universelle „Nettigkeit“ geschwächt, sondern gestärkt.

Und warum ist es vor allem die kleine Minderheit weißer, heterosexueller Männer und vor allem ihrer erfolgreichsten Mitglieder, die der überwiegenden Mehrheit aller anderen Menschen etwas mehr Freundlichkeit schuldet? Warum nicht umgekehrt? Schließlich stammen die meisten, wenn nicht alle technischen Erfindungen, Maschinen, Werkzeuge und Geräte, die heute überall und nirgends im Einsatz sind, von denen unser heutiger Lebensstandard und Komfort maßgeblich abhängt, von *ihnen*. Alle anderen Menschen haben im Großen und Ganzen nur das nachgeahmt, was *sie zuerst* erfunden und konstruiert hatten. Alle anderen haben das Wissen, das in den Produkten der Erfinder verkörpert ist, kostenlos geerbt. Und ist es nicht der typische weiße hierarchische Familienhaushalt von Vater, Mutter, ihren gemeinsamen Kindern und zukünftigen Erben und ihrem „bürgerlichen“ Verhalten und Lebensstil — d.h. alles, was die Linke verunglimpft und als böse bezeichnet — der das wirtschaftlich erfolgreichste Modell der sozialen Organisation ist, das die Welt je gesehen hat, mit der größten Anhäufung von Investitionsgütern (Reichtum) und dem höchsten durchschnittlichen Lebensstandard? Und ist es nicht allein aufgrund der großen wirtschaftlichen Errungenschaften dieser Minderheit der „Täter“, dass eine stetig steigende Zahl von „Opfern“ integriert werden und an den Vorteilen eines

weltweiten Netzwerks der Arbeitsteilung teilhaben konnte? Und ist es nicht nur dem Erfolg des traditionellen weißen, bürgerlichen Familienmodells geschuldet, dass so genannte „alternative Lebensstile“ überhaupt entstehen und über die Zeit aufrechterhalten werden könnten? Verdanken die meisten der heutigen „Opfer“ ihr Leben und ihr gegenwärtiges Leben nicht buchstäblich den Errungenschaften ihrer angeblichen „Täter“?

Warum zollen nicht die „Opfer“ ihren „Tätern“ besonderen Respekt? Warum werden nicht wirtschaftliche Leistungen und Erfolge besonders gewürdigt, statt Misserfolge, und warum werden nicht traditionelle, „normale“ Lebensweisen und Verhaltensweisen besonders gelobt, statt irgendeine abnormale Alternative, die als notwendige Bedingung für ihr eigenes Fortbestehen eine bereits bestehende, dominante Gesellschaft von „normalen“ Menschen mit „normalen“ Lebensweisen voraussetzt?

Ich werde in Kürze auf die offensichtliche Antwort auf diese rhetorischen Fragen eingehen. Vorher sollte jedoch ein zweiter — strategischer — Fehler in der linkslibertären Beratung von besonderer Nettigkeit gegenüber „historischen Opfern“ kurz angesprochen werden.

Interessanterweise unterscheiden sich die sowohl von Linkslibertären als auch von Kulturmarxisten identifizierten „Opfer“-Gruppen kaum, wenn überhaupt, von den als „unterprivilegiert“ identifizierten Gruppen, die auch vom Staat entschädigungsbedürftig sind. Während

dies für Kulturmarxisten kein Problem darstellt und als Indikator für das Ausmaß der Kontrolle interpretiert werden kann, das sie bereits über den Staatsapparat erlangt haben, sollte dieses Zusammentreffen für Linkslibertäre Anlass zu intellektueller Besorgnis geben. Warum sollte der Staat das gleiche oder ein ähnliches Ende der „Nichtdiskriminierung“ von „Opfern“ durch „Täter“ verfolgen, dass sie, ebenfalls erreichen wollen, wenn auch nur mit anderen Mitteln? Linkslibertäre sind sich dieser Frage in der Regel nicht bewusst. Und doch sollte jedem, der nur ein wenig gesunden Menschenverstand besitzt, die Antwort klar sein.

Um die totale Kontrolle über jede einzelne Person zu erlangen, muss der Staat eine *divide-et-impera*-Politik verfolgen. Er muss alle anderen rivalisierenden Zentren sozialer Autorität schwächen, untergraben und letztlich zerstören. Am wichtigsten ist, dass es den traditionellen, patriarchischen Familienhaushalt und insbesondere den unabhängig wohlhabenden Familienhaushalt als autonome Entscheidungszentren schwächen muss, indem es Konflikte zwischen Ehefrauen und Ehemännern, Kindern und Eltern, Frauen und Männern, Reichen und Armen sät und gesetzlich festlegt. Ebenso müssen alle hierarchischen Ordnungen und Ränge der sozialen Autorität, alle exklusiven Gesellschaften und alle persönlichen Loyalitäten und Bindungen — sei es zu einer bestimmten Familie, Gemeinschaft, ethnischen Zugehörigkeit, Stamm, Nation, Rasse, Sprache, Religion, Sitte oder Tradition — mit Ausnahme der Bindung an

einen bestimmten Staat als Staatsbürger und Passinhaber geschwächt und schließlich zerstört werden.

Und was gibt es dafür Besseres, als Antidiskriminierungsgesetze zu verabschieden?

Durch das Verbot jeglicher Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter, Rasse, Religion, nationaler Herkunft usw. wird eine große Anzahl von Menschen zu staatlich zertifizierten „Opfern“ erklärt. Antidiskriminierungsgesetze sind also ein offizieller Aufruf an alle „Opfer“, Fehler zu finden und sich beim Staat über ihre eigenen „Lieblingsunterdrücker“ und insbesondere die wohlhabenderen unter ihnen und ihre „unterdrückerischen“ Machenschaften, d.h. ihren „Sexismus“, ihre „Homophobie“, ihren „Chauvinismus“, ihren „Nativismus“, ihren „Rassismus“, ihre „Xenophobie“ oder was auch immer, zu beschweren, und dass der Staat auf solche Beschwerden reagiert, indem er die „Unterdrücker“ verkleinert, d.h. sie sukzessive ihres Eigentums und ihrer Autorität beraubt und seine eigene monopolistische Macht gegenüber einer zunehmend geschwächten, zersplitterten, fraktionierten und de-homogenisierten Gesellschaft entsprechend ausbaut und stärkt.

Ironischerweise und im Gegensatz zu ihrem selbsternannten Ziel, den Staat zu schrumpfen oder sogar eliminieren zu wollen, werden die Linkslibertären mit ihrer eigentümlichen, egalitären Opferrolle zu Komplizen des Staates und tragen effektiv zur Vergrößerung seiner

Macht bei. In der Tat ist die linkslibertäre Vision einer diskriminierungsfreien multikulturellen Gesellschaft, um Peter Brimelows Phrase zu verwenden, Viagra für den Staat.

Was mich zu meinem letzten Thema bringt.

Die Rolle des Linkslibertarismus als Viagra für den Staat wird noch deutlicher, wenn man seine Position zur zunehmend virulenten Frage der Migration betrachtet. Linkslibertäre sind in der Regel leidenschaftliche Verfechter einer Politik der „freien und nicht-diskriminierenden“ Einwanderung. Wenn sie die Einwanderungspolitik des Staates kritisieren, dann nicht deshalb, weil seine Einreisebeschränkungen die falschen Beschränkungen sind, d.h. weil sie nicht dem Schutz der Eigentumsrechte einheimischer Bürger dienen, sondern weil sie der Einwanderung überhaupt irgendwelche Beschränkungen auferlegen.

Aber aus welchen Gründen sollte es ein Recht auf uneingeschränkte, „freie“ Einwanderung geben? Niemand hat das Recht, an einen Ort zu ziehen, der bereits von jemand anderem besetzt ist, es sei denn, er wurde von dem anwesenden Besetzer eingeladen. Und wenn alle Plätze bereits belegt sind, ist jegliche Migration eine Migration nur auf Einladung. Ein Recht auf „freie“ Einwanderung besteht nur für ein jungfräuliches Land, für die offene Grenze.

Es gibt nur zwei Möglichkeiten, um diese Schlussfolgerung zu umgehen und dennoch den Begriff

der „freien“ Einwanderung zu retten. Die erste besteht darin, alle derzeitigen Ortsansässigen und Eigentumsinhaber unter moralischen Verdacht zu stellen. Zu diesem Zweck wird viel von der Tatsache gesprochen, dass alle gegenwärtigen Ortsbesetzungen durch vorheriges staatliches Handeln, Krieg und Eroberung beeinflusst wurden. Und es stimmt, dass Staatsgrenzen gezogen und neu gezogen wurden, dass Menschen vertrieben, deportiert, getötet und umgesiedelt wurden und dass staatlich finanzierte Infrastrukturprojekte (Straßen, öffentliche Verkehrsmittel, usw.) den Wert und den relativen Preis fast aller Orte beeinflusst und die Reiseentfernung und die Kosten zwischen ihnen verändert haben. Wie bereits in einem etwas anderen Zusammenhang erläutert, folgt aus dieser unbestreitbaren Tatsache jedoch nicht, dass jeder derzeitige Bewohner eines Ortes einen Anspruch auf Migration an einen anderen Ort hat (außer natürlich, wenn ihm dieser Ort gehört oder er die Erlaubnis des derzeitigen Eigentümers hat). Die Welt gehört nicht jedem.

Der zweite mögliche Ausweg besteht darin, zu behaupten, dass alles sogenannte öffentliche Eigentum — das Eigentum, das von der lokalen, regionalen oder zentralen Regierung kontrolliert wird — einer offenen Ebene mit freiem und uneingeschränktem Zugang ähnelt. Doch das ist sicherlich falsch. Aus der Tatsache, dass staatliches Eigentum illegitim ist, weil es auf früheren Enteignungen beruht, folgt nicht, dass es eigentumslos und für alle frei verfügbar ist. Es wurde durch lokale, regionale, nationale oder bundesstaatliche

Steuerzahlungen finanziert, und es sind dann die Zahler dieser Steuern und niemand sonst, die die legitimen Eigentümer des gesamten öffentlichen Eigentums sind. Sie können ihr Recht nicht ausüben — dieses Recht wurde vom Staat in Anspruch genommen — aber *sie* sind die legitimen Eigentümer.

In einer Welt, in der alle Orte in Privatbesitz sind, verschwindet das Einwanderungsproblem. Ein Einwanderungsrecht besteht nicht. Es besteht nur das Recht, verschiedene Orte zu tauschen, zu kaufen oder zu mieten. Doch was ist mit der Einwanderung in der realen Welt mit öffentlichem Eigentum, das von lokalen, regionalen oder zentralen staatlichen Regierungen verwaltet wird?

Zunächst einmal: Wie würde die Einwanderungspolitik aussehen, wenn der Staat, wie es eigentlich seine Aufgabe wäre, als Treuhänder für das öffentliche Eigentum der Steuerzahler fungieren würde? Was ist mit der Immigration, wenn der Staat wie der Verwalter des gemeinschaftlichen Eigentums handelt, das sich im gemeinsamen Besitz der Mitglieder einer Wohnungsbaugesellschaft oder einer Wohnanlage befindet und von diesen finanziert wird?

Zumindest im Prinzip ist die Antwort klar. Die Richtlinie eines Treuhänders in Bezug auf die Einwanderung wäre das Prinzip der „Vollkosten“. Das heißt, der Einwanderer oder sein einladender Einwohner sollte die vollen Kosten für die Nutzung aller öffentlichen

Güter oder Einrichtungen durch den Einwanderer während seiner Anwesenheit tragen. Die Kosten für das von den ansässigen Steuerzahlern finanzierte Gemeinschaftseigentum sollte weder steigen noch sollte die Qualität aufgrund der Anwesenheit von Einwanderern sinken. Im Gegenteil, wenn möglich, sollte die Anwesenheit eines Einwanderers den ansässigen Eigentümern einen Gewinn bringen, entweder in Form von niedrigeren Steuern oder Gemeindegebühren oder einer höheren Qualität des Gemeinschaftseigentums (und damit rundum höheren Immobilienwerten).

Was die Anwendung des Vollkostenprinzips im Einzelnen beinhaltet, hängt von den historischen Gegebenheiten, also insbesondere vom Einwanderungsdruck ab. Wenn der Druck gering ist, kann der erste Zugang zu öffentlichen Straßen für „Ausländer“ vollständig unbeschränkt sein, und alle Kosten, die mit Einwanderern verbunden sind, werden in Erwartung inländischer Gewinne vollständig von den inländischen Bewohnern absorbiert. Alle weiteren Diskriminierungen blieben den einzelnen Wohnungseigentümern überlassen. (Dies ist übrigens so ziemlich der Stand der Dinge, wie er in der westlichen Welt bis zum Ersten Weltkrieg bestand.) Aber selbst dann würde sich die gleiche Großzügigkeit höchstwahrscheinlich nicht auf die Nutzung von öffentlichen Krankenhäusern, Schulen, Universitäten, Wohnungen, Schwimmbädern, Parks usw. durch Einwanderer erstrecken. Der Zugang zu solchen Einrichtungen wäre für Einwanderer nicht „frei“. Im Gegenteil, Einwanderer würden für ihre Nutzung einen

höheren Preis zahlen als die inländischen Wohnungseigentümer, die diese Einrichtungen finanzieren, damit sie die inländische Steuerlast senken. Und wenn ein vorübergehender Besucher-Einwanderer ein ständiger Bewohner werden wollte, könnte von ihm erwartet werden, dass er einen Eintrittspreis zahlt, der an die derzeitigen Eigentümer als Entschädigung für die zusätzliche Nutzung ihres Gemeinschaftseigentums überwiesen wird.

Auf der anderen Seite, wenn der Einwanderungsdruck hoch ist — wie derzeit in der gesamten westlichen, weißen, heterosexuellen und männlich dominierten Welt — müssen möglicherweise restriktivere Maßnahmen zum Schutz des privaten und monetären Eigentums der inländischen Eigentümer ergriffen werden. Es müsste nicht nur an den Einreisestellen, sondern auch auf lokaler Ebene Identitätskontrollen geben, um bekannte Kriminelle und anderweitig unerwünschtes Gesindel fernzuhalten. Abgesehen von den spezifischen Beschränkungen für Besucher durch einzelne Wohnungseigentümer in Bezug auf die Nutzung ihrer verschiedenen Privatgrundstücke kann es auch allgemeinere lokale Einreisebeschränkungen geben. Einige besonders attraktive Gemeinden erheben möglicherweise einen Eintrittspreis für jeden Besucher (mit Ausnahme von Gästen, die von Bewohnern eingeladen wurden), der an die Eigentümer des Wohnsitzes überwiesen wird, oder verlangen einen bestimmten Verhaltenskodex in Bezug auf das gesamte Gemeinschaftseigentum. Und die Anforderungen an eine dauerhafte Eigentumswohnung für einige Gemeinden

können sehr restriktiv sein und eine intensive Überprüfung und einen hohen Eintrittspreis beinhalten, wie dies auch heute noch in einigen Schweizer Gemeinden der Fall ist.

Aber: Das ist *nicht* das, was der *Staat* tut. Die Einwanderungspolitik der Staaten, die mit dem höchsten Einwanderungsdruck konfrontiert sind, die USA und Westeuropa, hat wenig Ähnlichkeit mit dem Handeln eines Treuhänders. Sie folgen nicht dem Vollkostenprinzip. Sie sagen dem Einwanderer im Wesentlichen nicht, dass er „zahlen oder gehen soll“. Im Gegenteil, sie sagen ihm: „Sobald du drin bist, kannst du bleiben und nicht nur alle Straßen, sondern alle Arten von öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen kostenlos oder zu ermäßigten Preisen nutzen, auch wenn du sie nicht bezahlst.“ Das heißt, sie subventionieren Migranten — oder besser: sie zwingen inländische Steuerzahler, sie zu subventionieren. Insbesondere subventionieren sie auch inländische Arbeitgeber, die billigere ausländische Arbeitskräfte importieren. Weil solche Arbeitgeber einen Teil der mit ihrer Beschäftigung verbundenen Gesamtkosten — die kostenlose Nutzung aller inländischen öffentlichen Grundstücke und Einrichtungen durch seine ausländischen Mitarbeiter — auf andere inländische Steuerzahler auslagern können. Und sie subventionieren die Einwanderung (Binnenmigration) auf Kosten der einheimischen Steuerzahler noch weiter, indem sie durch Antidiskriminierungsgesetze nicht nur alle internen, lokalen Einreisebeschränkungen, sondern zunehmend

auch alle Beschränkungen für die Einreise und die Nutzung aller inländischen *Privatgüter* verbieten.

Und was die erste Einreise von Einwanderern betrifft, ob als Besucher oder Einwohner, so diskriminieren die Staaten nicht aufgrund individueller Merkmale (wie es ein Treuhänder tun würde und wie es jeder Privateigentümer in Bezug auf sein eigenes Eigentum tun würde), sondern aufgrund von *Gruppen* oder *Klassen* von Menschen, d.h. aufgrund von Nationalität, ethnischer Zugehörigkeit, usw. Sie wenden keinen einheitlichen Zulassungsstandard an: die Identität des Einwanderers zu überprüfen, eine Art Bonitätsprüfung durchzuführen und ihm möglicherweise einen Eintrittspreis zu berechnen. Stattdessen lassen sie einige Klassen von Ausländern kostenlos einreisen, ohne Visumpflicht, als ob sie zurückkehrende Einwohner wären. So steht es beispielsweise allen Rumänen oder Bulgaren ungeachtet ihrer individuellen Merkmale frei, nach Deutschland oder in die Niederlande auszuwandern und sich dort aufzuhalten, um alle öffentlichen Güter und Einrichtungen zu nutzen, auch wenn sie nicht zahlen und auf Kosten deutscher oder niederländischer Steuerzahler leben. Ähnliches gilt für Puerto-Ricaner gegenüber den USA und deren Steuerzahler sowie für Mexikaner, denen die illegale Einreise in die USA als ungebetene und nicht identifizierte Eindringlinge effektiv gestattet ist. Auf der anderen Seite unterliegen andere Klassen von Ausländern akribischen Visabeschränkungen. So müssen sich beispielsweise alle Türken, wiederum unabhängig von ihren individuellen Merkmalen, einem einschüchternden Visumverfahren unterziehen und können vollständig

daran gehindert werden, nach Deutschland oder in die Niederlande zu reisen, auch wenn sie eingeladen wurden und über ausreichende Mittel verfügen, um alle mit ihrer Anwesenheit verbundenen Kosten zu tragen.

Die ansässigen, steuerzahlenden Eigentümer werden somit zweifach geschädigt: einmal, indem sie wahllos einige Klassen von Einwanderern einbeziehen, auch wenn sie *nicht* zahlen können, und zum anderen, indem sie wahllos andere Klassen von Einwanderern ausschließen, auch wenn sie es *können*.

Linkslibertäre kritisieren diese Einwanderungspolitik jedoch nicht aufgrund des Gegensatzes zu einem Treuhänder öffentlichen Eigentums, das letztlich im Besitz privater inländischer Steuerzahler ist, d.h. weil das Vollkostenprinzip nicht angewendet und daher zu Unrecht diskriminiert wird, sondern weil überhaupt diskriminiert wird. Freie, nicht-diskriminierende Zuwanderung bedeutet für sie, dass visumfreie Einreise und ständiger Aufenthalt allen, d.h. jedem potentiellen Immigrant zu gleichen Bedingungen, unabhängig von individuellen Eigenschaften oder der Fähigkeit, die vollen Kosten seines Aufenthalts zu bezahlen, zur Verfügung gestellt werden. Jeder ist eingeladen, sich zum Beispiel in Deutschland, den Niederlanden, der Schweiz oder den USA aufzuhalten und alle inländischen öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen kostenlos zu nutzen.

Es sei ihnen zugestanden, dass die Linkslibertären sich einigen der Konsequenzen bewusst sind, die diese Politik

in der heutigen Welt haben würde. Gäbe es keine anderen internen oder lokalen Einreisebeschränkungen für die Nutzung inländischer öffentlicher Güter und Dienstleistungen und zunehmend auch keine Einreisebeschränkungen für die Nutzung inländischer privater Güter (aufgrund zahlloser Antidiskriminierungsgesetze), wäre das vorhersehbare Ergebnis ein massiver Zustrom von Einwanderern aus der Dritten und Zweiten Welt in die USA und nach Westeuropa und der rasche Zusammenbruch des derzeitigen inländischen „öffentlichen Wohlfahrtssystems“. Die Steuern müssten stark erhöht werden (was die produktive Wirtschaft weiter schrumpfen lässt) und das öffentliche Eigentum und die Dienstleistungen würden sich dramatisch verschlechtern. Es käme zu einer Finanzkrise von beispiellosem Ausmaß.

Doch warum sollte dies ein wünschenswertes Ziel für jemanden sein, der sich als libertär bezeichnet? Es stimmt, dass das steuerfinanzierte öffentliche Wohlfahrtssystem beseitigt werden sollte, von der Wurzel bis zum Zweig. Aber die unvermeidliche Krise, die eine „freie“ Einwanderungspolitik mit sich bringen würde, führt nicht zu diesem Ergebnis. Das Gegenteil ist der Fall: Krisen werden, wie jeder, der auch nur vage mit der Geschichte vertraut ist, weiß, in der Regel von Staaten genutzt und oft absichtlich herbeigeführt, um ihre eigene Macht weiter auszubauen. Und sicherlich wäre die Krise, die durch eine „freie“ Einwanderungspolitik hervorgerufen wird, eine außergewöhnliche.

Was Linkslibertäre in ihrer nonchalanten oder sogar sympathischen Einschätzung der vorhersehbaren Krise typischerweise ignorieren, ist die Tatsache, dass die Einwanderer, die den Zusammenbruch verursacht haben, immer noch physisch anwesend sind, wenn sie eintritt. Für Linkslibertäre stellt diese Tatsache aufgrund ihrer egalitären Vorurteile kein Problem dar. Für sie sind alle Menschen mehr oder weniger gleichberechtigt und daher hat ein Anstieg der Zahl der Zuwanderer nicht mehr Auswirkungen als ein Anstieg der einheimischen Bevölkerung durch eine höhere Geburtenrate. Für jeden Sozialrealisten, ja für jeden mit gesundem Menschenverstand ist diese Prämisse jedoch offenkundig falsch und potenziell gefährlich. Eine Million mehr Nigerianer oder Araber, die in Deutschland leben, oder eine Million mehr Mexikaner, Hutus oder Tutsis, die in den USA leben, ist etwas ganz anderes als eine Million mehr einheimische Deutsche oder Amerikaner. Mit Millionen von Einwanderern aus der Dritten und Zweiten Welt, die anwesend sind, wenn die Krise eintritt und die Gehaltsschecks aufhören, ist es höchst unwahrscheinlich, dass ein friedlicher Ausgang eintritt und eine natürliche, auf Privateigentum basierende Gesellschaftsordnung entsteht.

Vielmehr ist es weitaus wahrscheinlicher und in der Tat fast sicher, dass stattdessen Bürgerkrieg, Plünderungen, Vandalismus und Stammes- oder ethnische Bandenkriege ausbrechen werden — und der Ruf nach einem starken Führer-Staat wird zunehmend unverkennbar.

Warum also, könnte man fragen, nimmt der Staat nicht die linkslibertäre „freie“ Einwanderungspolitik an und ergreift die Chance, die die vorhersehbare Krise bietet, um seine eigene Macht zu stärken? Durch seine interne Antidiskriminierungspolitik und auch seine aktuelle Einwanderungspolitik hat der Staat bereits viel getan, um die einheimische Bevölkerung zu fragmentieren und so seine eigene Macht zu erhöhen. Eine Politik der „freien Einwanderung“ würde eine weitere, enorme Dosis eines diskriminierungsfreien „Multikulturalismus“ hinzufügen. Es würde die Tendenz zur sozialen Dehomogenisierung, Spaltung und Fragmentierung weiter stärken und die traditionelle, weiße, heterosexuell männlich dominierte „bürgerliche“ Gesellschaftsordnung und Kultur, die mit dem „Westen“ verbunden ist, weiter schwächen.

Die Antwort auf „Warum nicht?“ scheint jedoch einfach zu sein. Im Gegensatz zu Linkslibertären sind die herrschenden Eliten immer noch realistisch genug, um zu erkennen, dass die vorhersehbare Krise neben großen Chancen für das Staatswachstum auch ein unkalkulierbares Risiko mit sich bringt und zu sozialen Umwälzungen von solchen Ausmaßen führen könnte, dass sie selbst aus der Macht gefegt und durch andere, „fremde“ Eliten ersetzt werden könnten. Dementsprechend gehen die herrschenden Eliten nur graduell, Schritt für Schritt, auf ihrem Weg zu einem „diskriminierungsfreien Multikulturalismus“ vor. Und doch freuen sie sich über die linkslibertäre Propaganda der „freien Einwanderung“, weil sie dem Staat hilft, nicht nur auf seinem jetzigen

„divide et impera“-Kurs zu bleiben, sondern ihn in beschleunigtem Tempo fortzusetzen.

Im Gegensatz zu ihren eigenen antistaatlichen Äußerungen und Anmaßungen also die eigentümliche linkslibertäre Opferhaltung und ihre Forderung nach undifferenzierter Nettigkeit und Inklusivität gegenüber der langen, vertrauten Liste historischer „Opfer“, zu denen insbesondere auch alle Ausländer qua potenzieller Einwanderer gehören, entpuppt sich also entgegen ihrer eigenen antistaatlichen Verlautbarungen und Anmaßungen als ein Rezept für den weiteren Ausbau staatlicher Macht. Die Kulturmarxisten wissen das, und das ist der Grund, warum sie die gleiche Opferhaltung übernommen haben. Die Linkslibertären wissen das offenbar nicht und sind damit die nützlichen Idioten der Kulturmarxisten auf ihrem Weg zur totalitären gesellschaftlichen Kontrolle.

Lassen Sie mich zum Schluss und damit auf den Liberalismus und das Thema Links und Rechts zurückkommen — und damit schließlich auch auf die Antwort auf meine früheren rhetorischen Fragen zur eigentümlichen linken Opferhaltung und ihrer Bedeutung.

Man kann kein konsequenter Links*libertärer* sein, weil die linkslibertäre Doktrin, auch wenn sie unbeabsichtigt ist, den Etatisten, d.h. den Nicht-Libertären, fördert. Daraus haben viele Libertäre den Schluss gezogen, dass Liberalismus weder links noch rechts ist. Dass es nur „dünnen“ Liberalismus gibt. Ich akzeptiere diese

Schlussfolgerung nicht. Ebenso wenig tut dies, offensichtlich, Murray Rothbard, als er das ursprünglich vorgestellte Zitat beendete und sagte: „Aber psychologisch, soziologisch und in der Praxis funktioniert es einfach nicht so.“ In der Tat halte ich mich für einen Rechtslibertären — oder, wenn das attraktiver klingt, für einen realistischen oder vernünftigen Libertären — und zwar einen konsequenten.

Die libertäre Doktrin ist zwar eine rein aprioristische und deduktive Theorie und sagt oder impliziert als solche nichts über die rivalisierenden Ansprüche von rechts und links in Bezug auf die Existenz, das Ausmaß und die Ursachen menschlicher Ungleichheiten. Das ist eine empirische Frage. Aber in dieser Frage ist die Linke weitgehend unrealistisch, falsch und ohne jeden gesunden Menschenverstand, während die Rechte realistisch und im Wesentlichen korrekt und vernünftig ist. Es kann folglich nichts Falsches daran sein, eine korrekte aprioristische Theorie, wie friedliche menschliche Kooperation möglich ist, zu einer realistischen, d.h. grundsätzlich rechtsgerichteten, Beschreibung der Welt anzuwenden. Denn nur auf der Grundlage korrekter empirischer Annahmen über den Menschen ist es möglich, zu einer korrekten Einschätzung hinsichtlich der praktischen Umsetzung und der Nachhaltigkeit einer libertären Gesellschaftsordnung zu gelangen.

Realistisch gesehen erkennt also ein Rechtslibertärer nicht nur an, dass körperliche und geistige Fähigkeiten ungleich auf die verschiedenen Individuen innerhalb jeder

Gesellschaft verteilt sind und dass dementsprechend jede Gesellschaft durch unzählige Ungleichheiten, durch soziale Schichtung und eine Vielzahl von Rangordnungen von Leistung und Autorität gekennzeichnet sein wird. Er erkennt auch an, dass solche Fähigkeiten auf die vielen verschiedenen Gesellschaften, die auf dem Globus koexistieren, ungleich verteilt sind und dass folglich auch die Welt als Ganzes durch regionale und lokale Ungleichheiten, Disparitäten, Schichten und Rangordnungen gekennzeichnet sein wird. Was die Individuen betrifft, so sind auch nicht alle Gesellschaften gleich und auf Augenhöhe. Er stellt ferner fest, dass zu diesen ungleich verteilten Fähigkeiten, sowohl innerhalb einer bestimmten Gesellschaft als auch zwischen verschiedenen Gesellschaften, auch die geistige Fähigkeit gehört, die Anforderungen und den Nutzen einer friedlichen Zusammenarbeit zu erkennen. Und er stellt fest, dass das Verhalten der verschiedenen regionalen oder lokalen Staaten und ihrer jeweiligen Machteliten, die aus verschiedenen Gesellschaften hervorgegangen sind, als guter Indikator für die verschiedenen Grade der Abweichung von der Anerkennung libertärer Prinzipien in solchen Gesellschaften dienen kann.

Konkret stellt er realistisch fest, dass der Libertarismus als intellektuelles System zuerst in der westlichen Welt entwickelt und am weitesten ausgearbeitet wurde, und zwar von weißen Männern und in von weißen Männern dominierten Gesellschaften. Dass es sich um weiße, heterosexuell männlich dominierte Gesellschaften handelt, in denen die Einhaltung libertärer Prinzipien am

größten ist und die Abweichungen von ihnen am geringsten sind (was sich in einer vergleichsweise weniger bösen und erpresserischen Staatspolitik zeigt). Dass es weiße heterosexuelle Männer sind, die den größten Einfallsreichtum, die größte Industrie und das größte wirtschaftliche Können bewiesen haben. Und dass es Gesellschaften sind, die von weißen heterosexuellen Männern dominiert werden, und insbesondere von den erfolgreichsten unter ihnen, die die größte Menge an Investitionsgütern produziert und akkumuliert haben und den höchsten durchschnittlichen Lebensstandard erreicht haben.

Vor diesem Hintergrund würde ich als Rechtslibertärer natürlich zuerst meinen Kindern und Schülern sagen: Respektiert immer und greift niemals in die Privateigentumsrechte anderer ein und erkennt den Staat als Feind und in der Tat als die Antithese des Privateigentums an. Dabei möchte ich es belassen. Ich würde nicht sagen (oder stillschweigend implizieren), dass, sobald Sie diese Anforderung erfüllt haben, „alles möglich ist“. Das wäre so ziemlich das, was „dünne“ Libertäre sagen würden. Ich wäre kein Kulturrelativist, wie es die meisten „dünnen“ Libertären zumindest implizit sind. Stattdessen füge ich (zumindest) hinzu: Seien und tun Sie, was Sie glücklich macht, aber denken Sie immer daran, dass, solange Sie ein integraler Bestandteil der weltweiten Arbeitsteilung sind, Ihre Existenz und Ihr Wohlbefinden entscheidend vom Fortbestand anderer abhängen, und insbesondere vom Fortbestand weißer heterosexueller männlich dominierter Gesellschaften,

ihrer patriarchischen Familienstrukturen und ihres bürgerlichen oder aristokratischen Lebensstils und Verhaltens. Daher, auch wenn Sie nicht daran teilhaben wollen, erkennen Sie an, dass Sie dennoch ein Nutznießer dieses „westlichen“ Standardmodells der sozialen Organisation sind und daher um Ihrer selbst willen nichts tun, um es zu untergraben, sondern es stattdessen als etwas zu unterstützen, das respektiert und geschützt werden muss.

Und zur langen Liste der „Opfer“ würde ich sagen: Machen Sie Ihr eigenes Ding, leben Sie Ihr eigenes Leben, solange Sie es friedlich und ohne in die privaten Eigentumsrechte anderer Menschen einzudringen tun. Wenn und soweit Sie in die internationale Arbeitsteilung integriert sind, schulden Sie niemandem Wiedergutmachung, noch schuldet Ihnen jemand eine Wiedergutmachung. Ihre Koexistenz mit Ihren vermeintlichen „Tätern“ ist für beide Seiten von Vorteil. Aber denken Sie daran, dass, während die „Täter“ ohne Sie leben und auskommen könnten, wenn auch mit einem niedrigeren Lebensstandard, das Gegenteil nicht der Fall ist. Das Verschwinden der „Täter“ würde Ihre eigene Existenz gefährden. Selbst wenn Sie sich also nicht am Beispiel der weißen männlichen Kultur orientieren wollen, sollten Sie sich darüber im Klaren sein, dass nur durch das Fortbestehen dieses Modells alle alternativen Kulturen in ihrem derzeitigen Lebensstandard aufrechterhalten werden können und dass mit dem Wegfall dieses „westlichen“ Modells als global wirksame *Leitkultur* die

Existenz vieler, wenn nicht aller Ihrer Mit-„Opfer“ gefährdet wäre.

Das bedeutet nicht, dass Sie gegenüber der „westlichen“, von weißen Männern dominierten Welt unkritisch sein sollten. Schließlich haben auch die Gesellschaften, die diesem Modell am nächsten kommen, ihre verschiedenen Staaten, die für wiedergutzumachende Aggressionen nicht nur gegen ihre eigenen inländischen Eigentümer, sondern auch gegen Ausländer verantwortlich sind. Aber weder dort, wo Sie leben, noch anderswo sollte der Staat mit „dem Volk“ verwechselt werden. Es ist nicht der „westliche“ Staat, sondern der „traditionelle“ (normale, standardmäßige usw.) Lebensstil und das Verhalten der westlichen „Menschen“, die bereits von ihren „eigenen“ Staatsoberhäuptern auf ihrem Weg zu totalitärer sozialer Kontrolle immer stärker angegriffen werden, der Ihren Respekt verdient und von dem Sie profitieren.

Über Demokratie, Zivilisationsabbau und die Suche nach einer neuen Gegenkultur

Da jede Handlung den Einsatz spezifischer physischer Mittel — eines Körpers, physischen Raums, externer Objekte — erfordert, muss ein Konflikt zwischen verschiedenen Akteuren entstehen, wenn zwei Akteure versuchen, dieselben physischen Mittel zur Erreichung unterschiedlicher Zwecke zu verwenden. Die Quelle des Konflikts ist immer und ausnahmslos die gleiche: die *Knappheit oder Rivalität physischer Mittel*. Zwei Akteure können nicht gleichzeitig die gleichen physischen Mittel — die gleichen Körper, Räume und Objekte — für alternative Zwecke verwenden. Wenn sie versuchen, dies zu tun, müssen sie aufeinanderprallen. Um Konflikte zu vermeiden oder sie zu lösen, wenn sie auftreten, ist daher ein umsetzbares Prinzip und Kriterium der Gerechtigkeit oder des Rechts erforderlich, d.h. ein Prinzip, das die gerechte, rechtmäßige oder einfach die „richtige“ vs. die ungerechte, unrechtmäßige oder „falsche“ Verwendung

und Kontrolle (Eigentum) von knappen physischen Mitteln regelt.

Logischerweise ist klar, was zur Vermeidung aller Konflikte erforderlich ist: Es ist nur notwendig, dass sich jedes Gut immer und zu jeder Zeit in *privatem* Besitz befindet, d.h. ausschließlich von einer bestimmten Person (oder einer individuellen Partnerschaft oder Vereinigung) kontrolliert wird, und dass immer erkennbar ist, welches Gut wem gehört und wem nicht. Die Pläne und Zwecke verschiedener gewinnorientierter handelnder Unternehmer können dann so unterschiedlich sein wie sie eben sein mögen und dennoch wird kein Konflikt entstehen, solange ihre jeweiligen Handlungen nur und ausschließlich die Nutzung ihres eigenen, privaten Eigentums beinhalten.

Doch wie lässt sich dieser Sachverhalt, die vollständige und eindeutig klare Privatisierung aller Güter, praxisnah bewerkstelligen? Wie können physische Dinge überhaupt zu Privateigentum werden; und wie können Konflikte in diesen ersten Privatisierungsakten vermieden werden?

Eine einzige — praxeologische — Lösung für dieses Problem existiert und ist der Menschheit seit ihren Anfängen im Wesentlichen bekannt — auch wenn sie nur langsam und schrittweise ausgearbeitet und logisch rekonstruiert wurde. Um Konflikte von vornherein zu vermeiden, ist es notwendig, dass Privateigentum durch die *Handlung ursprünglicher Aneignung* begründet wird. Eigentum muss durch Handlungen (anstelle von bloßen

Worten, Dekreten oder Erklärungen) hergestellt werden, denn nur durch Handlungen, die in Zeit und Raum stattfinden, kann eine objektive — intersubjektiv feststellbare — Verbindung zwischen einer bestimmten Person und einer bestimmten Sache hergestellt werden. Und nur der *erste* Aneigner einer bisher unangeeigneten Sache kann diese Sache *konfliktfrei* als sein Eigentum erwerben. Denn per Definition kann er als erster Aneigner bei der Aneignung des fraglichen Gutes mit *niemandem* in Konflikt geraten sein, da alle anderen erst *später* auf der Bildfläche erschienen.

Dies bedeutet vor allem, dass, während jeder Mensch der ausschließliche Eigentümer seines eigenen physischen Körpers als primärem Handlungsmittel ist, keine Person jemals der Eigentümer des Körpers einer anderen Person sein kann. Denn wir können den Körper einer anderen Person nur *indirekt* verwenden, d.h. indem wir *zuerst* unseren direkt angeeigneten und kontrollierten eigenen Körper verwenden. Somit geht die direkte Aneignung zeitlich und logisch der indirekten Aneignung voraus; und dementsprechend ist jede nicht einvernehmliche Nutzung des Körpers einer anderen Person eine ungerechtfertigte Enteignung von etwas, das bereits direkt von jemand anderem angeeignet wurde.

Alles *gerechte* (rechtmäßige) Eigentum geht also direkt oder indirekt durch eine Kette von für beide Seiten vorteilhaften — und damit konfliktfreien — Eigentumsübertragungen, an vorherige und letztlich ursprüngliche Aneigner und Aneignungshandlungen.

Mutatis mutandis sind alle Ansprüche auf und Nutzungen von Dingen durch eine Person, die sich diese Dinge weder angeeignet oder zuvor hergestellt noch durch einen konfliktfreien Austausch von einem früheren Eigentümer erworben hat, *ungerecht* (unrechtmäßig).

Lassen Sie mich betonen, dass ich diese elementaren Einsichten für argumentativ unwiderlegbar und damit *a priori* wahr halte. Wenn Sie mit anderen Personen in Frieden leben wollen — und Sie zeigen, dass Sie dies durch Argumentation mit ihnen tun wollen — dann gibt es nur eine Lösung: Sie müssen in allen Dingen, die knapp und als Mittel (oder Güter) zur Verfolgung menschlicher Zwecke (Ziele) geeignet sind, Privateigentum haben; und das Privateigentum an solchen Dingen muss in Handlungen der ursprünglichen Aneignung — der erkennbaren Begrenzung oder Einschließung knapper Ressourcen — oder in der freiwilligen Übertragung solchen Eigentums von einem früheren auf einen späteren Eigentümer begründet sein.

Wir können also sagen, dass diese Regeln das „Naturrecht“ ausdrücken und erläutern. „Natürlich“, angesichts des einzigartigen menschlichen Ziels friedlicher Interaktion; und „natürlich“, weil diese Gesetze vom Menschen „gegeben“ und nur als solche *entdeckt* werden. Das heißt, es handelt sich ausdrücklich nicht um Gesetze, die erfunden, erdacht oder verordnet wurden. In der Tat ist alles von Menschen gemachte (und nicht entdeckte oder gefundene) Recht, d.h. alle *Gesetzgebung*, überhaupt kein Recht, sondern eine Perversion des Rechts:

Anordnungen, Befehle oder Vorschriften, die nicht zum Frieden, sondern zu Konflikten führen und daher den eigentlichen Zweck von Gesetzen verfehlen.

Dies bedeutet nicht, dass mit der Entdeckung der Prinzipien des Naturrechts alle Probleme der sozialen Ordnung gelöst sind und alle Reibungen verschwinden werden. Konflikte können und werden auftreten, auch wenn jeder weiß, wie man sie vermeidet. Und in jedem Fall eines Konflikts zwischen zwei oder mehr streitenden Parteien muss dann das Recht *angewendet* werden — und dafür ist *Rechtswissenschaft*, *Urteil* und *Entscheidung* (im Gegensatz zur *Rechtsprechung*) erforderlich. Es kann Diskurse darüber geben, ob Sie oder ich die Prinzipien in bestimmten Fällen in Bezug auf bestimmte Mittel falsch angewendet haben. Es kann Meinungsverschiedenheiten über die „wahren“ Tatsachen eines Falles geben: Wer war wo und wann und wer hatte dies oder jenes zu solchen Zeiten und an solchen Orten in Besitz genommen? Und es kann mühsam und zeitaufwendig sein, diese Fakten zu ermitteln und zu klären. Diverse vor- und nachgelagerte Streitigkeiten sind zu untersuchen. Verträge müssen möglicherweise geprüft werden. Bei der Anwendung der Prinzipien auf unterirdische Ressourcen, auf Wasser und Luft, insbesondere auf Wasser- und Luftströme, können sich Schwierigkeiten ergeben. Darüber hinaus stellt sich immer die Frage, eine Strafe für ein bestimmtes Verbrechen zu „verhängen“, d.h. die angemessene Maßnahme der Rückerstattung oder Vergeltung zu finden, die ein Täter seinem Opfer schuldet und dann die Urteile des Rechts durchzusetzen.

So schwierig diese Probleme gelegentlich auch sein mögen, die Leitprinzipien, die bei der Suche nach einer Lösung zu befolgen sind, sind immer klar und unumstritten.

In jedem Fall eines Konflikts, der auf der Suche nach einem Urteil vor Gericht gebracht wird, liegt die Vermutung immer zugunsten des derzeitigen Besitzers der betreffenden Ressource, und *mutatis mutandis* liegt die Last eines „Gegenbeweises“ immer auf dem Gegner einiger aktueller Sachverhalte und aktueller Besitztümer. Der Widersprechende muss nachweisen, dass er entgegen dem Anschein einen Anspruch auf eine bestimmte Ware hat, der *älter* ist als der des derzeitigen Besitzers. Falls und nur falls ein Gegner dies erfolgreich nachweisen kann, muss ihm der fragwürdige Besitz als Eigentum zurückgegeben werden. Versäumt es der Gegner hingegen, seinen Fall vorzutragen, so verbleibt nicht nur der Besitz als Eigentum bei seinem jetzigen Eigentümer, sondern der jetzige Besitzer hat seinerseits einen rechtmäßigen Anspruch gegen seinen Gegner erworben. Denn der Körper und die Zeit des derzeitigen Besitzers wurden vom Gegner während seines gescheiterten und abgelehnten Arguments veruntreut. Er hätte andere, bevorzugte Dinge mit seinem Körper und seiner Zeit tun können, statt sich gegen seinen Gegner zu verteidigen.

Und vor allem auch: Das zu wählende *Verfahren* für die Rechtsprechung entlang der soeben angegebenen Linien ist klar und ist im eigentlichen Ziel der friedlichen, argumentativen Konfliktlösung impliziert. Da beide

Anwrter in einem Eigentumsstreit — John und Jim — gegenteilige Wahrheitsansprüche erheben oder aufrechterhalten — ich, John, bin der rechtmäßige Eigentümer dieser Ressource *im Gegensatz zu* nein, ich, Jim, bin der rechtmäßige Eigentümer eben jener Ressource — sind sowohl John als auch Jim interessiert, teilweise, bzw. voreingenommen zugunsten eines bestimmten Ergebnisses des Prozesses, nur eine desinteressierte oder neutrale dritte Partei mit der Aufgabe zu betrauen, Gerechtigkeit zu üben. Dieses Verfahren garantiert natürlich nicht, dass immer Gerechtigkeit walten wird. Aber es stellt sicher, dass die Wahrscheinlichkeit von ungerechten Urteilen minimiert wird und Urteilsfehler höchstwahrscheinlich leicht korrigiert werden können. Kurz gesagt, für jeden Eigentumsstreit zwischen zwei (oder mehr) streitenden Parteien muss gelten: Keine Partei darf jemals ein Urteil fllen und in einem Streitfall, an dem sie selbst beteiligt ist, als letzter Richter fungieren. Vielmehr muss jeder Appell an die Gerechtigkeit immer an „Außenstehende“, d.h. an unparteiische Dritte, gerichtet werden.

Wir können die soziale Ordnung, die sich aus der Anwendung dieser Prinzipien und Verfahren ergibt, als „natürliche Ordnung“, ein „System der natürlichen Gerechtigkeit“, eine „Privatrechtsgesellschaft“ oder eine „Verfassung der Freiheit“ nennen.

Interessanterweise, obwohl die Vorschriften und Anforderungen einer natürlichen Ordnung intuitiv plausibel und vernünftigerweise anspruchlos auf ihre

Bestandteile, d.h. auf uns als einzelne Akteure, wirken, leben wir in der Tat jedoch in einer Welt, die stark von einer solchen Ordnung abweicht. Zwar gibt es im zivilen Leben und im Umgang mit zivilen Disputen noch Spuren von Naturrecht und Gerechtigkeit, aber das Naturrecht ist zunehmend deformiert, verzerrt, korrumpiert, überschwemmt und untergetaucht durch immer höhere Berge von Gesetzgebungen, d.h. durch Regeln und Verfahren, die dem Naturrecht und der Gerechtigkeit widersprechen.

Es ist nicht allzu schwierig, die Ursache für diese zunehmend spürbare Abweichung der sozialen Realität von einer natürlichen Ordnung zu identifizieren und diese Transformation als notwendige Folge eines elementaren sowie fundamentalen ursprünglichen Fehlers zu erklären. Dieser Fehler — die „Ersünde“, wenn man so will — ist die Monopolisierung der Funktion des Richters und der Rechtsprechung. Das heißt, die „Ersünde“ besteht darin, eine Person oder Agentur (aber sonst niemanden!) zu ernennen, die in *allen* Konflikten, einschließlich der Konflikte von der sie selbst betroffen ist, als letzter Richter fungiert.

Die Institution eines solchen Monopols erfüllt offenbar die klassische Definition eines *Staates* als Monopolist der endgültigen Entscheidungsfindung und der Gewalt über ein Territorium, das er weder durch Akte der ursprünglichen Aneignung noch durch eine freiwillige Übertragung von einem früheren Eigentümer erworben hat. Der Staat — und sonst niemand! — ist dazu bestimmt

und befugt, über seine eigenen Handlungen zu urteilen und sein eigenes Urteil gewaltsam durchzusetzen.

Dies beinhaltet an und für sich eine zweifache Verletzung von Naturrecht und Gerechtigkeit. Zum einen, weil der Staat auf diese Weise jedem, der in einen Vermögensstreit mit ihm verwickelt ist, verbietet, sich an einen möglichen außenstehenden Richter zu wenden und zum anderen, weil der Staat jeden anderen (außer sich selbst) davon ausschließt, in solchen Konflikten seine Dienste als Richter anzubieten.

Darüber hinaus ergeben sich aus dem ursprünglichen Fehler vorhersehbare Konsequenzen. In der Regel führt jedes Monopol, abgesichert vom Wettbewerb, zu höheren Preisen und einer geringeren Qualität des betreffenden Produkts oder der Dienstleistung, als dies sonst der Fall wäre. Im Sonderfall eines Justizmonopols und der besonderen Rechtsprechung bedeutet dies zum einen, dass die Qualität von Recht und Gerechtigkeit sinkt und das Naturrecht sukzessiv durch eine monopolistische Gesetzgebung, also Rechtsverfälschungen, ersetzt wird. Wie vorauszusehen ist, wird der Monopolist seine Position als oberster Entscheider nicht nur dazu nutzen, Konflikte zwischen streitenden Grundstückseigentümern zu lösen, sondern zunehmend auch dazu, Konflikte mit privaten Grundstückseigentümern anzustoßen oder zu provozieren, um dann solche Konflikte zu seinen Gunsten zu entscheiden, d.h. das gerechte Eigentum anderer aufgrund seiner eigenen erfundenen Gesetze zu seinem eigenen Vorteil zu enteignen. Und auf der anderen Seite wird der

Preis für Gerechtigkeit steigen. Tatsächlich wird der Preis der Gerechtigkeit nicht einfach ein „höherer Preis“ sein, den Justizsuchende zu zahlen bereit sind oder nicht (wie es bei jedem anderen Monopol der Fall wäre), sondern eine *Steuer*, die Gerechtigkeitssuchende zahlen *müssen*, unabhängig davon, ob sie damit einverstanden sind oder nicht. Das heißt, Privateigentümer, die in Eigentumsstreitigkeiten mit dem Staat verwickelt sind, werden nicht nur per Gesetz enteignet, sondern sie müssen auch den Staat für diese „Dienstleistung“ der Enteignung bezahlen, was den Schaden noch vergrößert.

In der Tat wird mit der Errichtung eines gerichtlichen Monopols alles Privateigentum zu *Fiat*-Eigentum, d.h. zu staatlich gewährtem Privateigentum.

Privateigentum wird nur *provisorisch* privat und unter privater Kontrolle gelassen, d.h. nur so lange, bis ein staatliches Gesetz oder eine staatliche Verordnung nichts anderes verfügt, wodurch ein Umfeld permanenter Rechtsunsicherheit geschaffen und eine Erhöhung der sozialen Zeitpräferenz bewirkt wird.

Lassen Sie mich diesen Prozess, der mit der Einrichtung eines Staates in Gang gesetzt wird, benennen: die fortschreitende Abweichung von einer natürlichen Ordnung und einem natürlichen Rechtssystem und die zunehmende Aushöhlung aller privaten Eigentumsrechte und die entsprechende Ausweitung der Gesetzgebungs- und Regulierungsbefugnisse des Staates, der *Prozess des Zivilisationsabbaus*.

Während der mit der Gründung eines Staates begonnene Prozess des Zivilisationsabbaus in seiner Richtung stetig ist, kann er zu verschiedenen Zeiten oder an verschiedenen Orten mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten ablaufen, manchmal langsamer und manchmal mit einem schnelleren Tempo. Es kann jedoch ein weiterer, zusätzlicher Fehler identifiziert werden, der zu einer Beschleunigung des Prozesses des Zivilisationsabbaus führt. Dieser zweite Fehler ist die Umwandlung des Staates in einen demokratischen Staat. Diese Transformation beinhaltet keine Änderung des Status des Staates als juristischer Monopolist. Dennoch handelt es sich um eine bedeutende doppelte Änderung: Der Eintritt in den Staat und das Amt des obersten Richters steht jedem (erwachsenen) Einwohner eines bestimmten Territoriums offen, und die Funktion des obersten Richters wird nur vorübergehend, für einen kurzen festgelegten Zeitraum, vom Gewinner der regelmäßig wiederkehrenden, geheimen und anonymen Eine-Stimme-pro-Person-Wahlen ausgeübt.

Vorhersehbar wird diese Veränderung zu einer systematischen Beschleunigung des Prozesses des Zivilisationsabbaus führen.

Einerseits ist, wie vor allem Helmut Schoeck ausführlich demonstriert hat, das Gefühl des Neides eine der am weitesten verbreiteten und mächtigsten zivilisations-abbauenden Motivationskräfte. Alle großen (Hoch-)Religionen haben daher das Verlangen nach dem Eigentum der Nachbarn als sündhaft verurteilt. In einer

natürlichen Ordnung oder einem System des natürlichen Rechts und der Gerechtigkeit sind auch die Menschen, einige mehr und andere weniger, versucht, das Eigentum anderer zu ihrem eigenen Vorteil zu enteignen. Aber in einer natürlichen Ordnung, ganz im Einklang mit religiösen Vorschriften, werden solche Versuchungen als unmoralisch und illegitim angesehen, und von jedem wird erwartet, dass er solche Wünsche unterdrückt. Wenn ein Staat vorhanden ist, ist es einigen — wenigen — Menschen erlaubt, auf unbestimmte Zeit solchen unmoralischen Wünschen nachzugeben und Gesetze und Steuern als Mittel zu nutzen, um ihren eigenen Wunsch nach dem Eigentum anderer zu befriedigen. Nur mit der Demokratie, d.h. dem freien und uneingeschränkten Eintritt in den Staat, werden jedoch *alle* moralischen Beschränkungen und Hemmungen gegen die Einnahme des rechtmäßigen Eigentums anderer beseitigt. Jedem steht es frei, sich solchen Versuchungen hinzugeben und jede erdenkliche Maßnahme der Gesetzgebung und Besteuerung vorzuschlagen und zu fördern, um Vorteile auf Kosten anderer Menschen zu erlangen. Das heißt, während in einer natürlichen Ordnung von jedem erwartet wird, dass er seine Zeit ausschließlich für die Produktion oder den Konsum aufwendet, wird unter demokratischen Bedingungen stattdessen zunehmend mehr Zeit für die Politik aufgewendet, d.h. für die Befürwortung und Förderung von Aktivitäten, die weder produktiv noch konsumierend sind, sondern ausbeuterisch und parasitär für das Eigentum anderer. In der Tat müssen selbst die Gegner einer solchen Entwicklung ihre Zeit zunehmend

mit unproduktiven Bestrebungen verschwenden, d.h. mit Politik, wenn auch nur, um sich und ihr Eigentum zu verteidigen oder Vorsorgemaßnahmen gegen solche Übergriffe zu ergreifen. Tatsächlich entsteht unter demokratischen Bedingungen eine neue Klasse von Menschen — Politiker — deren Beruf es ist, Gesetze vorzuschlagen und zu fördern — Dekrete und Steuern, die darauf abzielen, das Eigentum einiger zum Vorteil anderer (einschließlich und vor allem sich selbst) zu enteignen.

Darüber hinaus kommt die Politisierung der Gesellschaft aufgrund regelmäßig wiederkehrender Wahlen nie zu einem Ende, sondern wird ständig neu entfacht und fortgesetzt. Die Rechtsunsicherheit oder Gesetzlosigkeit wird dadurch erhöht und die gesellschaftlichen Zeitpräferenzen werden weiter steigen, d.h. der in den Aktionsplänen berücksichtigte Zeithorizont wird zunehmend verkürzt. Und im Prozess des politischen Wettbewerbs, d.h. im Wettbewerb um die Position des letzten Entscheidungsträgers, werden solche Politiker und politischen Parteien an die Spitze kommen, die die geringsten moralischen Skrupel und die besten Fähigkeiten als Demagogen haben, d.h. das beliebteste Sortiment unmoralischer und rechtswidriger Forderungen aus einem nahezu grenzenlosen Angebot solcher Forderungen in der öffentlichen Meinung vorschlagen und propagieren.

Auf der anderen Seite — die andere Seite derselben Medaille — wird Demokratie zu zunehmender Korruption führen. Mit dem offenen Eintritt in den Staat wird der

Widerstand gegen die Staatsherrschaft reduziert und die Größe des Staates wird wachsen. Die Zahl der Staatsangestellten und Verwalter werden zunehmen, und da ihr Einkommen und ihr Lebensunterhalt von der Fortsetzung der staatlichen Gesetzgebungs- und Steuerhoheit abhängen, werden sie nicht unbedingt, aber aller Wahrscheinlichkeit nach, zuverlässige und loyale Unterstützer des Staates werden. Insbesondere die Klasse der Intellektuellen, d.h. die Produzenten von Worten (Wortschmiede) im Gegensatz zu den Produzenten von Dingen (Hersteller), wird auf diese Weise gekauft und korumpiert. Weil es nur eine geringe und wankelmütige Nachfrage des Marktes nach Worten statt nach Dingen gibt, suchen Intellektuelle immer verzweifelt nach jeder Hilfe, die sie bekommen können, um über Wasser zu bleiben, und der Staat, der ständig ideologische Unterstützung für seinen unerbittlichen Angriff gegen Naturrecht und Gerechtigkeit benötigt, ist nur allzu gerne bereit, solche Hilfe anzubieten und sie als öffentliche Erzieher im Austausch für die entsprechende Propaganda zu beschäftigen.

Doch es sind nicht nur Staatsangestellte, die so korrupt sind. Die Steuereinnahmen und die Kontrolle des Staates über andere, nicht monetäre Vermögenswerte und Beteiligungen werden weit über das hinausgehen, was für die Beschäftigung und Ausrüstung seiner Arbeitnehmer erforderlich ist. Der Staat kann auch Einkommen und Unterstützung an verschiedene Mitglieder der Zivilgesellschaft verteilen. Die Loyalität der Armen und Unterdrückten kann durch sogenannte Sozialprogramme

gesichert werden, und die Reichen und die Kapitäne der Banken und der Industrie und indirekt auch ihre Angestellten können durch staatliche Privilegien, Verträge und zinstragende Staatsanleihen korrumpiert werden. Und dieselbe Politik kann auch dazu verwendet werden, die Mitglieder der Zivilgesellschaft zu „spalten“, um eine zunehmend zersplitterte oder „atomisierte“ Bevölkerung leichter kontrollieren zu können. *Divide et impera!*

Während die Hauptrichtung der sozialen Evolution anhand einiger elementarer Annahmen über die Natur des Menschen, des Staates und insbesondere der Demokratie sicher vorhergesagt werden kann, bleiben alle Details zum Prozess des Zivilisationsabbaus ungewiss und unklar. Genauer gesagt muss die Geschichte untersucht werden. Insbesondere müssen etwa die letzten hundert Jahre betrachtet werden, d.h. die Geschichte seit dem Ende des Ersten Weltkriegs im Jahr 1918, als die moderne Demokratie den ehemaligen monarchischen Staat verdrängte.

Während diese Geschichte die allgemeine Vorhersage bestätigt, sind die tatsächlichen Ergebnisse wirklich schrecklich und übertreffen die schlimmsten Befürchtungen. Was den moralischen Verfall und die Korruption betrifft, so mögen einige Indikatoren zur Veranschaulichung genügen, wenn man nur die USA als vorherrschendes Beispiel und Modell eines demokratischen Staates in Betracht zieht.

In den USA ist das der *Code of Federal Regulations* — ein Dokument, in dem alle behördlichen Vorschriften und Regulierungen aufgeführt sind — das zu Beginn dieser Zeit (bis 1937) nicht existierte. Bis 1960 hatte der Code 22.877 Seiten erreicht und bis 2012 war er auf insgesamt 174.545 Seiten angewachsen, die in 50 Titel unterteilt waren und die Produktion von allem, was man sich vorstellen kann, von Landwirtschaft und Luftfahrt bis hin zu Transport, Wildtieren und Fischerei, bis ins kleinste Detail regelten. Während das Naturrecht nur aus drei Prinzipien besteht: Selbsteigentum, ursprüngliche Aneignung und vertragliche Eigentumsübertragung von einem früheren auf einen späteren Eigentümer, wird heute, nach hundert Jahren Demokratie, kein Aspekt der Produktion und des Konsums frei und unreguliert gelassen. Ebenso gab es zu Beginn des Zeitraums nicht mehr als eine Handvoll „Bundesverbrechen“, die Angelegenheiten wie „Verrat“ oder die „Bestechung von Bundesbeamten“ betrafen (während alle „normalen“ Verbrechen von den einzelnen Staaten definiert und verfolgt wurden). Bis 1980 war die Zahl der „Bundesverbrechen“ bereits auf etwa 3.000 und bis 2007 auf 4.450 angewachsen und kriminalisierte nicht nur immer mehr nicht-feindliche Handlungen und opferlose Verbrechen, sondern zunehmend auch Motive, Gedanken, Worte und Reden.

Als zweiter Indikator für den Grad der Korruption ist es aufschlussreich, die Gesamtzahl der Bevölkerung mit der Anzahl der Staatsabhängigen zu vergleichen. Derzeit beträgt die Gesamtbevölkerung der USA etwa 320

Millionen oder etwa 260 Millionen, wenn wir die Anzahl der Personen unter 18 Jahren abziehen, die nicht wahlberechtigt sind. Im Gegensatz dazu umfasst die Zahl der Menschen, die für ihren Lebensunterhalt ganz oder größtenteils von staatlicher Finanzierung abhängig sind, folgendes: Die Zahl der Staatsangestellten (aller Regierungsebenen) beträgt etwa 22 Millionen. 46 Millionen Menschen erhalten „Lebensmittelmarken“. Sechshundsechzig Millionen Menschen sind „Sozialversicherungsempfänger“. Acht Millionen Menschen erhalten eine „Arbeitslosenversicherung“. Allein die Ausgaben der Bundesregierung für gewinnorientierte Unternehmen belaufen sich auf rund 500 Milliarden US-Dollar, was einer Schätzung von Charles Murray zufolge etwa 22 Prozent der amerikanischen Arbeitskräfte oder etwa 36 Millionen Menschen entspricht.

Schließlich erhalten gemeinnützige Organisationen und NGOs mit einem Jahresumsatz von 2 Billionen US-Dollar und fast 12 Millionen Mitarbeitern etwa ein Drittel ihrer Finanzierung von der Regierung, was etwa 3 Millionen Abhängige ausmacht — was die Gesamtzahl der Staatsabhängigen auf etwa 181 Millionen Menschen erhöht. Das heißt, nur 79 Millionen Menschen oder etwa ein Drittel der erwachsenen (über 18-jährigen) US-Bevölkerung von 260 Millionen (oder etwa 25 Prozent der Gesamtbevölkerung von 320 Millionen) können als finanziell ganz oder weitgehend unabhängig vom Staat bezeichnet werden, während fast 70 Prozent der

erwachsenen US-Bevölkerung und 57 Prozent der Gesamtbevölkerung als staatlich abhängig zu zählen sind.

Als dritter Indikator für moralischen Verfall und Korruption ist schließlich ein Blick auf die Spitze des demokratischen Staatssystems aufschlussreich: auf die Politiker und politischen Parteien, die das demokratische Spektakel leiten und lenken. Unabhängig davon, ob wir uns die USA oder einen ihrer Satellitenstaaten in Europa und auf der ganzen Welt ansehen, ist das Bild ebenso eindeutig und klar — und ebenso düster. Gemessen an den Maßstäben des Naturrechts und der Gerechtigkeit sind alle Politiker aller Parteien und praktisch ohne Ausnahme direkt oder indirekt des Mordes, der Tötung, des Hausfriedensbruchs, der Invasion, der Enteignung, des Diebstahls, des Betrugs und der Hehlerei in großem Umfang und kontinuierlich schuldig. Und jede neue Generation von Politikern und Parteien scheint schlimmer zu sein und stapelt noch mehr Gräueltaten und Perversionen auf den bereits bestehenden Berg, so dass man fast nostalgisch über die Vergangenheit ist.

Sie alle sollten aufgehängt oder ins Gefängnis gesteckt werden, um zu verrotten oder Entschädigung zu leisten.

Aber: Stattdessen marschieren sie im öffentlichen und hellen Tageslicht umher und proklamieren sich — pompös, voreingenommen, arrogant und selbstgerecht — als heilige Gutmenschen: als gute Samariter, selbstlose Staatsdiener, Wohltäter und Retter der Menschheit und der menschlichen Zivilisation. Unterstützt von einer

angeheuertem Intelligenzia erzählen sie der Öffentlichkeit in endlosen Schleifen und Variationen, dass wie in Alices Wunderland nichts so ist, wie es scheint:

„Wenn ich ein Wort verwende“, sagte Goggelmoggel in einem eher verächtlichen Ton, „bedeutet es genau das, was ich damit meine — nicht mehr und nicht weniger.“

„Die Frage ist“, sagte Alice, „ob du Worten so viele unterschiedliche Bedeutungen verleihen kannst.“

„Die Frage ist“, sagte Goggelmoggel, „wer der Meister sein soll — das ist alles.“

Und es sind die Politiker, die die Herren sind und die vorschreiben, dass Aggression, Invasion, Mord und Krieg tatsächlich Selbstverteidigung sind, während Selbstverteidigung Aggression, Invasion, Mord und Krieg ist. Freiheit ist Zwang, Zwang ist Freiheit. Sparen und Investieren ist Konsum, Konsumieren ist Sparen und Investieren. Geld ist Papier und Papier ist Geld. Steuern sind freiwillige Zahlungen, und freiwillig gezahlte Preise sind ausbeuterische Steuern. Verträge sind keine Verträge, und keine Verträge sind Verträge. Produzenten sind Parasiten, und Parasiten sind Produzenten. Enteignung ist Wiedergutmachung, und Wiedergutmachung ist Enteignung. In der Tat existiert das, was wir sehen, hören oder anderweitig wahrnehmen können, nicht, und das, was wir nicht sehen, hören oder anderweitig wahrnehmen können, existiert. Das Normale ist unnormale und das Unnormale

normal. Schwarz ist weiß und Weiß ist schwarz. Männlich ist weiblich und weiblich männlich, usw.

Schlimmer noch, die überwältigende Mehrheit der Öffentlichkeit, die sogar die Anzahl der Staatsabhängigen bei weitem übersteigt, fällt auf diesen Unsinn herein. Politiker werden nicht verachtet und lächerlich gemacht, sondern hochgeschätzt, gelobt, bewundert und sogar von den Massen verherrlicht. In ihrer Gegenwart und insbesondere gegenüber „Spitzenpolitikern“ zeigen sich die meisten Menschen ehrfürchtig, devot und unterwürfig. Selbst diejenigen, die einen bestimmten Politiker oder eine bestimmte Partei ablehnen oder anprangern, tun dies fast immer nur, um einen anderen, sich unterscheidenden, aber ebenso absurden und verwirrten Politiker oder eine andere Partei vorzuschlagen oder zu begrüßen. Und die Intelligenzia, die ihren eigenen verbalen Hokusfokus im Geschwätz dieses oder jenes Politikers oder dieser politischen Partei wiederfindet, sabbert sie geradezu voll.

Und auf der anderen Seite: Die Zahl derer, die immer noch an den Prinzipien des Naturrechts und der Gerechtigkeit als Grundlage allen moralischen Urteils festhalten und die zeitgenössische Welt dementsprechend als „Absurdistan“ einschätzen, also eine Irrenanstalt, die von verrückten Größenwahnsinnigen geführt wird, macht heute nicht mehr als eine winzige Minderheit der Bevölkerung aus, die sogar kleiner ist als das berüchtigte 1 Prozent der „Superreichen“ der Linken (und mit wenig oder gar keiner Überschneidung mit dieser letzteren Gruppe). Und noch kleiner ist die Minderheit derjenigen,

die ebenfalls, wenn auch nur vage, die systematische Ursache für dieses Ergebnis erkennen. Und all diese — die wenigen vernünftigen Menschen, die in der Anstalt übrig geblieben sind — werden von den Hütern und Aufsehern dieses „Absurdistan“, das sich Demokratie nennt, ständig bedroht und als Neandertaler, Reaktionäre, Extremisten, voraufgeklärte Dummköpfe, Soziopathen oder Abschaum abgestempelt.

Was mich zur Property and Freedom Society (PFS) bringt. Denn sie versammelt gezielt genau solche ausgestoßenen Neandertaler: Menschen, die das Schmierentheater, das sich vor ihren Augen abspielt, durchschauen, die die Nase voll haben von all den plappernden Politikern und den Lieblingen der Massenmedien und die deshalb nur einen Wunsch haben: auszutreten, d.h. aus der ihnen vom demokratischen Staat aufgezwungenen Rechtsordnung auszusteigen.

Aber wo auch immer diese Neandertaler leben, sie befinden sich in der gleichen misslichen Lage: Der Ausgang ist verbarrikadiert oder gänzlich versperrt. Eine Abspaltung vom Staatsgebiet ist nicht zulässig. Man kann von einem Land in ein anderes auswandern und so eine staatliche Gerichtsbarkeit A für eine andere Gerichtsbarkeit B verlassen. Aber das unbewegliche Eigentum bleibt dabei der Gerichtsbarkeit von A unterworfen, auch und gerade im Falle des Verkaufs, und ebenso bleibt die Übertragung des gesamten beweglichen Vermögens der Gerichtsbarkeit von A unterworfen. Das heißt, dass niemand, egal wo, sein Eigentum unangetastet

lassen kann, sei es, dass er bleibt oder woanders hinzieht. Und nicht nur die Sezession wird von Politikern verboten und als treuhänderisch angesehen, sondern sie wird auch von der überwältigenden Masse der „gebildeten“ oder vielmehr gehirngewaschenen Öffentlichkeit als illegitim angesehen, als Pflichtverweigerung. Somit erscheinen die Dinge für die Neandertaler hoffnungslos.

Die PFS kann natürlich keinen Ausweg aus dieser misslichen Lage bieten. Auch ihre Versammlungen müssen vor Ort stattfinden und unterliegen als solche dem Staatsrecht und der Gerichtsbarkeit. Es ist nicht einmal selbstverständlich, dass Zusammenkünfte wie unsere immer und überall stattfinden dürfen. PFS-Treffen können also nicht mehr bieten als eine kurze Flucht und Atempause aus unserem wirklichen Leben als Insassen einer Irrenanstalt, wenn nicht vor Ort, dann zumindest in der virtuellen Realität von Ideen, Gedanken und Argumenten.

Aber natürlich haben diese Treffen einen tatsächlichen Zweck. Sie wollen eine Veränderung in der Welt der Dinge erreichen. Sie wollen zumindest verhindern, dass die Neandertaler-Kultur, d.h. die Kultur des Naturrechts, der Ordnung und der Gerechtigkeit, völlig ausstirbt. Sie wollen dazu beitragen, diese immer seltener werdende Menschen- und Kulturart zu erhalten und intellektuell zu ernähren.

Noch ehrgeiziger ist jedoch die Absicht der PFS, den Neandertalern und ihrer Kultur zu helfen, in der

öffentlichen Meinung wieder an Stärke zu gewinnen, indem sie öffentlich ausgestellt und als eine einzigartig attraktive und faszinierende Spezies und Gegenkultur präsentiert werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, betreibt die PFS, scheinbar paradoxerweise, eine Politik der strikten Diskriminierung, d.h. von Ausgrenzung und Inklusion. So schließt die PFS einerseits systematisch alle Vertreter und Förderer der gegenwärtigen, dominanten demokratischen Staatskultur aus und diskriminiert sie: alle Berufspolitiker, Staatsrichter, Staatsanwälte, Gefängniswärter, Mörder, Steuereintreiber und Banker, alle Kriegstreiber und alle Befürworter des Sozialismus, des Rechtspositivismus, des moralischen Relativismus und des Egalitarismus, sei es des „Ergebnisses“ oder der „Möglichkeit“. Andererseits, und das ist positiv, sucht und nimmt die PFS nur Menschen auf, die sich Thomas Jeffersons Diktum zu eigen gemacht haben, dass „es keine Wahrheit gibt, die ich fürchte ... oder von der ich wünschen würde, dass sie der ganzen Welt unbekannt wäre“, die dementsprechend kein intellektuelles „Tabu“ und keine „politische Korrektheit“ kennen und die sich stattdessen einem kompromisslosen intellektuellen Radikalismus verschrieben haben, der bereit ist, dem Diktat der Vernunft zu folgen, wohin auch immer es führen mag. Genauer gesagt sucht und lässt die PFS nur Personen zu, die sich der Anerkennung von rechtmäßig erworbenem Privateigentum und Eigentumsrechten, der Vertragsfreiheit, der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, des Freihandels und des Friedens widmen.

Nach dieser strengen Politik der Diskriminierung hat sich die PFS nach zehn Jahren ihres Bestehens als wahres Monopol in der Welt der intellektuellen Gesellschaften etabliert: eine Gesellschaft, die sich aus außergewöhnlichen Individuen aller Altersgruppen, intellektueller und beruflicher Hintergründe und Nationen zusammensetzt, frei und unverschmutzt von allen Etatisten und allem etatistischen, konkurrenzlos in der interdisziplinären Breite und Tiefe ihres Radikalismus, versammelt in einer wunderschönen Umgebung und vereint in einem Geist der Geselligkeit und Kameradschaft; eine Gesellschaft, die von allen üblichen Verdächtigen verleumdet, verachtet und sogar gehasst (und doch insgeheim beneidet) wird, und doch von all jenen begrüßt wird, die die Weisheit und das Glück hatten, sie zu sehen und zu erleben.

Im Gegensatz zu anderen, „regulären“ Monopolen ist es jedoch nicht mein Ziel, die derzeitige Monopolstellung der PFS zu erhalten und aufrechtzuerhalten. Ganz im Gegenteil. Durch das Vorgehen mit gutem Beispiel, durch das Produzieren eines ansprechenden und tatsächlich schönen Produktes — eines privat produzierten öffentlichen Gutes, wenn Sie so wollen — ist es meine Hoffnung, dass die gegenwärtige Monopolstellung der PFS nur eine vorübergehende sein wird, und dass ihr Beispiel als Inspiration für andere dienen wird, dass immer mehr ähnliche Verbände und Versammlungen entstehen werden, dass die vorherrschende demokratische Unkultur damit zunehmend in die Defensive gedrängt und dem öffentlichen Spott geöffnet wird, und dass letztlich sie, die

Befürworter und Vertreter der herrschenden demokratischen Unkultur, als Ausgestoßene in der höflichen Gesellschaft gelten werden.

Es gibt einige positive Zeichen: die eintägigen Veranstaltungen des Mises Instituts in großen US-amerikanischen Städten, Rahim Taghizadegans *Wertewirtschaft*-Treffen in Österreich und André Lichtschlags *Eigentümlich-Frei*-Konferenzen in Deutschland. Ich fürchte jedoch, dass es schwierig sein wird, die Leistung der PFS zu erreichen und dass sie ihren einzigartigen Status noch eine ganze Weile behalten wird. Persönlich plane ich, dieses Projekt fortzusetzen, solange meine und vor allem auch Gülçins Stärke anhält und, was noch wichtiger ist, solange Sie weiterhin kommen und das intellektuelle Produkt und Unternehmen, das die PFS ist, effektiv unterstützen.

Libertarismus und die Alt-Right: Auf der Suche nach einer libertären Strategie für sozialen Wandel

Wir kennen das Schicksal der Begriffe liberal und Liberalismus. Der Begriff wurde auf so viele verschiedene Personen und Positionen angewandt, dass er seine Bedeutung verloren hat und zu einem leeren, nichtssagenden Etikett geworden ist. Das gleiche Schicksal bedroht nun zunehmend auch den Begriff Libertär und Libertarismus, der erfunden wurde, um etwas von der konzeptionellen Präzision zurückzugewinnen, die mit dem Untergang der ehemaligen Etiketten verloren ging.

Die Geschichte des modernen Libertarismus ist jedoch noch recht jung. Es begann in Murray Rothbards Wohnzimmer und fand seinen ersten quasi-kanonischen Ausdruck in seinem 1973 veröffentlichten *For A New Liberty: A Libertarian Manifesto*. Und so bin ich immer noch hoffnungsvoll und bislang nicht bereit, den Libertarismus, wie er von Rothbard definiert und erklärt wurde, mit unvergleichlicher konzeptioneller Klarheit und

Präzision aufzugeben, trotz der inzwischen unzähligen Versuche sogenannter Libertärer, das Wasser zu trüben und den guten Namen des Libertarismus für etwas völlig anderes zu missbrauchen.

Der theoretische, unwiderlegbare Kern der libertären Doktrin ist einfach und unkompliziert und ich habe ihn an dieser Stelle bereits mehrfach erläutert. Wenn es keine Knappheit auf der Welt gäbe, wären menschliche Konflikte oder genauer gesagt physische Zusammenstöße unmöglich. Zwischenmenschliche Konflikte sind immer und überall Konflikte um knappe Dinge. Ich möchte A mit einer bestimmten Sache machen und Sie möchten B mit der gleichen Sache machen. Aufgrund solcher Konflikte — und weil wir in der Lage sind, miteinander zu kommunizieren und zu argumentieren — suchen wir Verhaltensnormen mit dem Ziel, diese Konflikte zu vermeiden. Der Zweck von Normen ist Konfliktvermeidung. Wenn wir Konflikte nicht vermeiden wollten, wäre die Suche nach Verhaltensnormen sinnlos. Wir würden einfach ringen und kämpfen.

Ohne eine perfekte Harmonie aller Interessen können Konflikte um knappe Ressourcen nur vermieden werden, wenn alle knappen Ressourcen als privates, exklusives Eigentum einer bestimmten Person zugewiesen werden. Nur dann kann ich unabhängig, mit *meinen* eigenen Sachen, von Ihnen, mit *Ihren* eigenen Sachen, handeln, ohne dass Sie und ich in Konflikt geraten.

Aber wem gehört welche knappe Ressource und sein Privateigentum und wem nicht? Erstens: Jeder Mensch besitzt seinen physischen Körper, den nur er und niemand sonst *direkt* kontrolliert. Und zweitens, was knappe Ressourcen betrifft, die *nur* indirekt kontrolliert werden können (die mit unserem eigenen naturgegebenen, d.h. nicht angeeigneten Körper angeeignet werden müssen): Die ausschließliche Kontrolle (Eigentum) wird von der Person erworben und zugewiesen, die die Ressource *zuerst* angeeignet hat oder die sie durch freiwilligen (konfliktfreien) Austausch von ihrem Vorbesitzer erworben hat. Denn nur der *erste* Aneigner einer Ressource (und alle späteren Eigentümer, die durch eine Kette freiwilligen Austauschs mit ihm verbunden sind) kann sie möglicherweise konfliktfrei, d.h. friedlich, erwerben und kontrollieren. Andernfalls, wenn die ausschließliche Kontrolle stattdessen den *Nachzüglern* zugewiesen wird, wird der Konflikt nicht vermieden, sondern widerspricht dem eigentlichen Zweck der unvermeidlich und dauerhaft gemachten Normen.

Vor diesem Publikum brauche ich nicht näher darauf einzugehen, außer um folgendes hinzuzufügen: Wenn Sie in Frieden mit anderen Menschen leben und alle physischen Zusammenstöße vermeiden wollen und, wenn solche Zusammenstöße auftreten, versuchen, sie friedlich zu lösen, dann müssen Sie ein Anarchist oder genauer gesagt ein Privateigentumsanarchist, ein Anarcho-kapitalist oder ein Befürworter einer Privatrechtsgesellschaft sein.

Folglich und wiederum ohne viel Aufhebens: Jemand, irgendjemand, ist kein Libertärer oder nur ein Pseudo-Libertärer, der einen oder mehrere der folgenden Punkte bejaht und befürwortet: die Notwendigkeit eines Staates, irgendeines Staates, von „öffentlichem“ (staatlichem) Eigentum und von Steuern, um in Frieden leben zu können; oder die Existenz und Berechtigung sogenannter „Menschenrechte“ oder „Bürgerrechte“, die keine privaten Eigentumsrechte sind, wie z.B. „Frauenrechte“, „Schwulenrechte“, „Minderheitenrechte“, das „Recht“, nicht diskriminiert zu werden, das „Recht“ auf freie und unbeschränkte Einwanderung, das „Recht“ auf ein garantiertes Mindesteinkommen oder auf kostenlose Gesundheitsversorgung oder das „Recht“, frei von unangenehmen Äußerungen und Gedanken zu sein. Die Befürworter von all dem können sich selbst nennen, wie sie wollen, und als Libertäre können wir gut mit ihnen zusammenarbeiten, insofern eine solche Zusammenarbeit das Versprechen bietet, uns unserem ultimativen Ziel näher zu bringen, aber sie sind keine *Libertären*, bzw. nur *falsche* Libertäre.

Nun, „toll trieben es die alten Römer“. Während Rothbard und ich, der ich in seine Fußstapfen getreten bin, nie von diesen theoretisch abgeleiteten Kernüberzeugungen abgewichen sind, haben nicht nur Nicht-Libertäre, sondern insbesondere auch falsche Libertäre, d.h. Menschen, die (fälschlicherweise) behaupten, Libertäre zu *sein*, und sogar viele möglicherweise ehrliche, aber geistig minderbemittelte Libertäre uns als ihre Lieblings-Angstgegner und Ausgeburten des Bösen

ausgewählt und verunglimpft. Rothbard, der treibende Motor des modernen Libertarismus, wurde von dieser sogenannten „antifaschistischen“ Menge als reaktionär, rassistisch, sexistisch, autoritär, elitär, fremdenfeindlich, faschistisch und, um das Ganze abzurunden, als ein von Selbsthass zerfressener jüdischer Nazi gebrandmarkt. Und ich habe alle diese Ehrentitel geerbt, plus ein paar mehr (außer dem jüdischen Gedöns). Also, was für Tollheiten sind hier passiert?

Der Versuch, eine Antwort auf diese Frage zu entwickeln, bringt mich zum Thema dieser Rede: Die Beziehung zwischen Libertarismus und der alternativen / neuen Rechten oder „Alt-Right“, die nationale und internationale Berühmtheit erlangt hat, nachdem Hillary Clinton sie während der Präsidentschaftswahlkampagne 2016 als eine der inspirierenden Quellen hinter dem „Korb der Bedauernswerten (*basket of deplorables*)“ identifiziert hat, die für Trump stimmten (und deren Führung sich zu ihrer Ehre nach Trumps Wahlsieg schnell von Trump trennte, als sich herausstellte, dass er nur ein weiterer präsidentialer Kriegstreiber ist).

Die Bewegung der Alt-Right ist im Wesentlichen der Nachfolger der paläokonservativen Bewegung, die in den frühen 1990er Jahren ins Leben gerufen wurde, mit dem Kolumnisten und Bestsellerautor Patrick Buchanan als bekanntestem Vertreter. In den späten 1990er Jahren wurde sie etwas ruhiger, und in jüngster Zeit ist sie angesichts des stetig wachsenden Schadens, den die aufeinanderfolgenden Regierungen von Bush I, Clinton,

Bush II und Obama Amerika und seinem Ansehen zugefügt haben, unter dem neuen Etikett der Alt-Right wieder stärker als zuvor in Erscheinung getreten. Viele der führenden Köpfe, die mit der Alt-Right verbunden sind, sind im Laufe der Jahre hier bei unseren Treffen aufgetreten. Paul Gottfried, der den Begriff zuerst prägte, Peter Brimelow, Richard Lynn, Jared Taylor, John Derbyshire, Steve Sailer und Richard Spencer. Auch der Name von Sean Gabb und mir wird regelmäßig im Zusammenhang mit der Alt-Right genannt, und meine Arbeit wurde auch mit der eng verwandten neoreaktionären Bewegung in Verbindung gebracht, die von Curtis Yarvin (alias Mencius Moldbug) und seinem inzwischen eingestellten Blog *Unqualified Reservations* inspiriert wurde. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass diese persönlichen Beziehungen und Assoziationen mir mehrere ehrenvolle Erwähnungen von Amerikas berühmtester Verleumdungs- und Diffamierungsliga, dem SPLC (aka Soviet Poverty Lie Center¹⁴), eingebracht haben.

Nun: Wie steht es um das Verhältnis zwischen Libertarianismus und der Alt-Right und meinen Gründen, führende Vertreter der Alt-Right zu Treffen mit Libertären einzuladen? Libertäre sind durch die eingangs erwähnten unwiderlegbaren theoretischen Grundüberzeugungen vereint. Sie sind sich über das Ziel, das sie erreichen wollen, im Klaren. Aber die libertäre Doktrin impliziert nicht viel oder gar nichts in Bezug auf diese Fragen:

¹⁴ Southern Poverty Law Center (Anm. d. Übers.)

Erstens, wie man eine einmal erreichte libertäre Ordnung aufrechterhält. Und zweitens, wie man eine libertäre Ordnung von einem nicht-libertären Ausgangspunkt aus erreicht, was erfordert, dass man (a) diesen Ausgangspunkt richtig beschreibt und (b) die Hindernisse, die den eigenen libertären Zielen in den Weg gestellt werden, genau an diesem Ausgangspunkt richtig identifiziert. Zur Beantwortung dieser Fragen bedarf es neben der Theorie auch einiger Kenntnisse der Humanpsychologie und -soziologie oder zumindest eines Mindestmaßes an gesundem Menschenverstand. Doch viele Libertäre und falsche Libertäre kennen die menschliche Psychologie und Soziologie nicht oder haben gar keinen gesunden Menschenverstand. Sie akzeptieren blindlings und gegen alle empirischen Beweise ein egalitäres, pauschales Menschenbild, wonach alle Menschen und alle Gesellschaften und Kulturen im Wesentlichen gleich und austauschbar sind.

Während ein Großteil des zeitgenössischen Libertarismus als Theorie und Theoretiker ohne Psychologie und Soziologie charakterisiert werden kann, kann ein Großteil oder sogar der größte Teil der Alt-Right im Gegensatz dazu als Psychologie und Soziologie ohne Theorie bezeichnet werden. Die Alt-Right ist nicht durch eine allgemein gehaltene Theorie vereint, und es gibt nichts, was auch nur annähernd einem kanonischen Text ähnelt, der ihre Bedeutung definiert. Vielmehr ist sich die Alt-Right im Wesentlichen einig in ihrer Beschreibung der heutigen Welt, insbesondere der USA und der so genannten westlichen Welt, und in der Identifizierung und

Diagnose ihrer sozialen Pathologien. Tatsächlich wurde zutreffend festgestellt, dass die Alt-Right weitaus mehr durch das vereint ist, wogegen sie ist, als wofür sie ist. Sie ist gegen die Eliten, die den Staat, die Medien und die Wissenschaft kontrollieren, und hasst sie sogar leidenschaftlich. Warum? Weil sie alle soziale Degeneration und Pathologie fördern. Daher fördern sie, und die Alt-Right widersetzt sich energisch, Egalitarismus, affirmative Action (auch bekannt als „Nichtdiskriminierung“), Multikulturalismus und „freie“ Masseneinwanderung als Mittel zur Herbeiführung von Multikulturalismus. Außerdem verabscheut die Alt-Right alles, was nach Kulturmarxismus oder Gramscianismus und „politischer Korrektheit“ riecht, und weist, strategisch klug, alle Vorwürfe rassistisch, sexistisch, elitär, unterdrückerisch, homophob, fremdenfeindlich, usw. zu sein, ohne jede Entschuldigung zurück. Und auch das programmatische Motto der so genannten Libertären (die mein junger deutscher Freund André Lichtschlag als „Liberallala-Libertäre“ bezeichnet) von „Peace, Love and Liberty“, das von Lichtschlag angemessen als „Friede, Freude, Eierkuchen“ ins Deutsche übersetzt wurde. Im krassen Gegensatz dazu bestehen die neuen Rechten darauf, dass es im Leben auch um Zwietracht, Hass, Streit und Kampf geht, und zwar nicht nur zwischen Einzelpersonen, sondern auch zwischen verschiedenen Gruppen von Menschen, die gemeinsam handeln. „Millennial Woes“ (Colin Robertson) hat damit die Alt-Right treffend zusammengefasst: *„Gleichheit ist Bullshit. Hierarchie ist unerlässlich. Rassen sind unterschiedlich.“*

Geschlechter sind unterschiedlich. Moral ist wichtig und Degeneration ist real. Alle Kulturen sind nicht gleich und wir sind nicht verpflichtet, zu glauben, dass sie es wären. Der Mensch ist eine gefallene Kreatur und es gibt mehr im Leben als hohlen Materialismus. Schlussendlich ist die weiße Rasse relevant und Zivilisation ist kostbar. Das ist die Alt-Right.”

Ohne eine vereinheitlichende Theorie gibt es jedoch weit weniger Übereinstimmung unter der Alt-Right über das Ziel, das sie letztendlich erreichen wollen. Viele ihrer führenden Köpfe haben ausgesprochen libertäre Neigungen, vor allem diejenigen, die hierher gekommen sind (was natürlich der Grund dafür war, sie hierher einzuladen), auch wenn sie keine Hundertprozentigen sind und sich nicht als solche identifizieren würden. Alle Alt-Right-Anhänger, die hier erschienen sind, waren zum Beispiel mit Rothbard und seiner Arbeit vertraut, während der jüngste Präsidentschaftskandidat der Libertarian Party noch nie von Rothbards Namen gehört hatte, und alle von ihnen waren meines Wissens nach während seiner ersten Kampagne für die Nominierung der republikanischen Partei als Präsidentschaftskandidat ausgesprochene Unterstützer von Ron Paul, während viele selbsternannte Libertäre Ron Paul wegen seiner angeblich (Sie wissen bereits, was jetzt kommt) „rassistischen“ Ansichten angriffen und zu verunglimpfen versuchten.

Mehrere Köpfe der Alt-Right und viele ihrer einfachen Anhänger haben jedoch auch Ansichten unterstützt, die mit dem Libertarismus unvereinbar sind. Wie Buchanan

zuvor und Trump jetzt, sind sie fest entschlossen, eine Politik der restriktiven, hochselektiven und diskriminierenden Einwanderung (die mit dem Libertarismus und seinem Desiderat der Vereinigungsfreiheit und der Ablehnung von Zwangsintegration durchaus vereinbar ist) mit einer strikten Politik des eingeschränkten Handels, des wirtschaftlichen Protektionismus und der Schutzzölle zu ergänzen (was dem Libertarismus zuwiderläuft und dem menschlichen Wohlstand abträglich ist). (Lassen Sie mich hier schnell hinzufügen, dass ich Pat Buchanan trotz meiner Bedenken hinsichtlich seiner „Ökonomie“ immer noch für einen großartigen Menschen halte.)

Andere verirrten sich noch weiter, wie Richard Spencer, der zuerst den Begriff Alt-Right populär machte. In der Zwischenzeit hat sich Spencer durch mehrere öffentlichkeitswirksame Aktionen, die ihm in den USA einen gewissen Bekanntheitsgrad verschafft haben, zum obersten Führer einer vermeintlich mächtigen Einheitsbewegung aufgeschwungen (ein Unterfangen, das übrigens von Taki Theodoracopulos, einem altgedienten Verfechter der paläokonservativen, inzwischen zur Alt-Right übergegangenen, Bewegung und Spencers ehemaligem Arbeitgeber, ins Lächerliche gezogen wurde). Als Spencer vor einigen Jahren hier erschien, zeigte er immer noch starke libertäre Neigungen. Leider hat sich dies jedoch geändert und Spencer prangert jetzt ohne jede Einschränkung alle Libertären und alles Libertäre an und ist sogar so weit gegangen, den Sozialismus zu dulden, solange es Sozialismus von und für ausschließlich weiße Menschen ist. Was für eine entsetzliche Enttäuschung!

Angesichts des Fehlens einer theoretischen Grundlage kann diese Spaltung der Alt-Right-Bewegung in rivalisierende Fraktionen kaum als Überraschung angesehen werden. Diese Tatsache sollte jedoch nicht dazu verleiten, sie abzulehnen, denn die Alt-Right hat viele Erkenntnisse hervorgebracht, die von zentraler Bedeutung sind, wenn es darum geht, eine Antwort auf die beiden zuvor genannten Fragen zu geben, die von der libertären Theorie unbeantwortet bleiben: wie man eine libertäre Gesellschaftsordnung aufrechterhält und wie man aus dem aktuellen, entschieden unlibertären *Status Quo* zu einer solchen Ordnung gelangt. Die Alt-Right hat diese Einsichten nicht entdeckt. Sie waren schon lange vorher etabliert und in der Tat sind sie in großen Teilen nicht mehr als gesunder Menschenverstand. Aber in letzter Zeit sind solche Einsichten unter Bergen von egalitärer, linker Propaganda begraben worden, und es ist der Verdienst der Alt-Right, dass sie sie wieder ans Licht gebracht haben.

Um die Bedeutung solcher Erkenntnisse zu verdeutlichen, möchte ich zunächst die erste unbeantwortete Frage stellen.

Viele Libertäre sind der Ansicht, dass alles, was zur Aufrechterhaltung einer libertären Gesellschaftsordnung erforderlich ist, die strikte Durchsetzung des Nichtaggressionsprinzips (NAP) ist. Solange man auf Aggression verzichtet, sollte ihrer Ansicht nach das Prinzip „Leben und leben lassen“ gelten. Doch während dieses „Leben und leben lassen“ für Jugendliche in der

Rebellion gegen die elterliche Autorität und alle sozialen Konventionen und Kontrollen attraktiv klingt (und viele Jugendliche anfangs vom Libertarismus angezogen wurden, weil sie glaubten, dass dieses „Leben und Leben lassen“ das Wesen des Libertarismus ist), und während das Prinzip in der Tat für Menschen gilt, die weit voneinander entfernt leben und nur indirekt und aus der Ferne miteinander umgehen, gilt es *nicht*, oder vielmehr ist es *unzureichend*, wenn es um Menschen geht, die in unmittelbarer Nähe zueinander leben, als Nachbarn und Mitbewohner derselben Gemeinschaft.

Ein einfaches Beispiel genügt, um den Punkt zu verdeutlichen. Stellen wir uns einen neuen Nachbarn nebenan vor. Dieser Nachbar greift Sie oder Ihr Eigentum in keiner Weise an, aber er ist ein „schlechter“ Nachbar. Er verschmutzt sein eigenes Nachbargrundstück und verwandelt es in einen Müllhaufen; er schlachtet in aller Öffentlichkeit rituell Tiere; er verwandelt sein Haus in ein „Freudenhaus“, ein Bordell, in dem Tag und Nacht Kunden ein- und ausgehen; er bietet nie eine helfende Hand und hält nie ein Versprechen, das er gegeben hat; oder er kann nicht oder weigert sich, mit Ihnen in Ihrer Sprache zu sprechen, usw. usw. Ihr Leben wird zu einem Albtraum. Aber Sie dürfen keine Gewalt gegen ihn anwenden, weil er Sie nicht angegriffen hat. Was können Sie tun? Sie können ihn meiden und ächten. Aber das ist Ihrem Nachbarn egal, und auf jeden Fall macht es für ihn keinen Unterschied, ob Sie ihn „bestrafen“ oder nicht. Sie müssen über den Respekt und die Autorität der Gemeinschaft verfügen oder sich an jemanden wenden,

der über die nötige Autorität verfügt, um alle oder zumindest die meisten Mitglieder Ihrer Gemeinschaft davon zu überzeugen, das Gleiche zu tun und den unliebsamen Nachbarn zu einem Ausgestoßenen zu machen, damit er genug Druck ausübt, um sein Eigentum zu verkaufen und zu gehen. (So viel zu den Libertären, die zusätzlich zu ihrem Ideal „Leben und leben lassen“ auch das Motto „Respektiere keine Autorität!“ beherzigen)

Die Lektion? Das friedliche Zusammenleben von Nachbarn und von Menschen, die regelmäßig in direktem Kontakt zueinanderstehen, auf einem bestimmten Gebiet - eine ruhige, freundliche Gesellschaftsordnung — erfordert auch eine Gemeinsamkeit der Kultur: von Sprache, Religion, Sitte und Konvention. Es kann eine friedliche Koexistenz verschiedener Kulturen auf entfernten, physisch getrennten Territorien geben, aber Multikulturalismus, kulturelle Heterogenität, kann nicht an ein und demselben Ort und Territorium existieren, ohne zu einem nachlassenden sozialen Vertrauen, erhöhten Spannungen und schließlich dem Ruf nach einem „starken Mann“ und der Zerstörung von allem, was einer libertären Gesellschaftsordnung ähnelt, zu führen.

Und darüber hinaus: So wie eine libertäre Ordnung immer auf der Hut sein muss vor „schlechten“ (wenn auch nicht aggressiven) Nachbarn durch soziale Ächtung, d.h. durch eine gemeinsame „Sie sind hier nicht willkommen“-Kultur, so muss sie, und zwar noch wachsamer, vor Nachbarn geschützt werden, die offen Kommunismus, Sozialismus, Syndikalismus oder Demokratie in

irgendeiner Form befürworten. Da sie eine offene Bedrohung für alles Privateigentum und alle Eigentümer darstellen, müssen sie nicht nur gemieden, sondern, um ein mittlerweile berühmtes Hoppe-Meme zu verwenden, „physisch entfernt“ werden, notfalls mit Gewalt, und gezwungen werden, auf andere Weiden zu gehen. Dies nicht zu tun, führt unweigerlich zu — na ja, Kommunismus, Sozialismus, Syndikalismus oder Demokratie und damit zum Gegenteil einer libertären Gesellschaftsordnung.

Mit diesen „rechten“ oder, wie ich sagen würde, Einsichten des logischen Menschenverstandes im Hinterkopf wende ich mich nun der anspruchsvolleren Frage zu, wie man von hier, dem *Status Quo*, dorthin gelangt. Und dafür könnte es lehrreich sein, zunächst kurz die Antwort zu betrachten, die die Liberallalas, die Frieden-Liebe-und-Freiheit, die Friede-Freude-Eierkuchen oder die Kapitalismus-ist-Liebe-Libertären geben. Es offenbart den gleichen grundlegenden Egalitarismus, wenn auch in einer etwas anderen Form, wie er auch von den „Leben und leben lassen“-Libertären gezeigt wird. Diese definieren, wie ich gerade zu zeigen versucht habe, das, was wir das „Problem des schlechten Nachbarn“ nennen können — und was nur eine Abkürzung für das allgemeine Problem ist, das sich aus dem Zusammenleben deutlich unterschiedlicher, fremder, sich gegenseitig störender, ärgerlicher, fremder oder feindlicher Kulturen ergibt — einfach aus dem Dasein. Und in der Tat, wenn Sie entgegen aller empirischen Beweise davon ausgehen, dass alle Menschen überall im Wesentlichen gleich sind,

dann gibt es definitionsgemäß kein „Problem des schlechten Nachbarn“.

Derselbe egalitäre, oder wie es die Liberallala-Libertären selbst lieber nennen, „humanitäre“ Geist kommt auch in ihrer Antwort auf die Frage einer libertären Strategie zum Tragen. Kurz gesagt, ihr Rat lautet: Sei nett und sprich mit allen — und dann werden sich auf lange Sicht die besseren libertären Argumente durchsetzen.

Außerhalb egalitärer Phantasieländer müssen Libertäre jedoch in der realen Welt vor allem *realistisch* sein und von Anfang an, wie es die Alt-Right tut, die Ungleichheit nicht nur von Individuen, sondern auch von verschiedenen Kulturen als unveränderbare Gegebenheit der menschlichen Existenz erkennen. Wir müssen ferner anerkennen, dass es viele Feinde der Freiheit gibt, wie sie vom Libertarismus definiert werden, und dass sie, nicht wir, für weltliche Angelegenheiten verantwortlich sind; dass in vielen Teilen der heutigen Welt ihre Kontrolle über die Bevölkerung so vollständig ist, dass die Ideen der Freiheit und einer libertären Gesellschaftsordnung praktisch ungehört sind oder als undenkbar angesehen werden (außer als ein nutzloses intellektuelles Spiel oder mentale Gymnastik von einigen „exotischen“ Individuen); und dass es im Wesentlichen nur im Westen, in den Ländern West- und Mitteleuropas und den von seinen Völkern besiedelten Ländern ist, dass die Idee der Freiheit so tief verwurzelt ist, dass diese Feinde immer noch offen herausgefordert werden können. Und wenn wir unsere strategischen Überlegungen hier nur auf den Westen

beschränken, dann können wir, so wie es die Alt-Right effektiv getan hat, diese Akteure und Agenturen als unsere Hauptfeinde identifizieren.

Sie sind in erster Linie die herrschenden Eliten, die den Staatsapparat und insbesondere den „Tiefen Staat“ oder die sogenannte „Kathedrale“ des Militärs, der Geheimdienste, der Zentralbanken und der obersten Gerichte kontrollieren. Dazu gehören auch die Führer des militärisch-industriellen Komplexes, d.h. von nominell privaten Firmen, die ihre Existenz dem Staat als exklusivem oder dominantem Abnehmer ihrer Produkte verdanken, sowie die Führer der großen Geschäftsbanken, die ihr Privileg, Geld und Kredite aus dem Nichts zu schaffen, der Existenz der Zentralbank und ihrer Rolle als „Kreditgeber der letzten Instanz“ verdanken. Sie zusammen, der Staat, das Großkapital und die Großbanken, bilden also eine extrem mächtige, wenn auch winzige „Gesellschaft der gegenseitigen Bewunderung“, die gemeinsam die riesige Masse der Steuerzahler abzocken und sich auf deren Kosten ausleben.

Die zweite, viel größere Gruppe von Feinden besteht aus den Intellektuellen, Lehrkräften und „Bildungsbeamten¹⁵“, von den höchsten akademischen Ebenen bis hinunter zu den Grundschulen und Kindergärten. Da sie fast ausschließlich direkt oder indirekt vom Staat finanziert werden, sind sie in ihrer

¹⁵ Hoppe schreibt im Original „educrats“, ein Kofferwort aus „educator“ (= Lehrkraft) und „-kraten“ (von „kratos“ = Herrschaft) (Anm. d. Übers.)

überwältigenden Mehrheit zu weichen Werkzeugen und willigen Henkern in den Händen der herrschenden Elite und ihrer Pläne für absolute Macht und totale Kontrolle geworden. Und drittens gibt es die Journalisten der Hauptstrommedien als fügsame Produkte des Systems der „öffentlichen Bildung“ und die feigen Empfänger und Verbreiter staatlicher „Informationen“.

Ebenso wichtig bei der Entwicklung einer libertären Strategie ist dann die unmittelbar folgende nächste Frage: Wer sind die *Opfer*? Die übliche libertäre Antwort darauf lautet: Die *Steuerzahler* im Gegensatz zu den *Steuerverbrauchern*.

Doch obwohl dies im Wesentlichen richtig ist, ist es bestenfalls nur ein Teil der Antwort, und Libertäre könnten in dieser Hinsicht etwas von der Alt-Right lernen: Denn neben dem engstirnigen wirtschaftlichen Aspekt gibt es auch einen breiteren kulturellen Aspekt, der bei der Identifizierung der Opfer berücksichtigt werden muss.

Um ihre Macht zu erweitern und zu vergrößern, führen die herrschenden Eliten seit vielen Jahrzehnten das durch, was Pat Buchanan als einen systematischen „Kulturkrieg“ identifiziert hat, der auf eine Umwertung aller Werte und die Zerstörung aller natürlichen oder, wenn man so will, „organischen“ sozialen Bindungen und Institutionen wie Familien, Gemeinschaften, ethnischen Gruppen und genealogisch verwandten Nationen abzielt, um eine zunehmend atomisierte Bevölkerung zu schaffen, deren einziges gemeinsames Merkmal und vereinigende

Bindung ihre gemeinsame existenzielle Abhängigkeit vom Staat ist. Der erste Schritt in dieser Richtung, der bereits vor einem halben Jahrhundert oder noch länger gemacht wurde, war die Einführung der „öffentlichen Wohlfahrt“ und der „sozialen Sicherheit“. Dadurch wurden die Unterschicht und die Alten in Staatsabhängige verwandelt und der Wert und die Bedeutung von Familie und Gemeinschaft entsprechend gemindert und geschwächt. In jüngster Zeit haben sich weitergehende Schritte in diese Richtung verbreitet. Eine neue „Opferhaltung“ wurde proklamiert und gefördert. Frauen und insbesondere alleinerziehende Mütter, Schwarze, Braune, Latinos, Homosexuelle, Lesben, Bi- und Transsexuelle wurden durch Nichtdiskriminierungs- oder Affirmative-Action-Dekrete als „Opfer“ eingestuft und gesetzlich privilegiert. In jüngster Zeit wurden diese Privilegien auch auf ausländische Einwanderer ausgeweitet, unabhängig davon, ob sie legal oder illegal eingewandert sind, sofern sie in eine der oben genannten Kategorien fallen oder einer nichtchristlichen Religion, wie z.B. dem Islam, angehören. Das Ergebnis? Das bereits erwähnte „Problem des schlechten Nachbarn“ wurde nicht nur nicht vermieden oder gelöst, sondern systematisch gefördert und intensiviert. Die kulturelle Homogenität wurde zerstört, und die Vereinigungsfreiheit sowie die freiwillige physische Segregation und Trennung verschiedener Menschen, Gemeinschaften, Kulturen und Traditionen wurden durch ein allumfassendes System der erzwungenen sozialen Integration ersetzt. Darüber hinaus wurde jede erwähnte „Opfer“-Gruppe so gegen jede

andere ausgespielt und alle wurden gegen weiße, heterosexuelle, christliche Männer ausgespielt, insbesondere diejenigen, die verheiratet sind und Kinder haben, als einzige verbleibende, rechtlich ungeschützte Gruppe angeblicher „Täter“. Als Ergebnis der Umwertung aller von den herrschenden Eliten geförderten Werte wurde die Welt daher auf den Kopf gestellt. Die Institution des Familienhaushalts mit Vater, Mutter und ihren Kindern, die die Grundlage der westlichen Zivilisation als die freieste, fleißigste, erfinderischste und rundum gelungenste Zivilisation, die der Menschheit bekannt ist, gebildet hat, d.h. die Institution und das Volk, das in der Menschheitsgeschichte am meisten Gutes getan hat, wurde offiziell als Quelle aller sozialen Übel stigmatisiert und verunglimpft und durch die unerbittliche Politik der feindlichen Eliten des *divide et impera* zur am stärksten benachteiligten, ja verfolgten Gruppe gemacht.

Angesichts der gegenwärtigen Konstellation muss daher jede erfolgversprechende libertäre Strategie, wie auch die Alt-Right erkannt hat, in erster Linie auf diese Gruppe der am stärksten geschädigten Menschen zugeschnitten und ausgerichtet sein. Weiße, verheiratete, christliche Paare mit Kindern, insbesondere wenn sie auch noch zur Klasse der Steuerzahler (und nicht der Steuerverbraucher) gehören, und alle, die dieser Standardform der sozialen Ordnung und Organisation am ähnlichsten sind oder sie anstreben, können realistischerweise erwarten, dass sie das empfänglichste Publikum der libertären Botschaft sind (während die geringste Unterstützung wahrscheinlich von den rechtlich

am meisten „geschützten“ Gruppen kommen wird, wie zum Beispiel alleinerziehende, schwarze, muslimische Mütter, die von Sozialhilfe leben).

Angesichts dieser Konstellation von feindlichen Tätern vs. Opfern im heutigen Westen kann ich nun zu der letzten Aufgabe kommen, zu versuchen, eine realistische libertäre Strategie für den Wandel zu skizzieren, deren Besonderheiten von zwei allgemeinen Überlegungen eingeleitet werden müssen. Da die Klasse der Intellektuellen von den Spitzen der *Wissenschaft* bis hin zu den meinungsbildenden Journalisten in den Hauptstrommedien vom herrschenden System finanziert wird und fest mit ihm verbunden ist, d.h. dass sie Teil des *Problems* ist, sollte man auch nicht erwarten, dass sie eine wichtige oder gar überhaupt eine Rolle bei der Lösung des Problems spielen. Dementsprechend muss die so genannte Hayek'sche Strategie für den sozialen Wandel, die vorsieht, dass die Verbreitung korrekter libertärer Ideen an der Spitze, bei den führenden Philosophen, beginnt und von dort aus zu den Journalisten und schließlich zu den großen unaufgeklärten Massen hinabrieselt, als grundlegend unrealistisch betrachtet werden. Stattdessen muss jede realistische libertäre Strategie für den Wandel eine *populistische* Strategie sein. Das heißt, Libertäre müssen die herrschenden intellektuellen Eliten kurzschließen und die Massen direkt ansprechen, um ihre Empörung und Verachtung für die herrschenden Eliten zu wecken.

Und zweitens, obwohl die Hauptadressaten einer populistischen libertären Botschaft in der Tat die gerade erwähnten Gruppen enteigneter und entrechteter einheimischer Weißer sein müssen, halte ich es für einen schweren strategischen Fehler, „Weißsein“ zum ausschließlichen Kriterium zu machen, auf das man seine strategischen Entscheidungen stützt, wie es einige Stränge der Alt-Right vorgeschlagen haben. Schließlich sind es vor allem weiße Männer, die die herrschende Elite ausmachen und uns das aktuelle Durcheinander aufgezwungen haben. Es stimmt, dass die verschiedenen geschützten „Minderheiten“, die zuvor erwähnt wurden, die rechtlichen Privilegien, die ihnen gewährt wurden, voll ausnutzen, und sie sind zunehmend ermutigt, immer mehr „Schutz“ einzufordern, aber keiner von ihnen und alle zusammen besaßen und besitzen nicht die intellektuellen Fähigkeiten, die dieses Ergebnis möglich gemacht hätten, wenn es nicht die instrumentelle Hilfe gegeben hätte, die sie von weißen Männern erhalten haben und erhalten.

In Anlehnung an die Buchanan-, die Paul- und die Trump-Bewegung wenden wir uns nun den Einzelheiten einer populären Strategie für einen libertären Wandel zu, und zwar in keiner bestimmten Reihenfolge, mit Ausnahme der allerersten, die derzeit in der öffentlichen Meinung die größte Dringlichkeit genießt.

Erstens: Ein *Stopp der Masseneinwanderung*. Die Einwanderungswellen, die derzeit die westliche Welt überschwemmen, haben sie mit Horden von Sozialschmarotzern belastet, Terroristen eingeschleppt,

die Kriminalität erhöht, zur Ausbreitung von No-Go-Areas geführt und zahllose „schlechte Nachbarn“ hervorgebracht, denen aufgrund ihrer fremden Erziehung, Kultur und Traditionen jegliches Verständnis und jede Wertschätzung für die Freiheit fehlt und die zwangsläufig zu willenlosen künftigen Anhängern des Wohlfahrtsstaates werden.

Niemand ist per se gegen Zuwanderung und Zuwanderer. Aber die Zuwanderung darf nur auf Einladung erfolgen. Alle Immigranten müssen produktive Menschen und daher von allen inländischen Sozialleistungen ausgeschlossen sein. Um dies zu gewährleisten, müssen sie oder die sie einladende Partei eine Bindung mit der Gemeinschaft eingehen, in der sie sich niederlassen sollen, die verfallen und zur Abschiebung des Einwanderers führen soll, sollte er jemals zu einer öffentlichen Belastung werden. Ebenso sollte jeder Einwanderer, jede einladende Partei oder jeder Arbeitgeber nicht nur für den Unterhalt oder das Gehalt des Einwanderers bezahlen, sondern auch für die zusätzliche Abnutzung seiner öffentlichen Einrichtungen im Zusammenhang mit der Anwesenheit des Einwanderers, um die Sozialisierung aller Kosten zu vermeiden, die mit seiner Ansiedlung verbunden sind. Darüber hinaus muss jeder potenzielle eingeladene Einwanderer bereits vor seiner Aufnahme sorgfältig überprüft und nicht nur auf seine Produktivität, sondern auch auf seine kulturelle Affinität (oder „gute Nachbarschaft“) getestet werden — mit dem empirisch vorhersehbaren Ergebnis von meist, aber keineswegs

ausschließlich, westlich-weißen Einwandererkandidaten. Und jeder bekannte Kommunist oder Sozialist, gleich welcher Hautfarbe, Konfession oder Herkunft, muss von der dauerhaften Ansiedlung ausgeschlossen werden — es sei denn, die Gemeinde, in der sich der potenzielle Einwanderer niederlassen will, sanktioniert offiziell die Plünderung des Eigentums ihrer Einwohner durch neue, ausländische Ankömmlinge, was, gelinde gesagt, nicht sehr wahrscheinlich ist (selbst in bereits bestehenden „kommunistischen“ Kommunen).

(Kurze Botschaft an alle Offene-Grenzen- und Liberallala-Libertäre, die dies sicherlich als „faschistisch“ bezeichnen werden: In einer vollständig privatisierten libertären Ordnung gibt es kein Recht auf freie Einwanderung. Privateigentum impliziert Grenzen und das Recht des Eigentümers, nach Belieben auszuschließen. Und „öffentliches Eigentum“ hat auch Grenzen. Es gehört nicht niemandem. Es ist Eigentum der inländischen Steuerzahler und ganz sicher nicht das Eigentum von Ausländern. Und obwohl es wahr ist, dass der Staat eine kriminelle Organisation ist und dass die Aufgabe der Grenzkontrolle unweigerlich zu zahlreichen Ungerechtigkeiten sowohl gegenüber inländischen Bewohnern als auch gegenüber Ausländern führen wird, ist es auch wahr, dass der Staat etwas unternimmt, auch wenn er beschließt, keinen Grenzkontrollen durchzuführen und dass unter den gegenwärtigen Umständen das Nichtstun in dieser Hinsicht zu noch mehr und viel schwerwiegenderen Ungerechtigkeiten führen wird, insbesondere gegenüber der inländischen Bürgerschaft.)

Zweitens: *Ein Stopp der Angriffe, Tötungen und Bombardierungen von Menschen in anderen Ländern.* Eine Hauptursache, wenn auch keineswegs die einzige, für die derzeitige Invasion westlicher Länder durch Horden ausländischer Einwanderer sind die Kriege, die im Nahen Osten und anderswo von den herrschenden Eliten der USA und ihren untergeordneten westlichen Marionetteneliten initiiert und geführt werden. Auch die mittlerweile scheinbar „normalen“ und allgegenwärtigen Terroranschläge im Namen des Islam in der gesamten westlichen Welt sind in hohem Maße der „Rückstoß“ dieser Kriege und des daraus resultierenden Chaos im Nahen Osten und in Nordafrika. Man sollte nicht zögern, diese westlichen Machthaber als das zu bezeichnen, was sie sind: Mörder oder Anstifter zum Massenmord. Wir müssen eine Außenpolitik der strikten Nichteinmischung fordern und stattdessen laut schreien: Zieht euch aus allen internationalen und supranationalen Organisationen wie der UNO, der NATO und der EU zurück, die ein Land in die inneren Angelegenheiten eines anderen verwickeln! Stoppt alle staatlichen Hilfen an andere Staaten und verbietet alle Waffenverkäufe an ausländische Staaten. *Amerika zuerst!, England zuerst!, Deutschland zuerst!, Italien zuerst!* und so weiter, d.h. jedes Land treibt Handel miteinander und niemand mischt sich in die inneren Angelegenheiten des anderen ein.

Drittens: *Abschaffung der Zahlungen an die herrschenden Eliten und ihre intellektuellen Leibwächter.*

Entlarven Sie die üppigen Gehälter, Vergünstigungen, Pensionen, Nebeneinkünfte, Bestechungsgelder und Schweigegelder, die die herrschenden Eliten erhalten, und machen Sie sie publik: die hohen Tiere in der Regierung und in der Regierungsbürokratie, in den obersten Gerichten, in den Zentralbanken, in den Geheimdiensten und in den Spionageabteilungen, die Politiker, die Parlamentarier, die Parteiführer, die politischen Berater und Sachverständigen, die Vetternwirtschaftler, die „öffentlichen Bildungsbeauftragten“, die Universitätspräsidenten, die Rektoren und die akademischen „Stars“. Weisen Sie darauf hin, dass ihr Glanz und ihr Luxus mit dem Geld der Steuerzahler finanziert wird und fordern daher, dass alle Steuern gesenkt werden: Einkommenssteuern, Vermögenssteuern, Umsatzsteuern, Erbschaftssteuern, usw. usw.

Viertens: *Schließung der FED und aller Zentralbanken.* Die zweite Finanzierungsquelle für die herrschenden Eliten kommt neben dem von der Öffentlichkeit in Form von Steuern erpressten Geld von den Zentralbanken. Zentralbanken dürfen Papiergeld aus dem Nichts schaffen. Dadurch wird die Kaufkraft des Geldes verringert und die Ersparnisse der Durchschnittsbürger vernichtet. Es macht die Gesellschaft als Ganzes nicht reicher und das kann es auch nicht, aber es verteilt Einkommen und Reichtum innerhalb der Gesellschaft um. Die frühesten Empfänger des neu geschaffenen Geldes, also die herrschenden Eliten, werden dadurch reicher und die späteren und jüngsten Empfänger, also der Durchschnittsbürger, ärmer. Die

Zinsmanipulation der Zentralbank ist die Ursache für die Boom-Bust-Zyklen. Die Zentralbank erlaubt die Anhäufung immer größerer „öffentlicher Schulden“, die als Last auf unbekannte zukünftige Steuerzahler verlagert oder einfach weggeblasen werden. Und als Vermittler öffentlicher Schulden sind die Zentralbanken auch Vermittler von Kriegen. Diese Ungeheuerlichkeit muss beendet und durch ein freies, wettbewerbsfähiges Bankensystem ersetzt werden, das auf der Grundlage eines echten Warengeldes wie z.B. Gold oder Silber aufgebaut ist.

Fünftens: *Abschaffung aller „Affirmative Action“ und „Nicht-Diskriminierungs-“Gesetze und Vorschriften.* All diese Erlasse sind eklatante Verstöße gegen den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz, der zumindest im Westen intuitiv als Grundprinzip der Gerechtigkeit empfunden und anerkannt wird. Als Privateigentümer muss es den Menschen freistehen, sich mit anderen zusammenzuschließen oder sich von ihnen zu trennen: sich einzugliedern oder auszuschließen, sich zu integrieren oder abzusondern, sich zu verbinden oder zu lösen, sich zu vereinigen und einzugliedern, oder sich abzuspalten, zu verlassen und zu sezessionieren. Alle universitären Abteilungen für Schwarze-, Latino-, Frauen-, Gender-, Queer-Studies, usw., usw. müssen geschlossen werden, da sie mit der Wissenschaft unvereinbar sind, und ihre Fakultäten müssen als intellektuelle Hochstapler oder Schurken gebrandmarkt werden. Außerdem muss gefordert werden, dass alle Kommissare für Affirmative Action, Vielfalt- und Gleichstellungsbeauftragte, von

Universitäten bis hin zu Schulen und Kindergärten, auf die Straße geworfen und gezwungen werden, ein nützliches Handwerk zu erlernen.

Sechstens: *Zerstörung des „antifaschistischen“ Mobs*. Die Umwertung aller Werte im Westen: die Erfindung von immer mehr „Opfergruppen“, die Verbreitung von „Affirmative Action“-Programmen und die unerbittliche Förderung der „politischen Korrektheit“ haben zum Aufstieg eines „antifaschistischen“ Mobs geführt. Mit taktischer Unterstützung und indirekter Finanzierung durch die herrschenden Eliten hat es sich dieser selbsternannte Mob von „Kriegern der sozialen Gerechtigkeit“ zur Aufgabe gemacht, den Kampf gegen das „weiße Privileg“ durch gezielte Terrorakte gegen jeden und alles, was als „rassistisch“, „rechts“, „faschistisch“, „reaktionär“, „unbelehrbar“ oder „unverbesserlich“ gilt, zu eskalieren. Diese „Feinde des Fortschritts“ werden vom „antifaschistischen“ Mob tätlich angegriffen, ihre Autos werden angezündet, ihr Eigentum wird verwüstet, und ihre Arbeitgeber drohen, sie zu entlassen und ihre Karrieren zu ruinieren — während die Polizei von den Machthabern angewiesen wird, sich zurückzuhalten und die begangenen Verbrechen nicht zu untersuchen oder die Verbrecher zu verfolgen und zu bestrafen. Angesichts dieser Ungeheuerlichkeit muss der Zorn der Öffentlichkeit geweckt werden, und es muss weit und breit der Ruf ertönen, die Polizei zu entfesseln, um diesen Mob zur Unterwerfung zu prügeln.

(Frage an die Liberallala-Libertären, die dieser Forderung sicher mit der Begründung widersprechen, dass die Polizei, die den „antifaschistischen“ Mob zerschlagen soll, doch Polizisten im Staatsdienst sind: Widersprechen Sie auch mit der gleichen Begründung, dass die Polizei Mörder oder Vergewaltiger festnimmt? Werden diese legitimen Aufgaben nicht auch in irgendeiner libertären Ordnung von einer *privaten* Polizei ausgeführt? Und wenn die Polizei nichts gegen diesen Mob unternehmen soll, wäre es denn dann in Ordnung, dass das Ziel der Angriffe, die „rassistischen Rechten“, die Aufgabe, den „Kriegern der sozialen Gerechtigkeit“ eine blutige Nase zu verpassen, einfach selbst übernimmt?)

Siebtens: *Zerstörung der Straßenkriminellen und Banden*. Mit dem Verzicht auf den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz und der Gewährung aller möglichen Gruppenprivilegien (mit Ausnahme der einen Gruppe verheirateter weißer christlicher Männer und ihrer Familien) haben die herrschenden Eliten auch den Grundsatz der gleichen Strafe für gleiche Verbrechen aufgegeben. Einige vom Staat begünstigte Gruppen werden für dieselbe Straftat milder bestraft als andere, und einige besonders begünstigte Gruppen werden einfach laufen gelassen und bleiben praktisch ungestraft, wodurch die Kriminalität tatsächlich effektiv gefördert wird. Außerdem wurden No-Go-Areas zugelassen, in denen jegliche Bemühungen um die Strafverfolgung im Grunde genommen eingestellt wurden und in denen gewalttätige Schläger und Straßenbanden das Sagen haben. Angesichts dessen muss die Öffentlichkeit in Aufruhr versetzt und

unmissverständlich gefordert werden, dass die Polizei schnell und hart gegen jeden Räuber, Dieb, Vergewaltiger und Mörder vorgeht und alle derzeitigen No-Go-Areas der gewalttätigen Bandenherrschaft rücksichtslos räumt. Natürlich sollte diese Politik farbenblind sein, aber wenn es so ist, dass die meisten Straßenkriminellen oder Bandenmitglieder junge Schwarze oder Latino-Männer sind, oder in Europa junge männliche Einwanderer aus Afrika, dem Nahen Osten, den Balkanländern oder Osteuropa, dann ist das so, und solche menschlichen Exemplare sollten dann diejenigen sein, denen hauptsächlich die Nase blutet. Und natürlich sollten zur Bekämpfung der Kriminalität, sei es der gewöhnlichen Straßenkriminalität oder des Terrorismus, alle Verbote für den Besitz von Waffen durch aufrechte Bürger abgeschafft werden.

Achtens: Alle Sozialschmarotzer und Penner müssen beseitigt werden. Um ihre eigene Position zu festigen, hat die herrschende Klasse die Unterschicht auf die Straße gesetzt und sie so zu einer äußerst zuverlässigen Quelle für die öffentliche Unterstützung gemacht. Angeblich um den Menschen zu helfen, aus der Unterschicht aufzusteigen und zu sich selbst versorgenden Akteuren zu werden, ist die tatsächliche — und eigentlich beabsichtigte — Wirkung der so genannten „Sozialpolitik“ des Staates genau das Gegenteil. Sie hat den Status der Unterschicht einer Person dauerhafter gemacht und die Unterschicht stetig wachsen lassen (und damit auch die Anzahl der steuerfinanzierten Sozialarbeiter und Therapeuten, die ihr „helfen und assistieren“ sollen). Nach einem

unerbittlichen ökonomischen Gesetz erzeugt jede Subvention, die aufgrund eines angeblichen Bedarfs oder Mangels gewährt wird, mehr und nicht weniger von dem Problem, das sie lindern oder beseitigen soll. So wird die eigentliche Ursache für den Unterschichtenstatus eines Menschen, nämlich seine geringe Impulskontrolle und hohe Zeitpräferenz, d.h. sein unkontrolliertes Verlangen nach sofortiger Befriedigung, und die verschiedenen Begleiterscheinungen dieser Ursache, wie Arbeitslosigkeit, Armut, Alkoholismus, Drogenmissbrauch, häusliche Gewalt, Scheidung, von Frauen geführte Haushalte, außereheliche Geburten, wechselnde männliche Lebensabschnittsgefährten, Kindesmissbrauch, Vernachlässigung und Kleinkriminalität, nicht gemildert oder beseitigt, sondern systematisch verstärkt und gefördert. Statt diese immer unschönere soziale Katastrophe fortzusetzen und auszuweiten, sollte sie abgeschafft und lautstark gefordert werden, dass man die biblische Aufforderung beherzigt, dass derjenige, der arbeiten kann, aber nicht will, auch nicht essen soll, und dass derjenige, der aufgrund schwerer geistiger oder körperlicher Mängel wirklich nicht arbeiten kann, von der Familie, der Gemeinschaft und freiwilliger Wohltätigkeit versorgt wird.

Neuntens: *Den Staat aus der Bildung entfernen.* Die meisten, wenn nicht alle, sozialen Pathologien, die den heutigen Westen plagen, haben ihre gemeinsame Wurzel in der Institution der „öffentlichen Bildung“. Als vor mehr als zwei Jahrhunderten in Preußen die ersten Schritte unternommen wurden, um ein ehemals völlig privates

Bildungssystem durch ein universelles System der verpflichtenden „öffentlichen Bildung“ zu ergänzen und schließlich zu ersetzen, betrug die Zeit, die in staatlichen Schulen verbracht wurde, in den meisten Fällen nicht mehr als vier Jahre. Heute beträgt die Zeit, die in Institutionen der „öffentlichen Bildung“ verbracht wird, in der gesamten westlichen Welt mindestens etwa zehn Jahre und in vielen Fällen und in zunehmendem Maße zwanzig oder sogar dreißig Jahre. Das heißt, ein großer oder sogar der größte Teil der Zeit während der prägendsten Phase im Leben einer Person wird in staatlich finanzierten und beaufsichtigten Einrichtungen verbracht, deren Hauptzweck von Anfang an *nicht* darin bestand, eine aufgeklärte Öffentlichkeit zu erziehen, sondern „gute Soldaten“ und „gute Staatsdiener“ auszubilden: keine unabhängigen und erwachsenen oder „mündigen Bürger“, sondern untergeordnete und unterwürfige „Staats-Bürger“. Das Ergebnis? Die Indoktrination hat gewirkt: Je länger eine Person im öffentlichen Bildungssystem verbracht hat, desto mehr fühlt sie sich links-egalitären Ideen verpflichtet und hat die offizielle Doktrin und Agenda der „politischen Korrektheit“ verinnerlicht. In der Tat haben insbesondere unter den sozialwissenschaftlichen Lehrern und Professoren Menschen, die sich nicht zur Linken zählen, praktisch aufgehört zu existieren. Folglich muss gefordert werden, dass die Kontrolle der Schulen und Universitäten dem Zentralstaat entrissen und in einem ersten Schritt an regionale oder besser noch lokale und lokal finanzierte Behörden zurückgegeben und schließlich vollständig privatisiert wird, um ein System

der obligatorischen Uniformität und Konformität durch ein System der dezentralen Bildung zu ersetzen, das die natürliche Variation, Vielfalt und Verschiedenheit der menschlichen Talente und Interessen widerspiegelt.

Zehntens: *Vertrauen Sie nicht der Politik oder den politischen Parteien.* So wie von der Wissenschaft und der akademischen Welt nicht erwartet werden kann, dass sie eine bedeutende Rolle in einer libertären Strategie für den sozialen Wandel spielen, so ist es bei Politik und politischen Parteien — schließlich ist es das ultimative Ziel des Libertarismus, jeder Politik ein Ende zu setzen und alle zwischenmenschlichen Beziehungen und Konflikte dem Privatrecht und zivilrechtlichen Verfahren zu unterwerfen. Sicherlich lässt sich unter den derzeitigen, allgegenwärtig politisierten Bedingungen eine Beteiligung an Politik und Parteipolitik nicht gänzlich vermeiden. Bei einer solchen Beteiligung muss man sich jedoch des korumpierenden Einflusses der Macht und der damit verbundenen Verlockungen von Geld und Vergünstigungen bewusst sein und sich davor hüten. Um dieses Risiko und diese Versuchung zu minimieren, ist es ratsam, sich auf die Ebene der regionalen und lokalen Politik und nicht auf die nationale Ebene zu konzentrieren und dort eine radikale Agenda der Dezentralisierung voranzutreiben: der Annullierung und friedlichen Trennung, Segregation und Sezession. Vor allem aber müssen wir das Lebensmotto von Ludwig von Mises beherzigen: Dem Bösen nicht nachgeben, sondern immer mutiger dagegen vorgehen. Das heißt, wir müssen, wann und wo auch immer, ob in formellen oder informellen

Zusammenkünften, unsere Stimme gegen jeden erheben, der uns mit dem inzwischen nur allzu bekannten „politisch korrekten“ Gefasel und dem links-egalitären Geschwätz nervt und unmissverständlich sagen: „Nein. Auf keinen Fall. Das soll ja wohl ein Witz sein!“ In der Zwischenzeit erfordert es angesichts der fast vollständigen Gedankenkontrolle, die von den herrschenden Eliten, der Wissenschaft und den Hauptstrommedien ausgeübt wird, bereits eine gute Portion Mut, dies zu tun. Aber wenn wir nicht mutig genug sind, dies jetzt zu tun und damit ein Beispiel für andere zu geben, wird es in Zukunft immer schlimmer und gefährlicher werden, und wir, die westliche Zivilisation und die westlichen Ideen von Freiheit und Unabhängigkeit werden ausgelöscht werden und verschwinden.

Erwachsen werden mit Murray

Ich traf Murray Rothbard zum ersten Mal im Sommer 1985. Ich war damals 35 und Murray 59 Jahre alt. Für die nächsten zehn Jahre, bis zu Murrays vorzeitigem Tod im Jahr 1995, war ich mit Murray verbunden, zuerst in New York City und dann in Las Vegas, an der UNLV, in engerem, unmittelbarerem und direkterem Kontakt als jeder andere, abgesehen, selbstverständlich, von seiner Frau Joey.

Da ich jetzt fast so alt bin wie Murray zum Zeitpunkt seines Todes, hielt ich es für angemessen, diese Gelegenheit zu nutzen, um zu sprechen und ein wenig darüber nachzudenken, was ich während meiner zehn Jahre mit Murray gelernt habe.

Ich war bereits erwachsen, als ich Murray zum ersten Mal traf, nicht nur im biologischen, sondern auch im mentalen und intellektuellen Sinne, und doch wurde ich erst erwachsen, als ich mit ihm verbunden war — und ich möchte über *diese* Erfahrung sprechen.

Bevor ich Murray traf, hatte ich bereits meine Promotion abgeschlossen und den Rang eines *Privatdozenten* erreicht, den gleichen Rang, den Ludwig von Mises einst in Wien innehatte. Neben meiner Doktorarbeit (*Erkennen und Handeln*) hatte ich bereits zwei Bücher fertiggestellt. Eine (*Kritik der kausalwissenschaftlichen Sozialforschung*), die mich als Misesianer und ein anderes, das im folgenden Jahr veröffentlicht werden soll (*Eigentum, Anarchie und Staat*), das mich als Rothbardianer enthüllte. Ich hatte bereits alle theoretischen Arbeiten von Mises und Rothbard gelesen. (Ich hatte Murrays umfangreiche journalistische Arbeit jedoch noch nicht gelesen, die mir damals im Wesentlichen nicht zur Verfügung stand.) Es war also nicht meine persönliche Begegnung mit Murray, die mich zu einem Misesianer und Rothbardianer machte. Intellektuell war ich bereits seit Jahren Misesianer und Rothbardianer, bevor ich Murray jemals persönlich traf. Ungeachtet der Tatsache, dass ich selbst in erster Linie ein Theoretiker bin, möchte ich hier nicht über das großartige österreichisch-libertäre intellektuelle Gebäude sprechen, das Mises und in seiner Nachfolge Rothbard uns überliefert haben, oder über meine eigenen kleinen Beiträge zu diesem System, sondern über meine lange persönliche Erfahrung mit Murray: über die praktischen und existenziellen Lektionen, die ich durch meine Begegnungen mit ihm gelernt habe und die mich von einem rechtlich Erwachsenen zu einem mündigem erwachsenen Mann gemacht haben.

Ich zog nach New York City, weil ich Murray für den größten aller Sozialtheoretiker hielt, sicherlich des 20. Jahrhunderts und möglicherweise aller Zeiten, genauso wie ich Mises für den größten aller Ökonomen hielt, und da Mises schon lange weg und aus dem Bild war, wollte ich diesen Mann, Rothbard, treffen, kennenlernen und mit ihm arbeiten. Ich vertrete diese Ansicht über die Größe von Mises und Rothbard noch immer. Heute in der Tat noch mehr als vor 30 Jahren. Und seitdem gibt es keinen zweiten Mises oder Rothbard mehr. Nicht einmal in der Nähe und wir müssen möglicherweise lange warten, bis dies geschieht.

Also zog ich nach NYC und kannte Murrays Arbeit, wusste aber fast nichts über den Mann. Denken Sie daran, das war 1985. Ich schrieb immer noch mit der Hand und dann mit einer mechanischen Schreibmaschine und machte erst im folgenden Jahr an der UNLV zum ersten Mal Bekanntschaft mit einem Computer. Und Murray benutzte nie einen Computer, sondern blieb bis zum Ende seines Lebens bei einer elektrischen Schreibmaschine. Es gab keine Handys, es gab keine E-Mails, kein Internet, kein Google, kein Wikipedia und kein YouTube. Zu Beginn gab es noch keine Faxgeräte. Meine Korrespondenz mit Murray vor meiner Ankunft in NYC war damals die alte, normale Schneckenpost. Murray drückte seine Begeisterung über meinen Wunsch aus, sich mit ihm zu treffen und mit ihm zu arbeiten, und bot sofort an, die Hilfe von Burton Blumert in Anspruch zu nehmen, und tatsächlich war Burt dann eine entscheidende Hilfe bei meinem Umzug von Europa in die USA. (Der wunderbare

Burt Blumert, Inhaber von *Camino Coins* und Gründer des ursprünglichen *Center for Libertarian Studies*, das schließlich mit dem *Mises Institute* zusammengeführt werden sollte, war einer von Murrays engsten Freunden und Vertrauten. Er war auch ein großer Wohltäter und treuer Freund für mich.)

Ich hatte einige Fotos von Murray gesehen, ich wusste, dass er, wie Mises, jüdisch war, dass er am Brooklyn Polytechnic Institute (später umbenannt in New York Polytechnic University und heute Polytechnic Institute of NYU) unterrichtete, dass er der Herausgeber des viel bewunderten *Journal of Libertarian Studies* war und dass er als akademischer Direktor eng mit dem Ludwig von Mises Institute verbunden war, das Lew Rockwell kürzlich, vor 35 Jahren, 1982, gegründet hatte. Das war so ziemlich alles.

Und so trafen wir uns beide unvorbereitet zum ersten Mal in Murrays Universitätsbüro. Hier war ich, der „kühle Blonde aus dem Norden“, um eine beliebte Werbung für bissig schmeckende norddeutsche Biere zu zitieren, jung, groß und athletisch, etwas unsozial, trocken und mit einem trockenen Sinn für Humor und mit einer eher unverblühten, sarkastischen und konfrontativen Seite. Perfektes Wehrmacht-Material, wenn man so will. Und da war Murray: der „Stadtneurotiker“, um den deutschen Titel von Woody Allens komödiantischer *Annie Hall* zu verwenden, eine Generation älter, klein und rund, nicht athletisch, sogar ungeschickt (abgesehen vom Tippen), gesellig und urkomisch, nie trübselig, sondern immer

fröhlich, und in seinem persönlichen Umgang (ganz anders als in seinen Schriften) nie konfrontativ, sondern gut gelaunt und sogar zahm. Nicht so wirklich Wehrmacht-Material. Persönlich hätten wir also kaum unterschiedlicher sein können. In der Tat waren wir ein ziemlich seltsames Paar — und doch haben wir uns von Anfang an verstanden.

Angeichts der langen, besonderen Beziehung zwischen Deutschen und Juden, insbesondere während der 12-jährigen Herrschaft der nationalsozialistischen Partei in Deutschland von 1933–45, hatte ich als junger Deutscher, der einen älteren Juden in Amerika traf, befürchtet, dass diese Geschichte zu einer potentiellen Spannungsquelle werden könnte. Dem war nicht so. Ganz im Gegenteil.

In Bezug auf Religion selbst herrschte allgemeine Übereinstimmung. Wir waren beide Agnostiker, aber mit einem tiefen Interesse an Religionssoziologie und ganz ähnlichen Ansichten über vergleichende Religion. Doch Murray hat mein Verständnis der Rolle der Religion in der Geschichte durch sein leider unvollendetes großes Werk während des letzten Jahrzehnts seines Lebens über die Geschichte des wirtschaftlichen Denkens sehr vertieft.

Darüber hinaus habe ich in unseren unzähligen Gesprächen von Murray gelernt, wie wichtig es ist, die österreichisch-libertäre Theorie mit der revisionistischen Geschichte zu ergänzen, um eine wirklich realistische Einschätzung historischer Ereignisse und globaler

Angelegenheiten zu erhalten. Und ich war es dann, der als jemand, der im besiegten und zerstörten Nachkriegsdeutschland aufgewachsen war, mit der damaligen (und immer noch) „offiziellen Geschichte“, die an allen deutschen Schulen und Universitäten gelehrt wurde, (a) sich schuldig zu fühlen und sich zu schämen, Deutscher zu sein und eine deutsche Geschichte zu haben, und (b) zu glauben, dass Amerika und Amerikas demokratischer Kapitalismus „das Größte“ seit oder sogar vor der Erfindung von geschnittenem Brot war, der seine bis dahin trotz aller österreichisch-libertären Theorie immer noch recht naiven Ansichten über das Weltgeschehen im Allgemeinen und die US-amerikanische und deutsche Geschichte im Besonderen revidieren musste. Tatsächlich veranlasste mich Murray, meine eher rosige Sicht auf die USA (trotz Vietnam und all dem) grundlegend zu ändern und half mir zum ersten Mal, mich wohl, zufrieden und sogar glücklich darüber zu fühlen, Deutscher zu sein, und eine besondere Sorge um Deutschland und das Schicksal des deutschen Volkes zu entwickeln.

Zu meiner anfänglichen Überraschung — und schließlich zu meiner großen und angenehmen Erleichterung — war Murray also ziemlich germanophil. Er kannte und schätzte die deutschen Beiträge zu Philosophie, Mathematik, Naturwissenschaften, Ingenieurwesen, Wissenschaftsgeschichte und Literatur sehr. Sein geliebter Lehrer Mises hatte ursprünglich auf Deutsch geschrieben und war ein Produkt der deutschen Kultur. Murray liebte deutsche Musik, er liebte deutsche Barockkirchen, er liebte die bayerische Biergarten-

atmosphäre und die Von-der-Kirche-zum-Biergarten-Tradition. Seine Frau Joey war deutscher Abstammung, ihr Mädchenname war JoAnn Schumacher, und Joey war Mitglied der Richard-Wagner-Gesellschaft und ein lebenslanger Opernliebhaber. Außerdem erwiesen sich die meisten von Murrays Freunden, die ich schließlich treffen würde, als Germanophile.

Allen voran Ralph Raico, der große Historiker des klassischen Liberalismus, den ich bei dieser Gelegenheit wiederzusehen gehofft hatte, der uns aber leider vor fast einem Jahr für immer verlassen hat. Ich lernte Ralph nur ein paar Monate nach meiner Ankunft in New York auf einer Party in Murrays Wohnung in der Upper Westside kennen. Sein beißender Sarkasmus gefiel mir sofort, und im Laufe der Jahre entwickelte sich eine enge Freundschaft zwischen uns. Abgesehen von unseren vielen Begegnungen bei verschiedenen Veranstaltungen des Mises Instituts erinnere ich mich noch gerne an unsere ausgedehnten gemeinsamen Reisen in Norditalien und insbesondere daran, als bei einer Konferenz in Mailand, die von einigen Freunden und Mitgliedern der einst (aber nicht mehr) secessionistischen Lega Nord gesponsert wurde, einige selbsternannte — wer hätte das gedacht?! — „antifaschistische“ Demonstranten vor dem Konferenzhotel auftauchten, um uns zu unserer großen Belustigung als „*libertari fascisti*“ zu beschimpfen. Ralph war auch derjenige, der mich in die revisionistische Wissenschaft über den Ersten und Zweiten Weltkrieg sowie die gesamte Zwischenkriegszeit eingeführt hat, und es war Ralph, der mich über die Geschichte des deutschen

Liberalismus und insbesondere über seine radikalen libertären Vertreter des 19. Jahrhunderts unterrichtet hat, die im heutigen Deutschland fast vollständig in Vergessenheit geraten waren.

Übrigens zeigte auch Lew Rockwell schon früh seine germanophilen Referenzen. Als wir uns im Herbst 1985 in New York zum ersten Mal trafen, fuhr er einen Mercedes 190. Danach war er einige Jahre lang auf Abwegen und fuhr einen amerikanischen Pickup, kehrte aber schließlich mit einem Mini Cooper von BMW zurück.

Aber vor allem war es Murray, der mich lehrte, niemals der offiziellen Geschichte zu vertrauen, die immer von den Siegern geschrieben wurde, sondern alle historischen Forschungen wie ein Detektiv durchzuführen, der ein Verbrechen untersucht. Immer, in erster Linie und in erster Näherung dem Geld auf der Suche nach einem Motiv folgen. Wer soll von dieser oder jener Maßnahme profitieren, sei es in Bezug auf Geld, Immobilien oder schiere Macht? In den meisten Fällen führt einen die Beantwortung dieser Frage direkt zu dem Akteur oder der Gruppe von Akteuren, die für die betreffende Maßnahme oder Politik verantwortlich sind. So einfach es ist, diese Frage zu stellen, so schwierig ist es jedoch, sie zu beantworten und unter einem riesigen Nebel aus scheinbar hochtrabender Rhetorik und frommer Propaganda die harten Fakten und Indizien — die Geldströme und Wohlfahrtsgewinne — ans Licht zu bringen, um ein Verbrechen tatsächlich zu beweisen und die Täter zu identifizieren und zu „entlarven“. Murray war ein Meister

darin, und das zu einer Zeit, als es noch keinen Zugang zu Computern, dem Internet und Suchmaschinen wie Google gab. Und um diese detektivische Arbeit zu leisten, muss man, wie ich von Murray gelernt habe, über die offiziellen Dokumente, die Hauptstrommedien, die großen und berühmten Namen, die akademischen „Stars“ und die „angesehenen“ Zeitschriften hinausgehen — kurzum: über alles und jeden, der als „respektabel“ und „politisch korrekt“ gilt. Sie müssen auch und vor allem auf die Arbeit von Außenseitern, Extremisten und Ausgestoßenen achten, d.h. auf „respektlose“ oder „bedauernswerte“ Menschen und „obskure“ Publikationsorgane, die Sie ignorieren oder nicht einmal kennen sollen. Bis zum heutigen Tag habe ich diesen Rat befolgt, und ich habe ihn sogar genossen. Jeder, der meine Liste mit Lesezeichen von häufig besuchten Websites sehen könnte, wäre wahrscheinlich überrascht, und insbesondere jeder Establishment-Anhänger oder Linke wäre wahrscheinlich schockiert und würde vor Abscheu schaudern.

Mit dieser allgemeinen Perspektive und Sicht auf die Dinge werden Revisionisten wie Murray (und ich) regelmäßig verächtlich angeklagt, wie einige verrückte Verschwörungstheoretiker. Auf diesen Vorwurf würde Murray normalerweise antworten: Erstens, ganz unverblümt und sarkastisch ausgedrückt: Selbst wenn man ein diagnostizierter Paranoider wäre, kann dies nicht als Beweis dafür gelten, dass niemand tatsächlich hinter Ihnen und Ihrem Geld her ist. Und zweitens und etwas systematischer: Verschwörungen sind natürlich umso unwahrscheinlicher, je größer die Zahl der vermeintlichen

Verschwörer ist. Es ist auch naiv anzunehmen, dass es nur eine große allumfassende Verschwörung gibt, die von einer allmächtigen Gruppe von Verschwörern betrieben wird. Aber Verschwörungen, oft rivalisierende oder sogar widersprüchliche Verschwörungen, d.h. vertrauliche Bemühungen verschiedener Gruppen von Menschen, die gemeinsam ein bestimmtes Ziel verfolgen, sind in der Tat ein allgegenwärtiges Merkmal der sozialen Realität. Wie jede Handlung können solche Verschwörungen erfolgreich sein oder sie können scheitern und zu Konsequenzen führen, die von den Verschwörern nicht beabsichtigt waren. Aber realistisch betrachtet sind die meisten, wenn nicht sogar alle historischen Ereignisse mehr oder weniger genau das, was einige identifizierbare Personen oder Gruppen von Personen, die gemeinsam handeln, beabsichtigten. Das Gegenteil anzunehmen, hieße nämlich anzunehmen, dass die Geschichte nichts als eine Abfolge unverständlicher Zufälle ist.

Darüber hinaus lernte ich von Murray über die Notwendigkeit, die österreichisch-libertäre Theorie durch Geschichtsrevisionismus zu ergänzen, um ein vollständiges, realistisches Bild der Welt und des Weltgeschehens zu gewinnen, und wurde von ihm in der Kunst der umsichtigen und vernünftigen Beurteilung und Bewertung von Menschen, Handlungen und Ereignissen geschult. Die reine Theorie erlaubt es uns, ziemlich klare Urteile über Wahrheit oder Lüge, richtig oder falsch und wirksam, d.h. zum angestrebten Ziel führend, oder unwirksam zu fällen. Aber viele, wenn nicht die meisten Handlungen und Ereignisse, die unsere Urteile

provozieren oder hervorrufen, fallen nicht in die Kategorie der Angelegenheiten, die auf diese Weise bewertet werden können. Wir sind umgeben, oder besser: eingekreist, von einer Klasse von Menschen — Politikern und Staatsbediensteten — die tagtäglich ohne unsere Zustimmung und sogar gegen unseren ausdrücklichen Protest Entscheidungen trifft und durchsetzt, die systematisch unser Eigentum und damit unsere gesamte Lebensführung betreffen und beeinträchtigen. Kurzum: Wir haben es mit einer Elite der Herrschenden zu tun und nicht mit einer Elite der Handelnden, die im Gegensatz dazu steht. Und wenn wir mit Politikern und politischen Entscheidungen konfrontiert werden, dann geht es bei unserer Beurteilung bestenfalls um die Bewertung des Zweitbesten. Die Frage ist nicht Wahrheit oder Lüge, richtig oder falsch, wirksam oder unwirksam. Die Frage ist vielmehr die folgende: Wenn politische Entscheidungen per se falsch, unrecht und unwirksam sind, welche dieser Entscheidungen ist dann weniger falsch, unrecht und wirksam und vergleichsweise näher an der Wahrheit, dem Richtigen und dem Guten, und welche Person stellt ein geringeres oder größeres Übel dar als eine andere. Solche Fragen lassen sich nicht wissenschaftlich beantworten, da ihre Beantwortung die vergleichende Bewertung zahlloser unmessbarer und inkommensurabler Variablen erfordert. Und in jedem Fall können neu entdeckte Fakten über die Vergangenheit oder zukünftige Entwicklungen ein solches Urteil als falsch entlarven. Aber die Antwort ist auch nicht willkürlich. Was wahr, richtig und wirksam *ist*, ist als Fixpunkt *gegeben*, und es

müssen Gründe angegeben werden, sei es auf der Grundlage logischer oder empirischer Beweise, um verschiedene Zweitbeste als näher oder weiter von solchen Punkten entfernt zu lokalisieren. Vielmehr ist die Urteilsbildung in solchen Angelegenheiten eine schwierige *Kunst*, so wie auch das Unternehmertum keine Wissenschaft, sondern eine Kunst ist. Und so wie manche Menschen gut im Unternehmertum sind und andere schlecht, was sich in monetären Gewinnen oder Verlusten niederschlägt, so sind auch manche Menschen gut darin, politische Ereignisse und Akteure zu beurteilen, und andere schlecht, was ihnen den Ruf als weise und umsichtige Richter einbringt oder ihn verlieren lässt.

Murray war natürlich nicht unfehlbar in seinen Urteilen. In den späten 1960er und frühen 1970er Jahren zum Beispiel hielt er die Antikriegshaltung der Neuen Linken für prinzipientreuer, als sie wirklich war, was er später bereitwillig als Fehler anerkannte. Und ich kenne mindestens einen, eher persönlichen Fall, in dem Joeys Urteil besser und treffsicherer war als seins. Nichtsdestotrotz habe ich noch niemanden getroffen, der ein vernünftigeres, nachträglich bestätigtes Urteilsvermögen hat als Murray.

Damit möchte ich zur zweiten wichtigen Lektion kommen, die ich während meiner langen Zusammenarbeit mit Murray gelernt habe. Während die erste Lektion des Revisionismus Fragen der Praxis und Methode betraf, betraf die zweite Lektion existenzielle Fragen.

Bevor ich Murray kennenlernte, wusste ich natürlich, dass er ein radikaler Außenseiter in einer überwiegend linksliberalen akademischen Welt war, und ich erwartete (und war bereit, für mich selbst zu akzeptieren), dass dies einige Opfer mit sich bringen würde, d.h. dass man einen Preis dafür zahlen werden müsse, ein Rothbardianer zu sein, nicht nur, aber auch in Bezug auf Geld. Aber ich war ziemlich überrascht zu erkennen, wie hoch dieser Preis war. Ich wusste, dass das Brooklyn Polytechnic keine renommierte Universität war, aber ich erwartete, dass Murray dort einen komfortablen, gut bezahlten Posten bekleiden würde. Außerdem hielt ich die USA damals noch für eine Bastion und ein Bollwerk des freien Unternehmertums und erwartete folglich, dass Murray als führender intellektueller Verfechter des Kapitalismus und personifizierter Gegenpol zu Marx, wenn nicht in der akademischen Welt, so doch außerhalb davon, in der Welt des Handels und der Wirtschaft, ein hohes Ansehen genießen würde und dementsprechend mit einem gewissen Wohlstand belohnt würde.

Tatsächlich besetzte Murray am Brooklyn Polytechnic ein kleines, schmutziges und fensterloses Büro, das er mit einem Geschichtsprofessor teilen musste. In Deutschland genossen selbst Forschungsassistenten ein komfortableres Umfeld, ganz zu schweigen von ordentlichen Professoren. Murray zählte zu den am niedrigsten bezahlten ordentlichen Professoren seiner Schule. Tatsächlich stellte sich heraus, dass mein damaliges Stipendium des deutschen Nationalfonds — ein Heisenberg-Stipendium — wesentlich höher war als

Murrays Universitätsgehalt (was ich ihm aus Scham nicht verraten wollte, nachdem ich es herausgefunden hatte). Und Murrays Wohnung in Manhattan, groß und bis an die Decke mit Büchern gefüllt, war dunkel und heruntergekommen. Sicherlich nicht so wie das Penthouse, das ich mir für ihn vorgestellt hatte. Diese Situation verbesserte sich deutlich mit seinem Umzug 1986 im Alter von 60 Jahren nach Las Vegas an die UNLV. Während mein Gehalt dort im Vergleich zu meinem früheren Gehalt sank, stieg Murrays Gehalt stark an, lag aber immer noch unter 100.000 US-Dollar, und er konnte sich ein geräumiges, aber spartanisches Haus leisten. Selbst als Inhaber eines Stiftungslehrstuhls an der UNLV verfügte Murray jedoch weder über Forschungsassistenten noch über eine persönliche Sekretärin.

Doch Murray hatte sich nie beklagt, keine Verbitterung oder Anzeichen von Neid gezeigt, sondern immer fröhlich mitgemacht und stattdessen seine Schriften vorangetrieben. Das war eine harte Lektion für mich, die ich lernen musste, und manchmal habe ich immer noch Schwierigkeiten, sie zu befolgen.

Apropos, Joey und Murray haben mir einmal lachend erzählt, wie sie damals, als sie noch zusammen waren, erwartet hatten, dass der jeweils andere ein guter Fang sein würde. Joey, weil Murray Jude war, und Murray, weil Joey Nichtjude war — nur um dann herauszufinden, dass sie beide mit ihren Erwartungen falsch lagen.

Darüber hinaus hat Murray trotz seiner herausragenden Leistungen als intellektueller Verfechter des Kapitalismus der freien Marktwirtschaft nie nennenswerte Preise, Auszeichnungen oder Ehrungen erhalten. Dass er keinen Wirtschaftsnobelpreis erhielt, war natürlich nicht verwunderlich. Immerhin hat der große Mises ihn auch nicht gewonnen. Aber allein in den USA gab es Dutzende von Institutionen — Denkfabriken, Stiftungen, Wirtschaftsverbände, Forschungszentren und Universitäten — die sich zu freien Märkten und Freiheit bekannten, und doch hat keine von ihnen Murray jemals einen bedeutenden Preis oder eine Ehrenauszeichnung verliehen, während sie Leute mit Geld und Auszeichnungen überhäufte, die nicht viel mehr getan hatten, als - „mutig“ - einige inkrementelle Reformen vorzuschlagen, wie, sagen wir, die Senkung des Grenzsteuersatzes von 35 auf 30 Prozent oder die Kürzung des Budgets der EPA um einige Prozentpunkte, oder die einfach ihre „persönliche Liebe“ zu „Freiheit“ und „freiem Unternehmertum“ oft, laut und nachdrücklich genug zum Ausdruck gebracht hatten.

Nichts davon beunruhigte Murray im Geringsten. In der Tat erwartete er nichts anderes, aus Gründen, die ich noch zu lernen hatte.

Was Murray erkannte und ich erst noch lernen musste, war, dass die lautstärkste und heftigste Ablehnung und Opposition gegen den Austro-Libertarismus nicht von der traditionellen sozialistischen Linken kommen würde, sondern von eben diesen selbsternannten „anti-

sozialistischen“, „begrenzten Regierungen“, „Minimalstaatlern“, „Befürwortern des privaten Unternehmertums“ und „freiheitlichen“ Einrichtungen und ihren intellektuellen Sprachrohren, und vor allem von dem, was als „Beltway Libertarians“ bekannt geworden ist. Sie konnten die Tatsache einfach nicht ertragen, dass Murray mit schlichter Logik bewiesen hatte, dass ihre Lehren nichts als inkonsistente intellektuelle Klatschfallen waren und dass sie alle, um Mises‘ Urteil gegenüber Milton Friedman und seinem Unternehmen zu gebrauchen, ebenfalls ein „Haufen Sozialisten“ waren, ungeachtet ihrer vehementen gegenteiligen Proteste. Denn, so argumentierte Murray, sobald man der Existenz eines Staates zugestimmt hatte, egal welche Form des Staates, der als territorialer Monopolist für die endgültige Entscheidungsfindung in jedem Konfliktfall, einschließlich Konflikten, an denen der Staat selbst beteiligt ist, definiert wird, sei jegliches Privateigentum *faktisch* abgeschafft, auch wenn es vorläufig, *qua* staatlicher *Verleihung*, *nominell* privat bleibe, und stattdessen durch ein System des „kollektiven“ oder vielmehr staatlichen Eigentums ersetzt worden. *Staat*, jeder Staat, bedeutet Sozialismus, definiert als „das kollektive Eigentum an Produktionsfaktoren“. Die Institution des Staates ist praxeologisch unvereinbar mit Privateigentum und auf Privateigentum basierenden Unternehmen. Es ist die Antithese zum Privateigentum, und jeder Befürworter von Privateigentum und privatem Unternehmertum muss dann logischerweise ein *Anarchist* sein. In dieser Hinsicht (wie auch in vielen anderen) war Murray nicht

kompromissbereit, oder „unnachgiebig“, wie seine Kritiker sagen würden. Denn in der Theorie, im Denken, sind Kompromisse unzulässig. Im Alltag sind Kompromisse natürlich ein permanentes und allgegenwärtiges Merkmal. Aber in der Theorie sind Kompromisse die ultimative Sünde, ein striktes und absolutes „Nein“. Es ist zum Beispiel nicht zulässig, einen Kompromiss zwischen den beiden unvereinbaren Aussagen $1+1=2$ oder $1+1=3$ zu schließen und zu akzeptieren, dass das Ergebnis 2,5 lautet. Entweder ist eine Aussage wahr oder sie ist falsch. Es kann keine „Begegnung in der Mitte“ von Wahrheit und Lüge geben.

Hier scheint in Bezug auf Murrays kompromisslosen Radikalismus eine kleine Anekdote von Ralph Raico angebracht. Um Ralph zu zitieren:

Murray war etwas Besonderes. Ich erkannte diese Tatsache in der ersten Nacht, in der ich ihn traf. Es war nach dem Mises-Seminar; ein Kumpel von mir und ich waren eingeladen worden, und danach schlug Murray vor, dass wir Kaffee trinken und reden sollten. Mein Freund und ich waren von dem großen Mises geblendet, und Murray freute sich natürlich, unsere Begeisterung zu sehen. Er versicherte uns, dass Mises zumindest der größte Ökonom des Jahrhunderts, wenn nicht sogar der gesamten Geschichte des wirtschaftlichen Denkens sei. Was jedoch die Politik anbelangt, so senkte Murray seine Stimme verschwörerisch: „Nun, wenn es um *Politik* geht, betrachten einige

von uns Mises als ein Mitglied der nicht-kommunistischen Linken.” Ja, es war leicht zu erkennen, dass wir jemanden ganz besonderen getroffen hatten.

Im Gegensatz zu Murray waren einige Personen, die im Wesentlichen alles, was sie jemals gelernt hatten, von Murray gelernt hatten, insbesondere von seinem Werk „*Mensch, Wirtschaft und Staat*“, bereit, solche intellektuellen Kompromisse einzugehen, und sie wurden für ihre intellektuelle „Flexibilität“ und „Toleranz“ reichlich belohnt. Aber so war Murray nicht! Und infolgedessen wurde (und wird) er von den Häuptlingen der „Limited-Government-Free-Market-Industrie“ ignoriert, ausgeschlossen und angeprangert. Und als Einzelkämpfer befand er sich im Grunde genommen ohne jegliche institutionelle Unterstützung, bis Lew Rockwell und das Mises Institute auftauchten.

Diese *Rothbardphobie* habe ich, wenn man so will, aus zweiter Hand erlebt. Denn sobald sich herumgesprochen hatte, dass der deutsche Neuankömmling Murrays Junge war und auch ziemlich „unnachgiebig“ wirkte, fand ich mich sofort auf denselben schwarzen Listen mit ihm wieder. So hatte ich schnell eine erste wichtige Lektion aus dem wirklichen Leben gelernt, was es bedeutet, Rothbardianer zu sein.

Eine weitere Lektion war Demut. Murray hatte eine riesige Bibliothek, hatte eine enorme Menge an Literatur gelesen und verdaut und war folglich ein bescheidener

Mann. Er war immer zögerlich und sehr skeptisch, irgendwelche „Originalitäts“-Ansprüche anzunehmen oder anzuerkennen. Er wusste, dass der Anspruch an „Originalität“ am häufigsten von Leuten gestellt wird, die über winzige Bibliotheken verfügen und wenig lesen. Im Gegensatz dazu war Murray sehr großzügig, wenn es darum ging, anderen Anerkennung zu zollen. Und er war ebenso großzügig gegenüber jedem, der ihn um Rat fragte. In der Tat war er bereit, zu fast jedem denkbaren Thema aus dem Stegreif eine umfangreiche Bibliographie zu erstellen. Außerdem förderte er jedes Anzeichen von Produktivität, selbst bei seinen niedrigsten Schülern.

Ich habe zwar immer versucht, diesem Beispiel zu folgen, aber ich konnte mich nicht dazu durchringen, so weit zu gehen wie Murray. Denn ich dachte und denke immer noch, dass Murrays Bescheidenheit übertrieben war, dass er fast schon zu bescheiden war. Seine Studenten an der Brooklyn Polytechnic zum Beispiel, die zumeist Ingenieurwissenschaften studierten (oder, wie Murray Mises' Studenten an der NYU beschrieb, „Studenten mit Hauptfach Verpackung“), hatten keine Ahnung, wer er war, weil er seine eigenen Werke nie erwähnte. Sie waren wirklich überrascht, als sie von mir erfuhren, wer ihr fröhlicher Professor war, als ich Murrays Klasse unterrichtete, während er nicht in der Stadt war. Und bei UNLV war die Situation nicht viel anders. Während ich ihn als sein inoffizieller PR-Agent aktiv unterstützte, fuhr Murray mit seiner Selbstunterschätzung fort. Obwohl er über fast jedes erdenkliche Thema in den Sozialwissenschaften geschrieben hatte, erwähnte er,

wenn er seinen Studenten Hausarbeiten vorschlug oder zuwies, seine eigenen diesbezüglichen Schriften, wenn überhaupt, nur als eine Art nachträglicher Einfall oder auf ausdrücklichen Wunsch.

Doch Murrays extreme Bescheidenheit hatte auch eine andere, unglückliche Wirkung. Als wir 1986 nach Las Vegas zogen, hatten wir erwartet, UNLV in eine Bastion der österreichischen Schule der Nationalökonomie zu verwandeln. Damals war die Basketballmannschaft der UNLV, die Runnin' Rebels, unter Trainer Jerry Tarkanian ein nationales Aushängeschild, immer ein wenig skandalös, aber unübersehbar. Wir hatten gehofft, die Runnin' Rebels der Wirtschaft bei UNLV zu werden. Mehrere Studenten waren in Erwartung einer solchen Entwicklung an die Universität umgezogen und eingeschrieben. Doch diese Hoffnungen wurden schnell enttäuscht. Bereits bei unserer Ankunft an der UNLV hatte sich die Position des Fachbereichs Wirtschaft erheblich verändert, und dann setzte die Mehrheitsherrschaft, die Demokratie, ein. Um den österreichischen Einfluss auszugleichen, beschloss die Mehrheit des Fachbereichs nur ein Jahr später gegen unseren Widerstand, einen irrelevanten Marxisten einzustellen. Ich forderte Murray auf, seine Position und seinen Ruf zu nutzen, um bei den höheren Stellen der Universität zu intervenieren und diese Ernennung zu verhindern. Mit Ausnahme von Jerry Tarkanian war Murray die einzige national anerkannte Person bei UNLV. Er hatte den einzigen Stiftungslehrstuhl an der Universität inne. Wir kannten den Präsidenten und den Prorektor der Universität privat und waren mit beiden

gut befreundet. Dementsprechend glaubte ich, dass es eine realistische Chance gab, die Entscheidung der Abteilung zu kippen. Aber ich konnte Murray nicht von seinen eigenen Kräften überzeugen.

Nach dieser verpassten Gelegenheit verschlimmerten sich die Dinge. Die Behörde stellte weiterhin jeden ein, der weder Österreicher noch Sympathisant der österreichischen Schule war. Unsere Studenten wurden schlecht behandelt und diskriminiert. Der Fachbereich und der Dekan der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät verweigerte mir die Festanstellung (diese Entscheidung wurde nicht zuletzt aufgrund massiver Studentenproteste und der Intervention mehrerer Universitätsspenden vom Rektor und Präsidenten der Universität aufgehoben). Der Fachbereichsvorsitzende schrieb eine empörende, böse und beleidigende jährliche Bewertung von Murrays Professorenleistung (woraufhin die Universitätsverwaltung den Vorsitzenden zwang, von seinem Amt zurückzutreten). Infolgedessen ergab sich für uns eine zweite Chance, die Dinge umzudrehen. Es wurden Pläne entwickelt und mit dem Prorektor erörtert, den Fachbereich aufzuspalten und einen separaten Fachbereich für Wirtschaftswissenschaften am College of Liberal Arts einzurichten. Diesmal wurde Murray involviert. Aber die anfängliche Dynamik zu unseren Gunsten war in der Zwischenzeit verloren gegangen, und nach den ersten Anzeichen von Widerstand trat Murray schnell zurück und gab auf. Er war nicht bereit, die Samthandschuhe auszuziehen, und unser Sezessionsprojekt war bald gescheitert.

Nur um unsere UNLV-Saga schnell zu beenden: Nach Murrays Tod im Jahr 1995 setzte ich meine Arbeit an der UNLV für ein weiteres Jahrzehnt in einem zunehmend feindseligen Umfeld fort. Die einst schützende Universitätsverwaltung hatte sich verändert, und ich fühlte mich immer weniger gewürdigt und fehl am Platz. Selbst meine große Beliebtheit bei den Studenten wurde gegen mich verwendet, als Beweis für die „Gefahr“, die von meiner Lehre ausging. 2004 geriet ich in einen Skandal. In einem Vortrag hatte ich die hypothetische Vermutung aufgestellt, dass Homosexuelle im Durchschnitt und aufgrund ihrer charakteristischen Kinderlosigkeit einen vergleichsweise höheren Grad an Zeitpräferenz, d.h. Gegenwartsorientierung, aufweisen. Ein Heulsusenstudent beschwerte sich, und der Kommissar für Affirmative Action der Universität leitete sofort, als hätte er nur auf diese Gelegenheit gewartet, ein offizielles Verfahren gegen mich ein und drohte mit schweren Strafmaßnahmen, wenn ich nicht sofort und öffentlich widerrufe und mich entschuldige. „Unnachgiebig“, wie ich war, weigerte ich mich dies zu tun. Und ich bin mir sicher, dass es nur meiner standhaften Weigerung, um Vergebung zu bitten, zu verdanken war, dass ich nach einem ganzen Jahr administrativer Schikanen schließlich als Sieger aus diesem Kampf mit der Gedankenpolizei hervorging und die Universitätsverwaltung eine peinliche Niederlage erlitt. Ein Jahr später kündigte ich meine Stelle und verließ die UNLV und die USA für immer.

Zurück zu Murray: Natürlich war ich über die Entwicklungen bei der UNLV enttäuscht. Aber sie hatten

nicht die geringste Auswirkung auf unsere weitere Zusammenarbeit. Vielleicht hatte Murray die ganze Zeit Recht gehabt und war realistischer gewesen, und ich war es, der unter zu viel jugendlichem Optimismus gelitten hatte? Und auf jeden Fall gab es noch eine weitere wichtige Lektion über das größere Schema der Dinge, die ich noch lernen musste.

Während die meisten Menschen mit zunehmendem Alter dazu neigen, milder und „tolanter“ zu werden, wurde Murray im Laufe der Zeit immer radikaler und weniger tolerant. Nicht im persönlichen Umgang, wie ich bereits betont habe. In dieser Hinsicht war und blieb Murray bis zum Ende ein „Softie“, aber in seinen Reden und Schriften. Diese Radikalisierung und zunehmende „Unnachgiebigkeit“ war eine Reaktion auf die Entwicklungen in der US-amerikanischen Politik insgesamt und insbesondere in der „Limited-Government-Free-Market“-Industrie und unter den so genannten Libertären, die sich rund um den Beltway in Washington D.C., versammelt hatten. Überall war ein langsames, aber systematisches Abdriften nach links und in Richtung linkes Gedankengut zu beobachten. Ein Abdriften, das seitdem und bis heute nur noch weiter an Schwung und Kraft gewonnen hat. Ständig wurden neue „Rechte“ „entdeckt“ und insbesondere auch von sogenannten Libertären übernommen. „Menschenrechte“ und „Bürgerrechte“, „Frauenrechte“ und „Schwulenrechte“, das „Recht“, nicht diskriminiert zu werden, das „Recht“ auf freie und unbeschränkte Einwanderung, das „Recht“ auf kostenlose Versorgung mit dem Notwendigsten und

kostenlose Gesundheitsversorgung sowie dem „Recht“, frei von unangenehmen Äußerungen und Gedanken zu sein. Murray zerstörte all das angeblich „humanitäre“ oder, um einen deutschen Begriff zu verwenden, dieses „Gutmenschen“-Sprech als intellektuellen Unsinn, indem er demonstrierte, dass keines dieser vermeintlichen „Rechte“ mit privaten Eigentumsrechten vereinbar war. Und dass, wie vor allem Libertäre wissen sollten, nur das Privateigentumsrecht, d.h. das Recht eines jeden Menschen auf das Eigentum an seinem physischen Körper und auf das Eigentum an allen von ihm rechtmäßig (friedlich) erworbenen externen Gegenständen, als universelles und mögliches Menschenrecht argumentativ verteidigt werden kann. Alles außer den privaten Eigentumsrechten sind also, wie Murray immer wieder demonstriert hat, unechte, nicht verallgemeinerbare Rechte. Jede Forderung nach „Menschenrechten“ außer dem Privateigentum ist letztlich durch Egalitarismus motiviert und stellt als solcher eine Revolte gegen die menschliche Natur dar.

Darüber hinaus rückte Murray noch weiter nach rechts — in Übereinstimmung mit Erik von Kuehnelt-Leddihn's Diktum, dass „Rechte Recht haben“ — indem er darauf hinwies, dass zur Errichtung, Aufrechterhaltung und Verteidigung einer libertären Gesellschaftsordnung mehr erforderlich ist als die bloße Einhaltung des Nichtaggressionsprinzips. Das Ideal der Links- oder „Modal“-libertären, wie Murray sie nannte, „Leben und leben lassen, solange man nicht gegen andere aggressiv wird“, das für Heranwachsende, die gegen die elterliche

Autorität und jegliche soziale Konvention und Kontrolle rebellieren, so verlockend klingt, mag für Menschen, die weit voneinander entfernt leben und nur indirekt und aus der Ferne miteinander handeln, ausreichend sein. Aber es ist ausgesprochen unzureichend, wenn es um Menschen geht, die in unmittelbarer Nähe zueinander leben, als Nachbarn und Mitbewohner derselben Gemeinschaft. Das friedliche Zusammenleben von Nachbarn und Menschen in regelmäßigem direktem Kontakt miteinander auf irgendeinem Territorium erfordert zusätzlich eine Gemeinsamkeit der Kultur: von Sprache, Religion, Sitte und Konvention. Es kann eine friedliche Koexistenz verschiedener Kulturen auf entfernten, physisch getrennten Territorien geben, aber Multikulturalismus, kulturelle Heterogenität können nicht an ein und demselben Ort und Territorium existieren, ohne zu einem Rückgang des sozialen Vertrauens, zu verstärkten Konflikten und schließlich zur Zerstörung von allem, was einer libertären Gesellschaftsordnung ähnelt, zu führen.

Wurde Murray zuvor von den üblichen Verdächtigen ignoriert, vernachlässigt oder angefeindet, so wurde er nun, da er sich gegen alles wandte, was als „politisch korrekt“ galt, verunglimpft und mit unverhohlenem Hass bedacht. Es folgte die inzwischen nur noch allzu vertraute Litanei denunzierender Begriffe: Murray war ein Reaktionär, ein Rassist, ein Sexist, ein Autoritärer, ein Elitärer, ein Fremdenfeind, ein Faschist und, um das Ganze abzurunden, ein von Selbsthass zerfressener jüdischer Nazi.

Murray zuckte bei alldem bloß mit den Schultern. Tatsächlich lachte er darüber. Und in der Tat, zum Entsetzen des „Schmierentheaters“, wie Murray die vereinigte Volksfront seiner „antifaschistischen“ Gegner nannte, wuchs sein Einfluss nur und hat seit seinem Tod noch weiter zugenommen. Es mag nicht allgemein anerkannt sein, aber ohne Murray gäbe es keinen Ron Paul, wie wir ihn kennen — und ich sage das, ohne damit Ron Pauls eigene, persönliche Rolle und außergewöhnliche Leistungen im geringsten schmälern oder herabsetzen zu wollen — es gäbe keine Ron-Paul-Bewegung, und es gäbe keine populäre oder, wie das „Schmierentheater“ es vorzieht zu sagen, keine „populistische“ libertäre Agenda.

Was mich betrifft, so radikalisierten sich auch meine eigenen Ansichten, ebenso wie die von Murray. Mein *Demokratie: Der Gott, der keiner ist*, war die erste große Dokumentation dieser intellektuellen Entwicklung, und wenn überhaupt, ist meine radikale Intoleranz gegenüber allem, was linkslibertär und „politisch korrekt“ ist, seither noch gewachsen. Es ist fast unnötig zu sagen, dass auch ich dann von dem „Schmierentheater“ die gleichen und sogar ein paar zusätzliche Ehrentitel wie Murray erhalten habe (abgesehen von dem von Selbsthass zerfressenem jüdischen Gedöns). Doch ich hatte gelernt, das alles abzutun, so wie ich es bei Murray gesehen hatte und wie Ralph Raico mich immer ermutigt hatte und mir weiterhin riet. Darüber hinaus half mir die Erinnerung an ein beliebtes deutsches Sprichwort: „*viel Feind, viel Ehr*“. Und in der Tat hat der anhaltende Erfolg meines jährlichen

Konferenz-Salons der Property and Freedom Society, der jetzt in seinem 12. Jahr stattfindet und in einem wirklich rothbardianischen Geist abgehalten und durchgeführt wird, das völlige Scheitern aller Verleumdungskampagnen gezeigt, die gegen mich gerichtet sind. Wenn überhaupt, haben sie mir geholfen, anstatt mich daran zu hindern, einen immer größeren Kreis von intellektuellen Freunden, Partnern und Unterstützern anzuziehen.

Ich sollte hinzufügen, dass ich in den letzten zehn Jahren unter der weisen und strengen Führung meiner lieben Frau Gülçin auch große Fortschritte dabei gemacht habe, kompromisslosen intellektuellen Radikalismus mit persönlicher Liebesswürdigkeit zu verbinden, auch wenn ich von Natur aus und aufgrund meiner natürlichen Veranlagung in dieser Hinsicht nicht an Murray herankam.

Ich habe hier viel zu wenig über Lew gesagt und entschuldige mich dafür aufrichtig. Aber das muss ich sagen: Lew, abgesehen von Murray, war einer der wichtigsten Menschen, die mir geholfen haben, der Mann zu werden, der ich heute bin. Und zu Murray, von dem ich sicher bin, dass er uns heute von oben beobachtet, sage ich: Danke, Murray, du bist mein Held, „ich werde seinesgleichen nie wiedersehen“, und ich hoffe, du bist zufrieden mit deinem Schüler. Ich habe immer eine ungeheure Freude empfunden, als du mir gesagt hast: „Great Hans, Attaboy“, und selbst wenn ich dich jetzt nicht hören kann, würde mich nichts mehr freuen, als

wenn du es jetzt noch einmal dort oben sagst, wo die
Könige der Gedanken versammelt sind.

